



3

# Staatsrechnung

Zusatzerläuterungen  
und Statistik

2009



# INHALTSÜBERSICHT

## **Band 1 Bericht zur Bundesrechnung**

Zahlen im Überblick  
Kommentar zur Jahresrechnung  
Jahresrechnung  
Kennzahlen  
Bundesbeschluss

## **Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen**

Rechnungspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

## **Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen**

Rechnungspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen  
Zusätzliche Informationen zu den Krediten

## **Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik**

Zusatzerläuterungen  
Statistik

## **Band 4 Sonderrechnungen**

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte  
Infrastrukturfonds  
Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen  
Eidgenössische Alkoholverwaltung

### **Aufbau der Finanzberichterstattung**

*Band 1* informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Zentral ist das Kapitel «Jahresrechnung», welches die Finanzierungs- und Mittelflussrechnung, die Erfolgsrechnung, die Bilanz, die Investitionsrechnung und den Eigenkapitalnachweis sowie den Anhang enthält. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks. In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Krediten ausgewiesen. Im Vordergrund steht die Rechenschaftsablage über die Verwendung der Kredite im Vergleich zum Budget. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Voranschlagskrediten und Ertragspositionen (Kapitel «Rechnungspositionen») die Aufwände und Erträge für die Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten ent-

halten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen. *Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» unter anderem vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsfunktionen sowie die FLAG-Steuerung. Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

*Band 4* enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1-3) geführt werden. Im Jahr 2009 waren dies die Sonderrechnungen für den Fonds für Eisenbahngrossprojekte, den Infrastrukturfonds, den ETH-Bereich und die Eidgenössische Alkoholverwaltung.



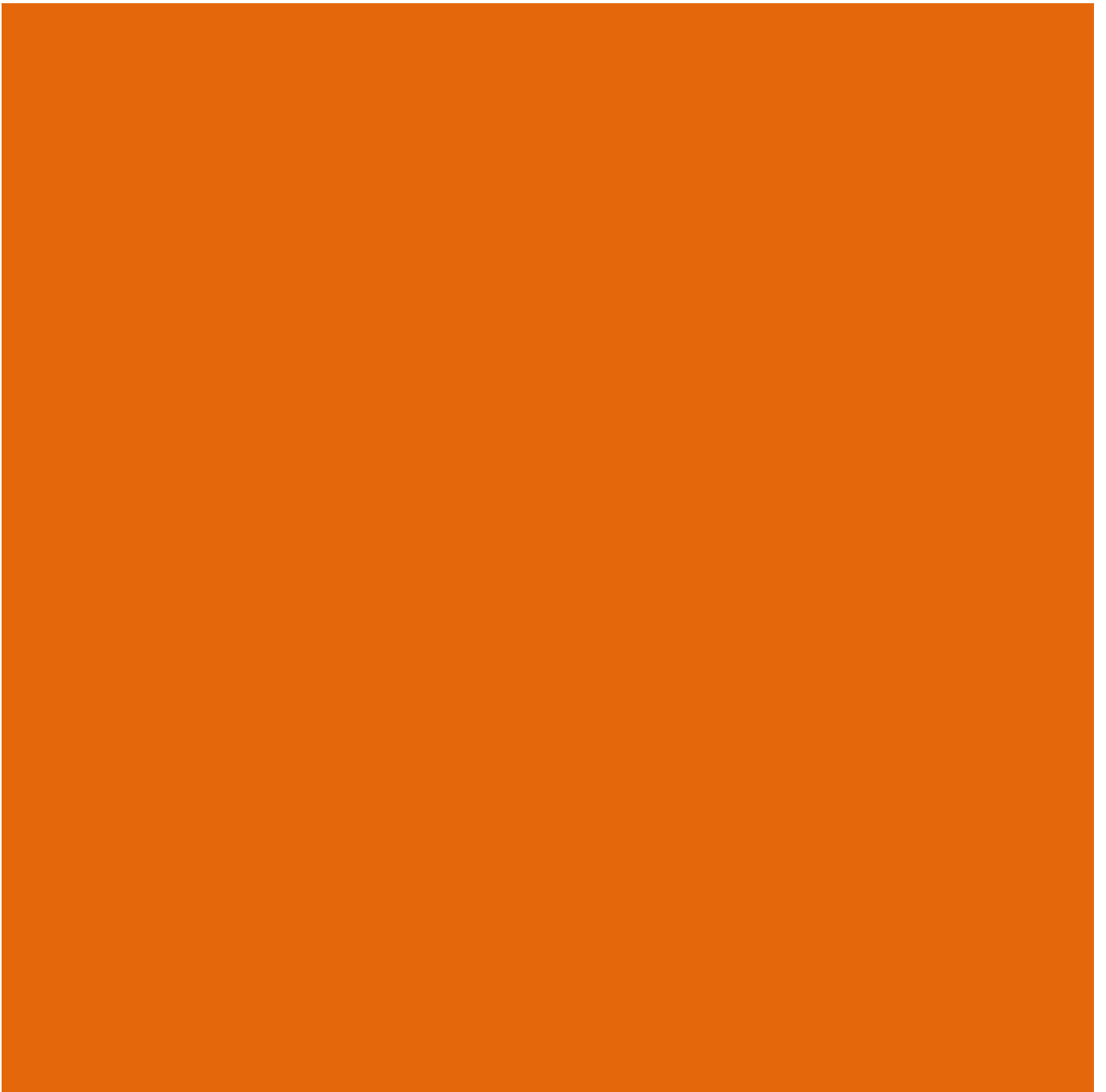
**Zusatzerläuterungen und Statistik**

Seite

<b>Zusatzerläuterungen</b>		<b>5</b>
1	Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen	7
11	Direkte Bundessteuer	8
12	Verrechnungssteuer	9
13	Stempelabgaben	12
14	Mehrwertsteuer	13
15	Mineralölsteuer	14
16	Schwerverkehrsabgabe	14
17	Qualität der Einnahmenschätzungen	15
2	Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	17
21	Soziale Wohlfahrt	18
22	Finanzen und Steuern	19
23	Verkehr	21
24	Landesverteidigung	22
25	Bildung und Forschung	23
26	Landwirtschaft und Ernährung	24
27	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	25
28	Übrige Aufgabengebiete	26
3	Querschnittsfunktionen	29
31	Personal	29
32	Informations- und Kommunikationstechnologien IKT	31
33	Bundestresorerie	33
34	Beratungsaufwand	36
35	Öffentlichkeitsarbeit	37
4	Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	39
5	Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	43
6	Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	47
7	Subventionsüberprüfung: Stand der Umsetzung	49
8	Berichterstattung zum Massnahmenpaket	53
<b>Statistik</b>		<b>55</b>
A	Übersicht	61
B	Finanzierungsrechnung	65
C	Erfolgsrechnung	87
D	Bilanz	95
E	Bundestresorerie	105
F	Personal	109



## ZUSATZERLÄUTERUNGEN







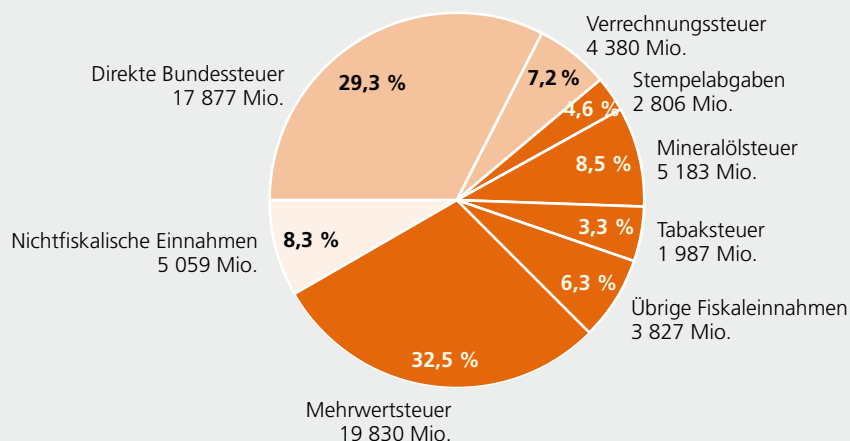
Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
				absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>63 894</b>	<b>59 968</b>	<b>60 949</b>	<b>-2 945</b>	<b>-4,6</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>58 752</b>	<b>55 514</b>	<b>55 890</b>	<b>-2 862</b>	<b>-4,9</b>
Direkte Bundessteuer	17 513	17 670	17 877	365	2,1
Verrechnungssteuer	6 460	3 019	4 380	-2 080	-32,2
Stempelabgaben	2 975	2 600	2 806	-169	-5,7
Mehrwertsteuer	20 512	21 240	19 830	-682	-3,3
Übrige Verbrauchssteuern	7 517	7 229	7 279	-238	-3,2
Mineralölsteuer	5 222	5 055	5 183	-39	-0,7
Tabaksteuer	2 186	2 067	1 987	-199	-9,1
Biersteuer	110	107	110	0	-0,2
Verkehrsabgaben	2 137	2 123	2 114	-23	-1,1
Automobilsteuer	363	350	312	-51	-14,1
Nationalstrassenabgabe	333	313	351	18	5,4
Schwerverkehrsabgabe	1 441	1 460	1 452	10	0,7
Zölle	1 017	1 000	1 033	16	1,6
Spielbankenabgabe	455	482	415	-40	-8,8
Lenkungsabgaben	163	151	151	-12	-7,2
Übrige Fiskaleinnahmen	3	0	4	2	51,4
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 331</b>	<b>1 302</b>	<b>1 354</b>	<b>23</b>	<b>1,7</b>
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	235	223	246	11	4,7
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	42	43	53	11	27,6
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	196	178	187	-9	-4,5
Übrige Regalien und Konzessionen	25	25	35	9	37,1
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 719</b>	<b>1 380</b>	<b>1 608</b>	<b>-111</b>	<b>-6,5</b>
Zinseinnahmen	715	527	535	-180	-25,2
Beteiligungseinnahmen	905	845	771	-135	-14,9
Übrige Finanzeinnahmen	99	8	303	204	206,5
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 840</b>	<b>1 584</b>	<b>1 802</b>	<b>-38</b>	<b>-2,1</b>
Entgelte	1 441	1 222	1 396	-45	-3,1
Wehrpflichtersatzabgabe	140	135	148	7	5,1
Gebühren	305	199	227	-78	-25,5
Rückerstattungen	186	61	198	12	6,6
EU Zinsbesteuerung	147	169	166	19	13,0
Übrige Entgelte	663	659	657	-6	-0,9
Verschiedene Einnahmen	399	362	406	7	1,8
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>252</b>	<b>188</b>	<b>295</b>	<b>43</b>	<b>17,2</b>

Die Grafik auf der nächsten Seite zeigt die Zusammensetzung der ordentlichen Einnahmen des Bundes im Rechnungsjahr. Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich die grössten Verschiebungen bei den *direkten Steuern*: Da die direkte Bundessteuer als einzige der grossen Fiskaleinnahmen gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat, erhöht sich ihr Anteil um rund 2 Prozentpunkte auf 29,3 Prozent. Umgekehrt führt der starke Rückgang der Verrechnungssteuer zu einer deutlichen Senkung ihres Anteils um rund 3 Prozentpunkte auf 7,2 Prozent. Insgesamt geht der Anteil der

direkten Steuern leicht zurück und beläuft sich auf 36,5 Prozent der gesamten ordentlichen Einnahmen. Dagegen erhöht sich der Anteil der *indirekten Steuern* (d.h. alle anderen Fiskaleinnahmen) aufgrund des unterdurchschnittlichen Rückgangs gegenüber der Rechnung 2008 von 54,4 auf 55,2 Prozent.

Im Folgenden wird die Entwicklung einzelner Komponenten der ordentlichen Bundeseinnahmen ausführlich kommentiert und die Qualität der Einnahmenschätzung analysiert.

## Struktur der Einnahmen 2009



**Ordentliche Einnahmen  
R 2009: 60 949 Mio.**

## 11 Direkte Bundessteuer

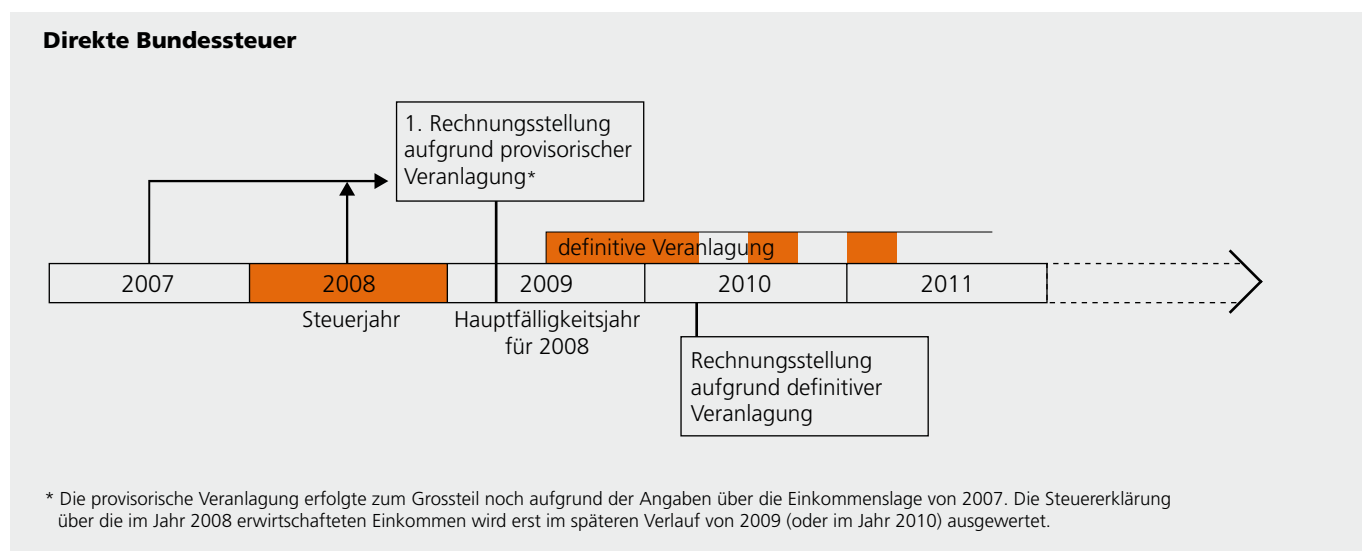
Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	%
<b>Direkte Bundessteuer</b>	<b>17 513</b>	<b>17 670</b>	<b>17 877</b>	<b>365</b>	<b>2,1</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	27,4	29,5	29,3		
Steuer auf Reinertrag juristischer Personen	8 509	8 151	8 157	-351	-4,1
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 097	9 669	9 877	780	8,6
Pauschale Steueranrechnung	-93	-150	-157	-64	69,3

Die direkte Bundessteuer wird auf dem Einkommen der natürlichen Personen sowie auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Die Vereinnahmung der Steuer aus einem bestimmten Steuerjahr kann sich aber über mehrere Jahre erstrecken. Dadurch äussern sich Veränderungen in der Bemessungsgrundlage der direkten Bundessteuer erst mit einer gewissen Verzögerung in den Einnahmen des Bundes. Der Grund dafür liegt im Veranlagungs- und Bezugsverfahren der direkten Bundessteuer: Zwischen der ersten provisorischen Rechnungsstellung aufgrund der letzten Steuererklärung und der definitiven Veranlagung bzw. dem nachfolgenden Bezug der direkten Bundessteuer durch die Kantone vergehen oft ein bis zwei Jahre (vgl. Schema). Das Rechnungsjahr 2009 war das sogenannte «Hauptfälligkeitsjahr» für die Steuerperiode 2008. Im Hauptfälligkeitsjahr stammen bis zu 80 Prozent der Einnahmen aus der Steuerperiode im Vorjahr. Der Rest rührt aus früheren Steuerperioden sowie zu einem kleineren Teil aus frühzeitigen Fälligkeiten (z.B. Quellensteuern). In den letzten Jahren ist allerdings eine Tendenz in Richtung einer Verkürzung der beschriebenen Verzögerung bei der Veranlagung zu beobachten, dies sowohl bei den juristischen als auch den natürlichen Personen.

Eine wichtige Ursache hierfür ist die Möglichkeit des ratenweisen Vorausbezugs der direkten Bundessteuer durch die Kantone. Gemäss Artikel 2 der Verordnung über Fälligkeit und Verzinsung der direkten Bundessteuer kann die Eidgenössische Steuerverwaltung die kantonalen Verwaltungen auf deren Antrag hin ermächtigen, die direkte Bundessteuer ratenweise im Voraus zu beziehen. Dadurch erhalten die Steuerpflichtigen die Möglichkeit, ihre Steuerrechnung für ein bestimmtes Steuerjahr bereits im selben Kalenderjahr zu begleichen. Als Anreiz wird den Steuerpflichtigen auf den geleisteten Ratenzahlungen ein Vergütungszins geleistet. Bis anhin haben nur zwei Kantone den ratenweisen Vorausbezug der direkten Bundessteuer eingeführt, mit ersten spürbaren Auswirkungen für das Steuerjahr 2008. Die Auswirkungen auf die Einnahmen der direkten Bundessteuer sind dennoch beträchtlich. Gemäss Schätzungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung betragen die Mehreinnahmen im Rechnungsjahr 2009 aufgrund des beschriebenen Vorausbezugs rund 660 Millionen, wobei mehr als die Hälfte davon bei den natürlichen Personen anfiel. Dadurch konnten die Mindereinnahmen bei den natürlichen Personen aufgrund der Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung, welche erstmals

im Rechnungsjahr 2009 zum Tragen kommen, teilweise kompensiert werden. Somit steht die Entwicklung der Einnahmen der direkten Bundessteuer trotz den beschriebenen Sonderfaktoren insgesamt im Einklang mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Jahren 2007 und 2008. Insbesondere bei den

natürlichen Personen spiegelt das hohe Einnahmenwachstum (8,6%) die günstige Konjunkturlage in den Vorjahren, wobei die progressiven Steuertarife zu einem deutlicheren Anstieg des Steuerertrags gegenüber den besteuerten Einkommen führen.



## 12 Verrechnungssteuer

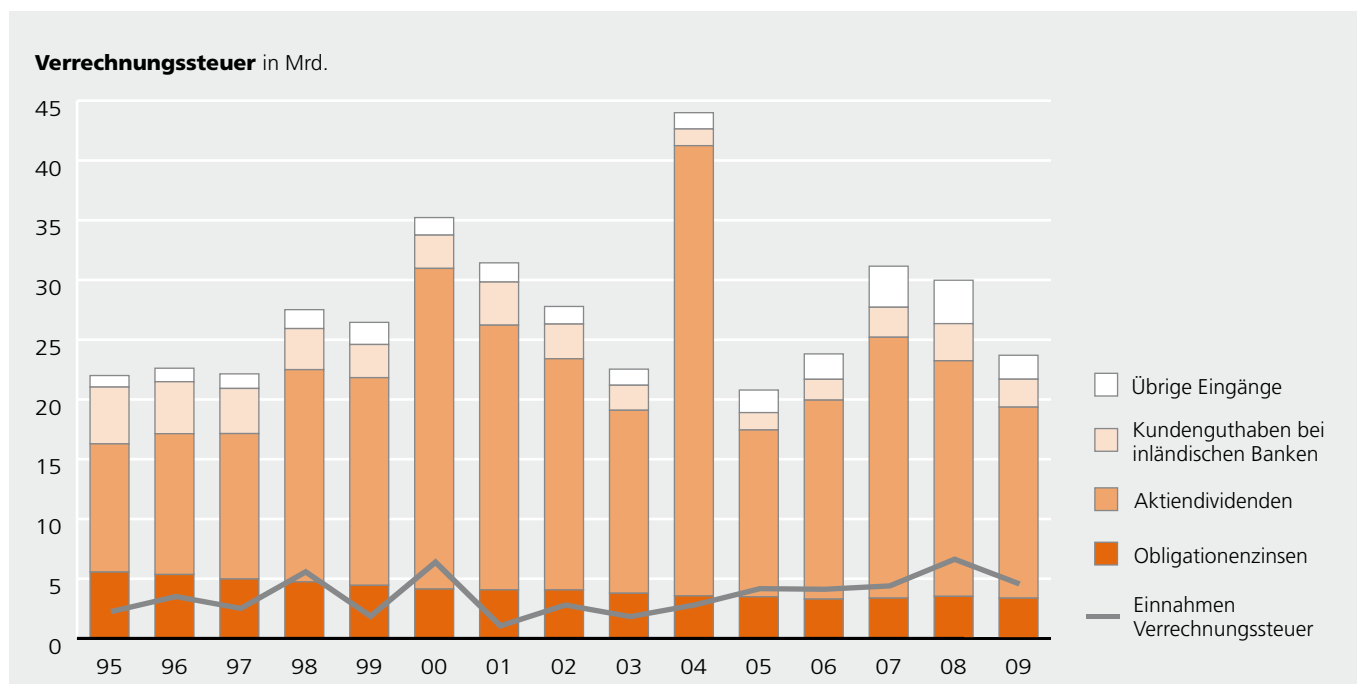
Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	%
<b>Verrechnungssteuer</b>	<b>6 460</b>	<b>3 019</b>	<b>4 380</b>	<b>-2 080</b>	<b>-32,2</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	10,1	5,0	7,2		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	6 446	3 000	4 373	-2 074	-32,2
Steuerrückbehalt USA	14	19	7	-7	-47,9

Der Ertrag aus der *Verrechnungssteuer (Schweiz)* ergibt sich aus der Differenz zwischen den Steuereingängen (23,7 Mrd.) und den Rückerstattungen (19,3 Mrd.). Er erreichte damit erneut ein relativ hohes Niveau (4,4 Mrd.). Gegenüber dem 2008 verzeichneten Rekordbetrag (6,4 Mrd.) hat er jedoch spürbar abgenommen. Der Grund dafür liegt im markanten Rückgang der Eingänge in Zeiten der Konjunkturabschwächung, der zudem mit einer relativ hohen Rückerstattungsrate zusammenfiel. Ein Teil der Rückerstattungen betraf nämlich noch die hohen Eingänge der Vorjahre. Zehn Prozent des Steuerertrags gehen an die Kantone.

Von Jahr zu Jahr unterliegen die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer aufgrund punktueller Einflüsse starken Schwankungen, die von Natur aus unvorhersehbar sind. In Anbetracht der Unmöglichkeit, diese Faktoren, welche die Volatilität der Steuer verursachen, bei der Budgetierung zu berücksichtigen, stützt sich die Erstellung des Voranschlags auf den langjährigen Durchschnittsbetrag von drei Milliarden. Er wurde das fünfte Jahr in Folge übertroffen. Das lässt vermuten, dass sich die Ein-

nahmen aus dieser Steuer seit einigen Jahren auf einem strukturell höheren Niveau als demjenigen der Jahre 1994 bis 2003 eingependelt haben. Dieser Zeitraum von zehn Jahren diente als Referenz für die Schätzung des langjährigen Durchschnitts, der dem Voranschlag seit 2005 zu Grunde gelegt wird.

Die aktuellen Gründe für die strukturelle Zunahme des Ertrags der Verrechnungssteuer sind unklar. Um sie analysieren zu können, bedürfte es einer Statistik, die jede Rückerstattung einem Zahlungseingang zuordnen könnte. Die Besonderheiten der Verrechnungssteuer verunmöglichen jedoch eine solche Zuordnung, so dass man nicht in Erfahrung bringen kann, ob ausser der zeitlichen Verzögerung zwischen Eingängen und Rückerstattungen noch weitere Elemente eine Rolle spielen, beispielsweise eine Änderung im Verhalten gewisser Wirtschaftsakteure (Steuerhinterziehung) oder Portfeuille-Umschichtungen (Änderung des ausländischen Anteils am einheimischen beweglichen Vermögen).



Zwei Faktoren prägen hauptsächlich die Entwicklung der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer:

- Zunächst einmal handelt es sich um eine Fiskaleinnahme, deren Höhe *durch eine Subtraktion ermittelt* wird, indem die beantragten Rückerstattungen von den Einnahmen abgezogen werden. Die Schwankungen beider Elemente können sich – zumindest teilweise – gegenseitig aufheben oder sich im Gegenteil gegenseitig verstärken. Angesichts der beträchtlichen Höhe der Beträge (siehe Tabelle) kann eine auch nur geringfügige Änderung in der Entwicklung eines dieser Elemente eine Veränderung auslösen, die ohne weiteres in die Hunderte von Millionen geht.

Die Einnäge sind besonders volatil, da sie durch eine Vielzahl von Elementen beeinflusst werden. Sie hängen weitgehend vom Volumen der Dividendenausschüttungen ab. Nicht nur der Konjunkturverlauf beeinflusst sie, sondern auch die spezifische Situation einzelner Wirtschaftszweige und punktuelle Faktoren, unter anderem die Dividendenausschüttungs- oder Aktienrückkaufpolitik der einzelnen Unternehmen. In letzter Zeit wirkte sich auch der Finanzmarktzyklus auf die Entwicklung dieser Einnahmenkategorie aus.

- Vor allem aber besteht zwischen der Verbuchung der Einnäge und dem Datum der Einreichung der entsprechenden Rückerstattungs-gesuche eine mehr oder weniger grosse *zeitliche Verzögerung*. Nicht gleichzeitig auftretende Schwankungen in der Entwicklung der Einnäge und der Rückerstattungen können demzufolge substantielle Abweichungen verursachen.

In der Vergangenheit verursachten auch Änderungen der Buchungsmethode starke Einnahmenschwankungen zwischen zwei Rechnungsjahren.

2009 waren die *Einnäge* stark rückläufig; sie erreichten nur 23,7 Milliarden gegenüber 30 Milliarden im Vorjahr. Dieser Rückgang (-6,3 Mrd. oder -20,9 %) ist in erster Linie auf die Abnahme der Einnäge aus *Dividendenausschüttungen* zurückzuführen, die vor allem durch die Unterbrechung der grossen Aktienrückkaufprogramme bedingt ist. Diese Einnahmenkategorie verzeichnete 16,0 Milliarden gegenüber 19,7 Milliarden im Vorjahr; das entspricht einem Rückgang von 18,9 Prozent. Im Vergleich dazu nahmen die Einnäge aus *Obligationen* (3,4 Mrd.) nur wenig ab (-150 Mio. oder -4,2 %). Die Einnäge aus *Kundenguthaben* verzeichneten hingegen einen starken Rückgang; sie sanken von 3,1 Milliarden auf 2,3 Milliarden (-24,7 %). Ebenso stark rückläufig waren die Beträge aus den *übrigen Anlagen*, die sich bei 2,0 Milliarden einpendelten, nachdem sie im Jahr 2008 noch 3,6 Milliarden betrugten. Dieser Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Anlagefonds an Attraktivität einbüssten.

Die *Rückerstattungs-gesuche* können mit einer mehr oder weniger grossen zeitlichen Verschiebung eingereicht werden, ein Teil davon frühestens nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Leistung steuerpflichtig wird. Gestützt auf die verfügbaren Statistiken können die Rückerstattungen nur nach Kategorien von Anspruchsberechtigten eingeteilt werden.

2009 beliefen sich die Rückerstattungen auf 19,3 Milliarden (siehe Tabelle); sie verzeichneten demnach einen geringeren Rückgang (-17,9 %) als die Einnäge. In absoluten Zahlen ist diese Abnahme (-4,2 Mrd.) auf die Rückerstattungen an *juristische Personen mit Sitz in der Schweiz* zurückzuführen; diese verringerten

### Verrechnungssteuer - Komponenten und Rückerstattungsquote

Mio CHF	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Eingänge</b>	<b>31 437</b>	<b>27 785</b>	<b>22 544</b>	<b>44 008</b>	<b>20 791</b>	<b>23 818</b>	<b>31 152</b>	<b>29 980</b>	<b>23 702</b>
Veränderung in %	-10,8	-11,6	-18,9	95,2	-52,8	14,6	30,8	-3,8	-20,9
<b>Rückerstattungen</b>	<b>30 585</b>	<b>25 180</b>	<b>20 911</b>	<b>41 388</b>	<b>16 811</b>	<b>19 891</b>	<b>26 941</b>	<b>23 534</b>	<b>19 329</b>
Veränderung in %	5,4	-17,7	-17,0	97,9	-59,4	18,3	35,4	-12,6	-17,9
Bund	17 933	13 657	9 386	9 751	10 051	13 713	19 690	16 140	11 249
Kantone	4 428	4 030	4 057	3 444	3 074	3 374	3 277	4 042	4 683
DBA	8 224	7 493	7 468	28 193	3 686	2 804	3 974	3 351	3 397
<b>Verrechnungssteuer</b>	<b>852</b>	<b>2 605</b>	<b>1 632</b>	<b>2 621</b>	<b>3 978</b>	<b>3 927</b>	<b>4 212</b>	<b>6 446</b>	<b>4 373</b>
Veränderung in %	-86,3	205,7	-37,3	60,6	51,8	-1,3	7,2	53,1	-32,2
<b>Rückerstattungsquote in %</b>	<b>97,3</b>	<b>90,6</b>	<b>92,8</b>	<b>94,0</b>	<b>80,9</b>	<b>83,5</b>	<b>86,5</b>	<b>78,5</b>	<b>81,6</b>

ten sich um 4,9 Milliarden (-30,3 %). Die Rückerstattungen an *Antragsteller mit Wohnsitz im Ausland* blieben dagegen praktisch unverändert, während die Anträge von *natürlichen Personen mit Wohnsitz in der Schweiz* sogar zunahmen (+641 Mio. oder +15,9 %). Gemäss Rechnungslegungsregeln berücksichtigt das

Total der Rückerstattungen die Abgrenzungen am Jahresende in Höhe von 2,1 Milliarden, die den Anträgen um Steuerrückerstattung für das Jahr 2009 entsprechen, welche bis zum 10. Januar 2010 eingereicht wurden oder mit Gewissheit erwartet werden können.

### 13 Stempelabgaben

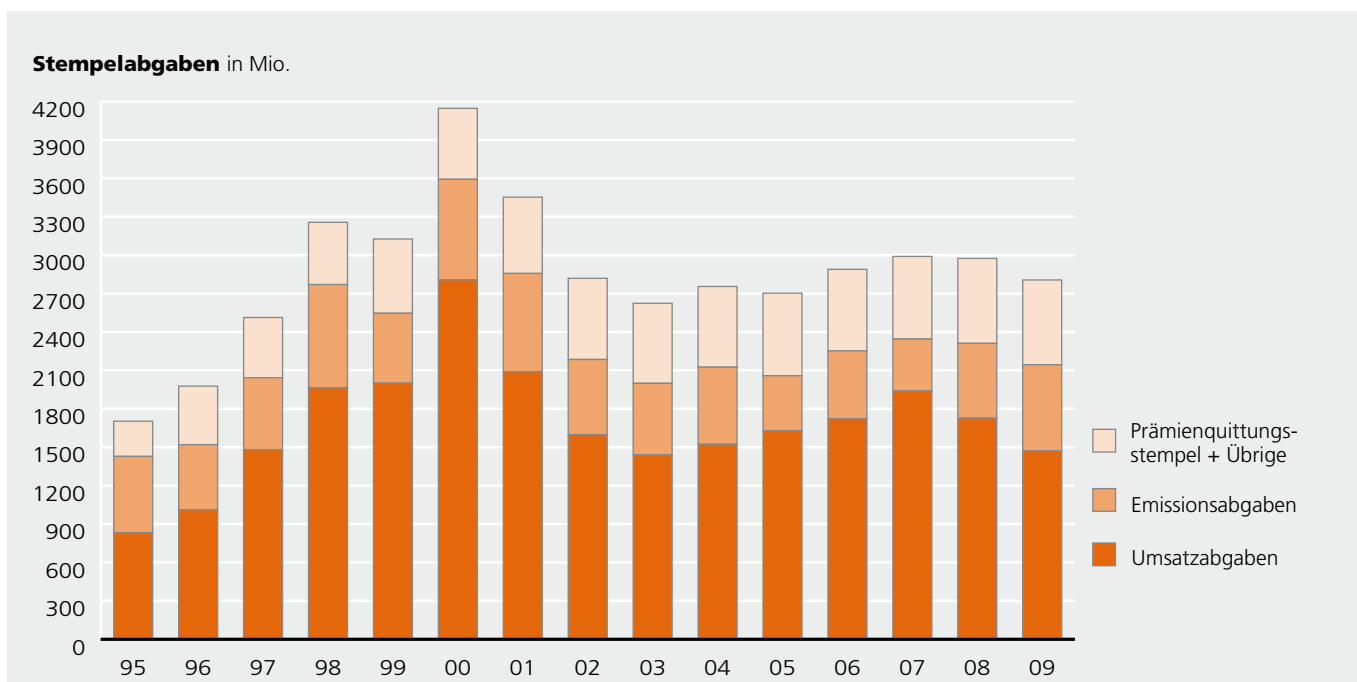
Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	%
<b>Stempelabgaben</b>	<b>2 975</b>	<b>2 600</b>	<b>2 806</b>	<b>-169</b>	<b>-5,7</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	4,7	4,3	4,6		
<b>Emissionsabgabe</b>	<b>584</b>	<b>425</b>	<b>672</b>	<b>88</b>	<b>15,1</b>
<b>Umsatzabgabe</b>	<b>1 727</b>	<b>1 525</b>	<b>1 472</b>	<b>-255</b>	<b>-14,8</b>
Inländische Wertpapiere	250	175	228	-22	-8,8
Ausländische Wertpapiere	1 477	1 350	1 244	-233	-15,8
<b>Prämienquittungsstempel</b>	<b>663</b>	<b>650</b>	<b>662</b>	<b>-2</b>	<b>-0,3</b>

Obwohl der Ertrag der *Stempelabgaben* gegenüber dem Vorjahr einen markanten Rückgang aufweist, übertraf er den Voranschlag. Die Emissionsabgaben brachten deutlich mehr ein als erwartet, was den Rückgang der Umsatzabgaben, der stärker als erwartet ausfiel, zu mildern vermochte. Die Prämienquittungsstempel übertrafen die Erwartungen nur ganz leicht.

Die *Emissionsabgaben* brachten 247 Millionen mehr ein als budgetiert. In erster Linie beliefen sich die Abgaben auf den Beteiligungsrechten auf 331 Millionen statt auf 145 Millionen wie veranschlagt. Sie lagen also leicht unter dem sehr hohen Betrag, der 2008 eingenommen worden war (365 Mio.), jedoch deutlich über dem 2007 verzeichneten Wert (141 Mio.). Der Grund dafür war der substanzielle Rekapitalisierungsbedarf verschiedener Unternehmen. Darüber hinaus übertrafen die Abgaben auf den Emissionen von Obligationen und Geldmarktpapieren mit 341 Millionen die Erwartungen bei weitem; die Differenz betrug 61 Millionen, was einem Plus von 121 Millionen gegenüber dem Vorjahresergebnis (219 Mio.) entspricht. Der hohe Refinanzierungsbedarf und das tiefe Zinsniveau waren die Ursachen dieses Einnahmenüberschusses.

Der Ertrag der *Umsatzabgabe* war zum zweiten Jahr in Folge rückläufig, was nach der im Sommer 2007 einsetzenden Finanzkrise zu erwarten war. Insbesondere die Abgaben im Bereich der ausländischen Wertpapiere, auf die über 80 Prozent dieser Abgabekategorie entfallen, verzeichneten einen markanten Rückgang; sie waren um 106 Millionen geringer als budgetiert. Auch die Abgaben auf inländischen Wertpapieren nahmen ab, wenn auch in einem geringeren Ausmass. Sie übertrafen schliesslich den veranschlagten Wert (+53 Mio.).

Die Prognose des Ertrags aus der Umsatzabgabe erweist sich als schwierig. Die Umsatzabgabe wird zum grössten Teil auf den Börsengeschäften erhoben, die den naturgemäss unvorhersehbaren Schwankungen der Aktienmärkte unterliegen. Seit dem Frühjahr 2009 fand der Kurseinbruch an den internationalen Börsen ein Ende, um einer allmählichen Erholung Platz zu machen. Da die Umsatzabgabe dreissig Tage nach Ablauf des Quartals, in dem der Steueranspruch entstanden ist, fällig wird, wurden die positiven Auswirkungen der Erholung der Aktiennotierungen erst auf den Einnahmen im zweiten Halbjahr 2009 spürbar. Im Jahresvergleich waren die Umsatzabgaben deshalb



im ersten Halbjahr immer noch stark rückläufig; im zweiten Semester gingen sie nur noch leicht zurück.

Der Ertrag aus dem *Prämienquittungsstempel* verharrte insgesamt praktisch auf dem Vorjahresniveau. Er übertraf somit kaum den

veranschlagten Betrag. Die Anlagen in Form von Lebensversicherungen, die mit Einmalprämien finanziert werden, verzeichneten gegenüber dem Rechnungsjahr 2008 allerdings einen Rückgang.

## 14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
				absolut	%
<b>Mehrwertsteuer</b>	<b>20 512</b>	<b>21 240</b>	<b>19 830</b>	<b>-682</b>	<b>-3,3</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	32,1	35,4	32,5		
<b>Allgemeine Bundesmittel</b>	<b>16 630</b>	<b>17 220</b>	<b>16 065</b>	<b>-564</b>	<b>-3,4</b>
<b>Zweckgebundene Mittel</b>	<b>3 883</b>	<b>4 020</b>	<b>3 765</b>	<b>-118</b>	<b>-3,0</b>
Krankenversicherung 5%	875	900	849	-27	-3,0
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 235	2 320	2 167	-68	-3,0
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	458	470	444	-14	-3,0
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	315	330	305	-10	-3,0

Die Mehrwertsteuereinnahmen liegen mit 19,8 Milliarden um 682 Millionen oder 3,3 Prozent tiefer als in der Vorjahresrechnung. Der Voranschlagswert wird somit um 1,4 Milliarden oder 6,6 Prozent verfehlt. Allerdings ist ein Teil der Veränderung auf einen Sondereffekt zurückzuführen: Der Bundesanteil an den Zinsen und Bussen aus der Mehrwertsteuer wurde erstmals in den Kontengruppen Zinsertrag bzw. verschiedener Ertrag verbucht. Ohne diesen Sonderfaktor (59 Mio.) beträgt der Einnahmenschwund gegenüber dem Vorjahr noch 3,0 Prozent.

Allerdings sind die Einnahmen auch ohne diesen Sonderfaktor deutlich stärker eingebrochen als das nominale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 (-1,2 %). Dies ist insofern erstaunlich, als dass der Verlauf der Mehrwertsteuereinnahmen im Prinzip eng an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gekoppelt ist. Einen wichtigen Erklärungsansatz für die beschriebene Diskrepanz zwischen dem Verlauf der Mehrwertsteuereinnahmen und jenem des Bruttoinlandsprodukts liefert die Entwicklung des Schweizer Aussenhandels im Rezessionsjahr 2009. So haben die Waren- und Güterimporte im Vergleich zum Vorjahr gemäss Angaben der Eidg. Zollverwaltung um 14,3 Prozent abgenommen. Entsprechend ist auch jener Teil der Mehrwertsteuer, welcher auf der Einfuhr von Gegenständen erhoben wird (sog. Einfuhrsteuer), mit einem Rückgang von 17,2 Prozent stark eingebrochen.

Die Mehrwertsteuerpflichtigen können die geleisteten Einfuhrsteuern grösstenteils als Vorsteuerabzüge in ihrer Mehrwertsteuerabrechnung geltend machen. Bei einer rückläufigen Entwicklung der Einfuhrsteuer nehmen die entsprechenden Vorsteuerabzüge ab, was tendenziell zu höheren Mehrwertsteu-

ereinnahmen im Inland führt. Diese Entwicklung war auch im Jahr 2009 augenfällig: Gegenüber dem Vorjahreswert hat die nicht auf die Einfuhrsteuer entfallende Mehrwertsteuer um insgesamt 18,2 Prozent zugenommen. Allerdings konnte der Rückgang der Einfuhrsteuer dadurch nicht vollständig kompensiert werden. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Einfuhrsteuer unmittelbar zum Zeitpunkt der Einfuhr in Rechnung gestellt wird, während die Vorsteuerabzüge erst mit der nächsten Mehrwertsteuerabrechnung geltend gemacht werden können. Dadurch äussert sich der beschriebene dämpfende Effekt auf den Vorsteuerabzug unter Umständen erst um Monate verzögert.

Die Einnahmen werden seit 2007 nach dem Forderungsprinzip ausgewiesen. Dies bedeutet, dass insbesondere die bereits ausgestellten Rechnungen dem Rechnungsjahr als Einnahmen angerechnet werden. Erfahrungsgemäss wird nicht der gesamte Bestand der offenen Debitoren vereinnahmt. Aus diesem Grund ergeben sich auch Debitorenverluste, welche als Aufwandsposition separat ausgewiesen werden. Im Rechnungsjahr beliefen sich die Debitorenverluste auf 174 Millionen. Die in der Tabelle ausgewiesenen zweckgebundenen Anteile der Mehrwertsteuer enthalten jeweils noch die Debitorenverluste. Für die Berechnung der daraus abgeleiteten Transferausgaben, z.B. an die AHV, müssen deshalb die Debitorenverluste noch in Abzug gebracht werden. Der AHV stehen deshalb nicht die gesamten 2167 sowie 444 Millionen zu, sondern effektiv nur 2588 Millionen (2148 Mio. plus Bundesanteil von 440 Mio.). Der Anteil der Mehrwertsteuer an der Einlage in den FinöV-Fonds beträgt nach Abzug der anteiligen Debitorenverluste 303 Millionen.

## 15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
				absolut	%
<b>Mineralölsteuer</b>	<b>5 222</b>	<b>5 055</b>	<b>5 183</b>	<b>-39</b>	<b>-0,7</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	8,2	8,4	8,5		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	3 110	3 010	3 087	-23	-0,8
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 089	2 020	2 072	-17	-0,8
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	22	25	24	2	7,3

Der Ertrag aus der *Mineralölsteuer auf Treibstoffen* hängt von verschiedenen Faktoren ab. Bestimmungsgrößen sind die Entwicklung des Fahrzeugbestands und die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer. Der Motorfahrzeugbestand wuchs in den vergangenen Jahren unablässig. Allerdings scheint damit kein paralleler Anstieg der Treibstoffnachfrage einherzugehen, denn der durchschnittliche Verbrauch der neuen Fahrzeuge ist im Allgemeinen geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Vereinbarung zwischen den Automobilimporteuren und dem UVEK, mit der eine Senkung des Durchschnittsverbrauchs angestrebt wird. Zudem dürfte auch die Einführung der Energie-Etikette zur Förderung der treibstoffeffizienten Fahrzeuge beigetragen haben. In jüngster Zeit wurde jedoch eine Zunahme der Fahrzeuge mit hohem Treibstoffverbrauch (Geländefahrzeuge, klimatisierte Fahrzeuge, Grossraumlimousinen) festgestellt. Was die Anzahl zurückgelegter Kilometer anbelangt, so hängt ihre Zunahme in erster Linie von den Wetterverhältnissen ab, die von Jahr zu Jahr sehr stark variieren können.

Weiter lassen bisherige Beobachtungen darauf schliessen, dass eine Konjunkturabschwächung tendenziell einen Minderver-

brauch an Treibstoff bei Unternehmen und Privaten nach sich zieht. Schliesslich wirkt sich auch die Benzinnachfrage in den Grenzgebieten auf die Einnahmen aus. Sie hängt insbesondere von den Preisen im internationalen Vergleich ab.

2009 erreichten die Einnahmen aus den Mineralölsteuern auf Treibstoffen den Höchststand des Vorjahres nicht ganz. Die Abnahme ist auf den Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität zurückzuführen. Allerdings milderte die Preissenkung an den Tanksäulen wahrscheinlich die negativen Folgen der schlechten Konjunktur auf die Treibstoffnachfrage. Insgesamt übertrafen jedoch die Einnahmen die budgetierten Werte (+2,6%). Die Differenz erklärt sich in erster Linie durch die Unterschätzung des Ergebnisses für 2008, das der Budgetierung zugrunde lag und dessen Höhe damals noch nicht vorlag. In der Tat fiel die Verbesserung des Gesamtergebnisses 2008 viel deutlicher aus als Mitte Jahr angenommen werden konnte.

Die Hälfte der Nettoeinnahmen aus der Mineralölsteuer auf Treibstoffen und der gesamte Nettoertrag des Zuschlags werden zur Finanzierung von Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr eingesetzt.

## 16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
				absolut	%
<b>Schwerverkehrsabgabe</b>	<b>1 441</b>	<b>1 460</b>	<b>1 452</b>	<b>10</b>	<b>0,7</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,3	2,4	2,4		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	940	938	944	4	0,4
Kantonsanteile	470	469	472	2	0,4
Übrige	31	54	36	4	14,4

Die Erhebung der *leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe* (LSVA) stützt sich auf das Gesamtgewicht des Fahrzeugs, die Emissionskategorie und die Anzahl zurückgelegter Kilometer. Der Ertrag ist zweckgebunden: Die *Kantone* erhalten rund einen Drittel und rund zwei Drittel dienen der Finanzierung der *Eisenbahngrossprojekte* sowie anderer Infrastrukturprojekte im öffentlichen Verkehr. Der Restbetrag (*Übrige*) ist ebenfalls für die Kantone bestimmt; er trägt in erster Linie zur Finanzierung der Polizeikontrollen bei.

2009 nahmen die Einnahmen aus der LSVA trotz Wirtschaftszession zu, wenn auch nur leicht. Grund für diese Mehreinnahmen war die Abklassierung der EURO 3 Fahrzeuge per 1.1.2009, die einer teureren Kategorie zugeordnet wurden. Dagegen wirkten sich die schlechte Wirtschaftslage und die Erneuerung des Fahrzeugparks negativ auf das Ergebnis von 2009 aus. Ebenfalls zu einer Einnahmeneinbusse führte der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts, das sich gegen eine Erhöhung der am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen LSVA aussprach. In der Fol-



ge wurde die LSVA ab November 2009 wieder zum alten und tieferen Tarif erhoben. Diese Faktoren erklären auch, warum die Einnahmen aus der LSVA den veranschlagten Betrag nicht ganz erreichten (-8 Mio., d.h. -0,6%).

Nach den üblichen Grundsätzen der Rechnungslegung entsprechen die in einem bestimmten Rechnungsjahr ausgewiesenen Einnahmen dem Total der Forderungen des Bundes für das betreffende Jahr, und nicht den effektiven Eingängen im betreffenden Jahr. Die angefochtenen LSVA-Forderungen werden

nicht von den verbuchten Beträgen abgezogen. Der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts zur jüngsten Erhöhung der LSVA ist noch nicht definitiv, da das EFD beim Bundesgericht Rekurs eingereicht hat. Aus diesem Grund wurde ausserhalb der Bilanz eine Eventualverbindlichkeit in der Höhe der allfälligen Rückerstattung zu viel bezahlter Beträge ausgewiesen (vgl. Band I, Ziff. 63). Im Übrigen werden gemäss dem Bruttoprinzip die Debitorenverluste auf einem entsprechenden Konto verbucht und nicht von den Einnahmen abgezogen.

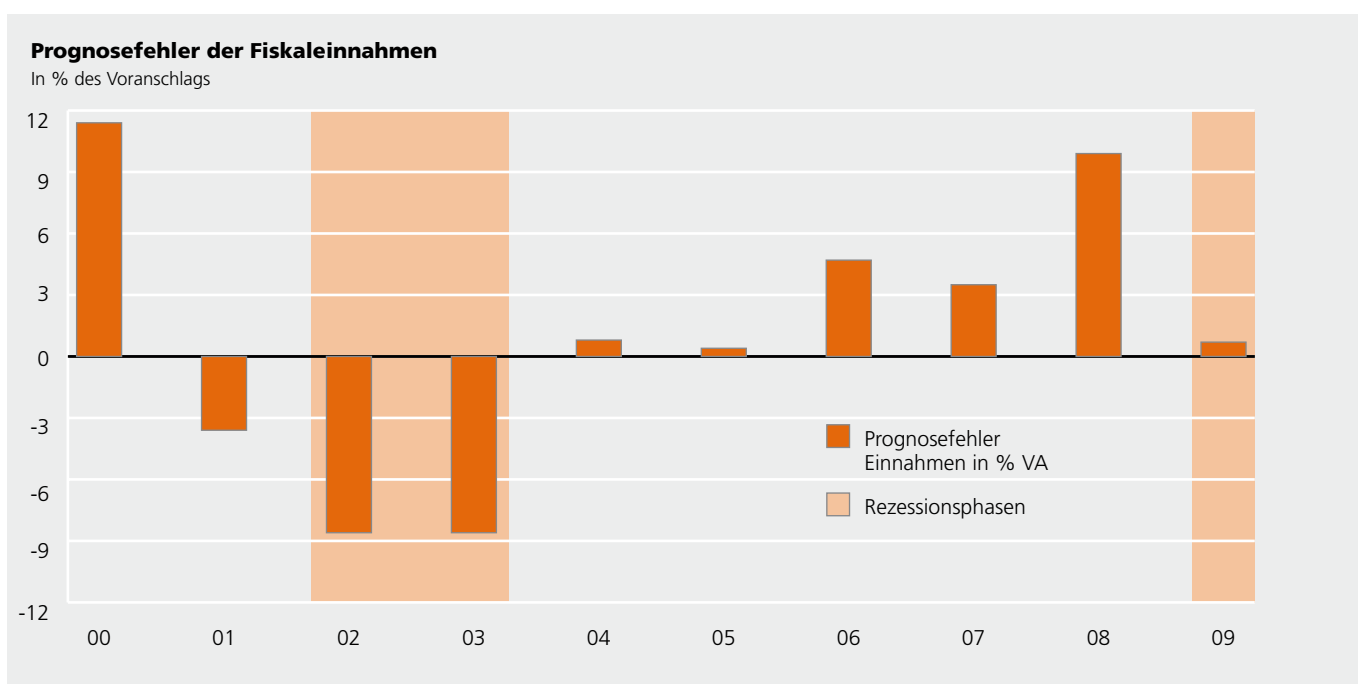
## 17 Qualität der Einnamenschätzungen

Die Schätzungen der Fiskaleinnahmen des Bundes sind mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden. Neben der Einschätzung der volkswirtschaftlichen Entwicklung und deren Einfluss auf das Steueraufkommen des Bundes gilt es oftmals Sonderfaktoren aufgrund von Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, deren Auswirkungen im Voraus oft nur schwer abzuschätzen sind. Dieses Unterfangen wird aufgrund des relativ langen Prognosehorizonts zusätzlich erschwert: So werden die Einnamenschätzungen in der Regel bis zu 20 Monate vor dem Abschluss des entsprechenden Rechnungsjahres erstellt. Die zuständigen Steuerexperten müssen daher zunächst die erwarteten Einnahmen im laufenden Jahr einschätzen, um darauf basierend eine Prognose für das Folgejahr vornehmen zu können.

Die beschriebenen Unsicherheiten können zu hohen Abweichungen zwischen den effektiv realisierten und den im Voranschlag budgetierten Einnahmen führen. In der nachfolgenden

Grafik sind diese Prognosefehler bei den Fiskaleinnahmen – ausgedrückt in Prozent des Voranschlagswertes – für die letzten zehn Jahre aufgeführt. Dabei bedeutet ein positiver (negativer) Prognosefehler, dass die Einnahmen unterschätzt (überschätzt) worden sind.

Die Abbildung zeigt, dass die Prognosefehler im Zeitablauf stark variieren. Die grösste Unterschätzung der Fiskaleinnahmen im betrachteten Zeitraum ereignete sich im Jahr 2000 mit einem positiven Prognosefehler von 11,4 Prozent, während die Einnahmen in den Jahren 2002 und 2003 mit einem negativen Prognosefehler von jeweils 8,6 Prozent am stärksten überschätzt worden sind. Als einfaches Mass für die Schätzgenauigkeit dient der *durchschnittliche absolute Prognosefehler*. Im betrachteten Zeitraum beträgt dieser für die Fiskaleinnahmen 5,2 Prozent. Mit anderen Worten werden die Einnahmen jedes Jahr durchschnittlich um 5,2 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Eine bedeutende Fehlerquelle für die Einnahmen-



schätzungen sind die Annahmen über die volkswirtschaftliche Entwicklung. So zeigen Untersuchungen der EFV, dass bis zu einem Drittel der Einnamenschätzfehler durch Prognosefehler beim Bruttoinlandprodukt erklärt werden können.

Die Schätzgenauigkeit fällt je nach Einnahmenkategorie deutlich unterschiedlich aus. Innerhalb der grossen Fiskaleinnahmen sind die Einnamenschätzungen bei der Mehrwertsteuer mit einem durchschnittlichen absoluten Prognosefehler von nur 2,2 Prozent am genauesten. Hier erweist sich der enge Zusammenhang zwischen den Mehrwertsteuereinnahmen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als grosser Vorteil für die Einnamenschätzungen. Die Schätzfehler bewegen sich in der Regel im Rahmen der Fehlprognosen für das nominale Bruttoinlandprodukt.

Mit Abstand am ungenauesten sind die Schätzungen der Verrechnungssteuereinnahmen: In den vergangenen zehn Jahren wurden die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer durchschnittlich um fast 50 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Die hohen Prognosefehler sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, welche die Schätzung der Verrechnungssteuereinnahmen erschweren. So wird die Verrechnungssteuer nicht nur von der konjunkturellen Entwicklung geprägt, sondern auch von der spezifischen Situation in einzelnen Wirtschaftszweigen. Auch die Dividendenausschüttungs- oder Aktienrückkaufpolitik einiger Grossunternehmen beeinflusst die Verrechnungssteuereinnahmen stark. Aus diesen Gründen wird im Budget und Finanzplan seit 2005 jeweils ein langjähriger Durchschnittsbetrag (3 Mrd.) eingesetzt. Dadurch soll u.a. auch verhindert werden, dass sich die hohe Volatilität der Verrechnungssteuer im Rahmen der Schuldenbremse auf die Ausgaben überträgt. Diese Schätzstrategie weicht grundsätzlich von denjenigen der anderen Einnahmen ab und ist mit ein Grund für die Abweichungen. Angesichts des erneut hohen Einnahmenstandes im Jahr 2009 wird dieser Wert im Rahmen der anstehenden Budget- und Finanzplanung aber neu geprüft werden.

Die orange hinterlegten Flächen in der Grafik markieren die Jahre, in denen sich die Schweizer Volkswirtschaft in einer Rezession befand. Als Rezession wird in diesem Zusammenhang eine Phase definiert, in der sich die Schweiz in einer gesamtwirtschaftlichen Unterauslastung befand und die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandprodukts unter ihrem langfristigen Potenzial lag. Mit dieser zweiten grafischen Analyse lässt sich ein Muster in der Entwicklung der Prognosefehler erkennen: So werden die Bundeseinnahmen während eines wirtschaftlichen

Abschwungs tendenziell überschätzt (negativer Prognosefehler) und in der nachfolgenden Aufschwungsphase eher unterschätzt (positiver Prognosefehler). Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürften sich diese Schätzfehler gegenseitig aufwiegen.

Dies war auch in den vergangenen zehn Jahren annähernd der Fall. So summieren sich die negativen und positiven Prognosefehler bei den Fiskaleinnahmen auf rund 5,3 Milliarden auf. Dies entspricht, bezogen auf die insgesamt vereinnahmten Fiskaleinnahmen des Bundes in dieser Zeitperiode von rund 490 Milliarden, einem durchschnittlichen Prognosefehler von rund 1,1 Prozent. Mit anderen Worten wurden die Fiskaleinnahmen seit 2000 durchschnittlich um 1,1 Prozent zu tief geschätzt. Allerdings ist dieser Mittelwert statistisch gesehen nicht signifikant von null verschieden, d.h. die Einnahmen wurden weder systematisch über- noch unterschätzt.

Diese Erkenntnis ist nicht zuletzt im Rahmen der Schuldenbremse von zentraler Bedeutung. Mit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 vollzog der Bund den Wechsel von einer diskretionären zu einer regelgebundenen Finanzpolitik, wobei sich die Ausgaben des Bundes neu nach den konjunkturell bereinigten Einnahmen richten. Zusammen mit den Konjunkturprognosen sind die Einnamenschätzungen somit zentral für die ausgabenseitigen Vorgaben. Die Fehler bei den Einnamenschätzungen werden auf dem Ausgleichskonto festgehalten: Werden die Einnahmen unterschätzt, führt dies zu einer Gutschrift auf dem Ausgleichskonto. Im umgekehrten Fall wird das Ausgleichskonto hingegen belastet. Wie weiter oben dargelegt, sind die Einnamenschätzungen des Bundes unverzerrt. Dadurch wird sichergestellt, dass sich die Gutschriften und Belastungen auf dem Ausgleichskonto aufgrund von Fehlern bei den Einnamenschätzungen – unabhängig von deren Umfang – im Zeitablauf gegenseitig kompensieren und damit die Stetigkeit des Ausgabenwachstums gewährt bleibt.

Zudem entfaltet unter dem Regime der Schuldenbremse das beschriebene konjunkturelle Muster der Über- und Unterschätzung der Einnahmen tendenziell eine antizyklische Wirkung: Werden die Einnahmen in einer Rezessionsphase überschätzt, fallen auch die ausgabenseitigen Vorgaben weniger restriktiv aus und der expansive Konjunkturimpuls des Bundeshaushalts wird dadurch verstärkt. Im Aufschwung hingegen fallen die Vorgaben an die Bundesausgaben aufgrund der Unterschätzung der Einnahmen restriktiver aus und damit auch die konjunkturell dämpfende Wirkung des Haushalts.

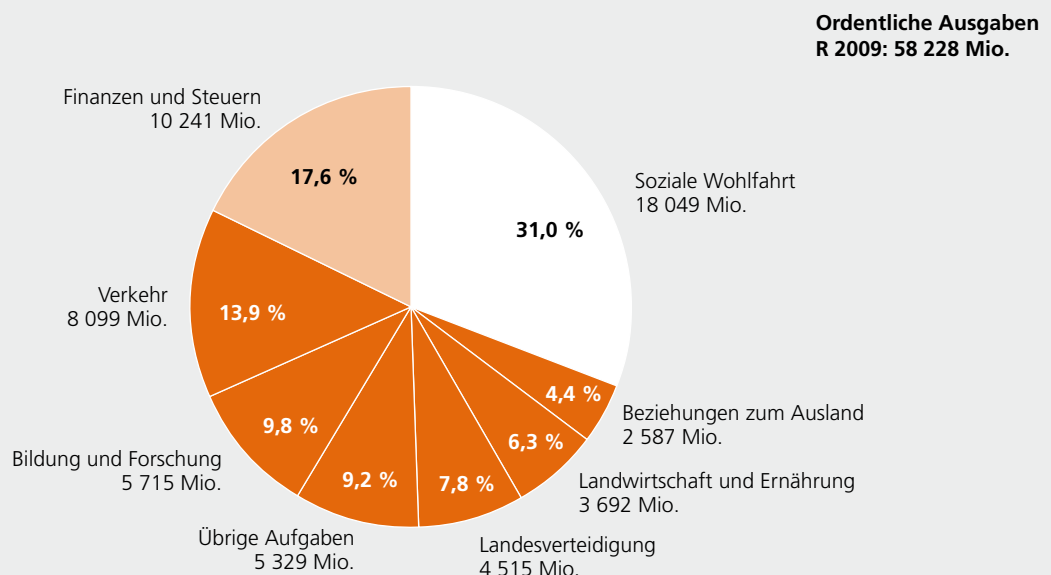
Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
				absolut	%
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)	<b>56 598</b>	<b>59 020</b>	<b>58 228</b>	<b>1 630</b>	<b>2,9</b>
Δ in % Vorjahr	4,9	4,3	2,9		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 273	2 492	2 482	209	9,2
Ordnung und öffentliche Sicherheit	836	950	890	53	6,4
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 394	2 630	2 587	193	8,0
Landesverteidigung	4 537	4 612	4 515	-21	-0,5
Bildung und Forschung	5 339	5 752	5 715	376	7,0
Kultur und Freizeit	429	413	395	-33	-7,8
Gesundheit	220	214	276	56	25,6
Soziale Wohlfahrt	17 434	18 394	18 049	615	3,5
Verkehr	7 538	7 888	8 099	561	7,4
Umweltschutz und Raumordnung	651	738	726	75	11,6
Landwirtschaft und Ernährung	3 551	3 721	3 692	141	4,0
Wirtschaft	405	434	560	155	38,3
Finanzen und Steuern	10 991	10 781	10 241	-750	-6,8

Insgesamt wachsen die Ausgaben des Bundes im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Milliarden bzw. um 2,9 Prozent. Das Ausgabenwachstum ist dabei stark durch zwei gegenläufige, konjunkturbedingte Effekte geprägt: Zum einen hat das Parlament im Rahmen der ersten zwei Stufen der Massnahmen zur Konjunkturstabilisierung die Bundesausgaben im Jahr 2009 um insgesamt gut 1,1 Milliarden aufgestockt. Zum andern hat die Wirtschaftsentwicklung zu einem Rückgang bei den Anteilen Dritter an Bundeserträgen von insgesamt rund 300 Millionen geführt. Nebst den Anstrengungen zur Eindämmung der Bundesschuld wirkten sich zudem niedrigere Zinsen dämpfend auf die Ausgabenentwicklung aus (-527 Mio.).

Diese Effekte haben auch zu einer leichten Veränderung in der Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten geführt. Zwar entfällt nach wie vor rund die Hälfte der Bundesausgaben auf

die Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt sowie Finanzen und Steuern. Aufgrund der konjunkturbedingten Minderausgaben bei den Anteilen Dritter an Bundeserträgen sowie bei den Passivzinsen hat der Anteil der Finanzen und Steuern am Gesamthaushalt indes im Vergleich zum Vorjahr von 19,4 auf 17,6 Prozent abgenommen. Demgegenüber entfielen rund 380 Millionen der Massnahmen aus den Konjunkturstabilisierungsprogrammen auf die Aufgabengebiete Wirtschaft (insbesondere Regionalpolitik sowie Förderung von Gebäudesanierungen und von erneuerbaren Energien), Umwelt (Hochwasserschutz, Revitalisierungen im Gewässerbereich) sowie Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen (Investitionen im Zollbereich). Dadurch nahm der Anteil der übrigen Aufgaben an den Gesamtausgaben von 8,5 auf 9,2 Prozent zu. Die Anteile der restlichen Aufgabengebiete blieben im Vorjahresvergleich praktisch unverändert.

### Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten 2009



## 21 Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut %	
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>17 434</b>	<b>18 394</b>	<b>18 049</b>	<b>615</b>	<b>3,5</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	30,8	31,2	31,0		
Altersversicherung	9 322	9 865	9 671	349	3,7
Invalidenversicherung	3 655	3 827	3 581	-74	-2,0
Krankenversicherung	1 806	1 887	1 847	41	2,2
Ergänzungsleistungen	1 127	1 190	1 312	185	16,4
Militärversicherung	252	249	195	-58	-22,9
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	314	396	406	92	29,5
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	99	174	144	45	45,7
Migration	812	751	842	31	3,8
Soziale Hilfe und Fürsorge	47	53	53	5	10,9

Die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt machten im Jahr 2009 31 Prozent der Bundesaussgaben aus. Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie mit 3,5 Prozent stärker als die ordentlichen Ausgaben insgesamt (2,9 %). Der Voranschlag wurde um 344 Millionen unterschritten, was vor allem auf die Bereiche Alters- und Invalidenversicherung zurückzuführen ist: Einerseits fiel der Ertrag aus dem AHV-Mehrwertsteuerprozent konjunkturbedingt tiefer aus als budgetiert (-147 Mio.), andererseits ist der Beitrag des Bundes an die IV aufgrund der 4. und 5. IV-Revision und der geringeren Schuldzinsen tiefer als erwartet ausgefallen (-239 Mio.).

Zugunsten der *Alters- und Hinterlassenenversicherung* (AHV) überweist der Bund – nebst seiner ausgabenprozentualen Beteiligung von 19,55 Prozent an den AHV-Ausgaben – die Erträge aus der Spielbankenabgabe, wobei zu Beginn 2009 die Einnahmen des Jahres 2007 der AHV gutgeschrieben wurden. Schliesslich transferiert der Bund 83 Prozent des Mehrwertsteuerertrags aus dem Demografie-Prozent an die Versicherung. Im Jahr 2009 summierten sich die Ausgaben der AHV auf 35,8 Milliarden, was gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg um 5,5 Prozent entspricht. Dieses Wachstum ist zum einen durch die Alterung der Bevölkerung und die damit verbundene Zunahme des Rentenbestandes bedingt (2,3 %-Punkte). Zum anderen wurden die Renten und Hilflosenentschädigungen im Jahr 2009 an die seit 2007 aufge Laufene Lohn- und Preisentwicklung angepasst (3,2 %-Punkte).

Der Bund finanziert 37,7 Prozent der Ausgaben der *Invalidenversicherung* (IV). Die Kosten der IV von 9,4 Milliarden verteilen sich zur Hauptsache auf Geldleistungen in Form von Renten, Hilflosenentschädigungen und Taggeldern (rund 75 %) sowie auf Ausgaben für individuelle Massnahmen (z.B. Hilfsmittel, Schulungen; rund 15 %). Die Ausgaben für die Invalidenversicherung gingen gegenüber 2008 zurück (-2,0%). Dies erklärt sich aus den Massnahmen der 4. und 5. IV-Revision, wodurch die Anzahl Neurenten gesenkt werden konnten. Der Rückgang kam trotz der Rentenanpassung um 3,2 Prozent im Jahr 2009 zustande.

Im Rahmen der *Ergänzungsleistungen* (EL) finanziert der Bund fünf Achtel der Ausgaben, welche die Existenzsicherung der AHV- und IV-Rentenbezüger gewährleisten. Den Rest tragen die Kantone. Der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr (+16,4 %)

ist verzerrt durch Nachzahlungen an die Kantone, welche das Jahr 2008 betreffen (68 Mio.). Sie resultieren aus den NFA-Übergangsbestimmungen für das Jahr 2008 (Festlegung des Bundesanteils auf Basis der Dezemberzahlen 2008). Unter Ausklammerung dieses Übergangseffekts sowie unter Berücksichtigung der Rückerstattungen einzelner Kantone für das Jahr 2008 resultiert ein bereinigtes Wachstum der EL von 5,5 Prozent, welches auf die Zunahme der EL-beziehenden Personen und den höheren durchschnittlichen EL-Betrag (v.a. Erhöhung des allgemeinen Lebensbedarfs) zurückgeht.

Die zweckgebundenen Einnahmen aus *Alkohol- und Tabakbesteuerung* waren 2009 mit 2232 Millionen um 58 Millionen tiefer als im Vorjahr. Der Bundesanteil von 17 Prozent an den Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerprozent, welches für die Deckung der demografiebedingten Mehrkosten in der AHV seit 1999 erhoben wird, belief sich auf 2148 Millionen. Mit diesen für die Finanzierung der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL bestimmten Einnahmen konnten 30,1 Prozent der Ausgaben gedeckt werden, 0,6 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundes in der *Krankenversicherung* fallen vor allem im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Sie sind 2009 gegenüber 2008 um 41 Millionen (+2,2 %) gestiegen. Dieser Anstieg ist der Entwicklung der Gesundheitskosten zuzuschreiben. Der Beitrag des Bundes zur Prämienverbilligung beträgt 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Die Aufwendungen des Bundes hierfür sind zum Teil zweckfinanziert. Zu Gunsten unterer Einkommenschichten werden 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV- und FinöV-Anteile) verwendet, was 2009 rund 849 Millionen ausmacht. Die zweckgebundenen Mittel decken 46 Prozent der Bundesaussgaben für die Prämienverbilligung.

Der Bund trägt die gesamten Kosten für die *Militärversicherung*. In Bezug auf den Ausgabenrückgang gegenüber dem Vorjahr (-58 Mio.) ist zu beachten, dass in diesen Zahlen keine zeitlichen Abgrenzungen berücksichtigt sind. Bei einer periodengerechten Darstellung beträgt der Aufwand für 2008 noch rund 227 Millionen und für 2009 etwa 219 Millionen. Somit hat der Aufwand für die Durchführung der Militärversicherung um rund 8 Milli-

onen abgenommen. Dieser Rückgang ist insbesondere auf den tieferen Verwaltungsaufwand sowie auf den Rückgang des Rentenbestandes zurückzuführen.

Der Bundesbeitrag an die *Arbeitslosenversicherung* beträgt 0,15 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme. Die Ausgaben in diesem Bereich sind insbesondere aus zwei Gründen überdurchschnittlich stark gestiegen (+29,5 %): Einerseits fiel die befristete Senkung des Bundesbeitrags auf 0,12 Prozent aus dem Entlastungsprogramm 2004 weg, andererseits war das Lohnwachstum im Jahr 2009 über den Erwartungen.

Die Ausgaben für den *sozialen Wohnungsbau* umfassen zum grössten Teil Zusatzverbilligungen von Mietzinsen (rund 55 %) sowie die Förderung gemeinnütziger Bauträger (rund 35 %). Im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 wurden die Wohnbaudarlehen bis 2008 sistiert. Diese Subventionstätigkeit wurde im Voranschlag 2009 mit 5 Millionen wieder aufgenommen. Der Kredit wurde dann im Rahmen der ersten Stufe des konjunkturellen Stabilisierungsprogramms um 45 auf 50 Millionen erhöht, um Investitionen im Bereich der Wohnraumförderung vorzuziehen.

Die Ausgaben im Bereich *Migration* sind in der Rechnung 2009 knapp 4 Prozent höher als im Vorjahr. Im Vergleich zum Voranschlag weist dieser Bereich jedoch einen Zuwachs der Ausgaben um 12 Prozent aus. Dies ist auf den Anstieg der Asylgesuche zurückzuführen. Währenddem man im Voranschlag 2009 von jährlich 10 000 Asylgesuchen ausging, wurde dieser Parameter später aufgrund der aktuellen Entwicklungen auf jährlich 17 500 Gesuche geschätzt. Entsprechend wurden im Rahmen der Nachträge I und II die Mittel um insgesamt 159 Millionen aufgestockt, namentlich in den Bereichen Personal, Betriebsausgaben Empfangszentren, Verfahrensaufwand Asylsuchende, Sozialhilfekosten Asylsuchende und Flüchtlinge. Im Jahr 2009 sind schliesslich 16 000 Asylgesuche angefallen, womit die zusätzlich gewährten Mittel nicht vollständig ausgeschöpft wurden. Gegenüber dem Vorjahr fallen die Mehrausgaben im 2009 weniger stark ins Gewicht, da in der Rechnung 2008 aufgrund der Einführung des revidierten Asylgesetzes einmalige Zusatzkosten in der Höhe von 157 Millionen enthalten waren.

## 22 Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
				absolut	%
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>10 991</b>	<b>10 781</b>	<b>10 241</b>	<b>-750</b>	<b>-6,8</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	19,4	18,3	17,6		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 484	4 073	4 178	-307	-6,8
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 782	3 905	3 255	-527	-13,9
Finanzausgleich	2 725	2 803	2 808	83	3,0

2009 entfielen von den Gesamtausgaben 17,6 Prozent auf den Aufgabenbereich Finanzen und Steuern, gegenüber 19,4 Prozent im Vorjahr. Dieser Rückgang ist bedingt durch die konjunkturelle Verlangsamung, zeugt jedoch auch von den guten finanziellen Ergebnissen der Vorjahre. Dieser Aufgabenbereich weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Was ihn auszeichnet, ist, dass er von den finanzpolitischen Prioritätenbildung ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmarktbedingungen, Zinssatzentwicklung, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

Im Gegensatz zu den meisten anderen grössten Aufgabengebieten verzeichneten die Ausgaben in diesem Bereich gegenüber 2008 einen Rückgang (-6,8 %), der auf das Zusammentreffen zweier Faktoren zurückzuführen ist: Einerseits ziehen die durch den Konjunktureenbruch im 2008 bedingten Mindereinnahmen insbesondere bei der Verrechnungssteuer rückläufige Anteile an den Bundeseinnahmen nach sich; andererseits führt die

kombinierte Wirkung von gesunkenem Finanzierungsbedarf und Zinssenkung zu einer deutlichen Entlastung bei den Kosten der Vermögens- und der Schuldenverwaltung.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (DBSt) und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die *Anteile an Bundeseinnahmen*. Ausserdem umfassen sie fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich berücksichtigen sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVA). Der Rückgang der Anteile Dritter an Bundeseinnahmen (-307 Mio.) erklärt sich im Wesentlichen aus den wegen der ungünstigen Konjunktur rückläufigen Erträgen aus der Verrechnungssteuer (vgl. Band 1, Ziff. 31). Die Anteile der Kantone an den Verrechnungssteuereinnahmen verzeichnen deshalb gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 206 Millionen (-32,3 %). Die Anteile der Kantone an den Einnahmen der DBSt verzeichnen ebenfalls einen Rückgang (-75 Mio. oder -2,4 %) und heben sich damit von der Entwicklung der Einnah-

men ab. Das liegt daran, dass der für 2008 ausgewiesene Anteil der Kantone aus Verbuchungsgründen nach oben verzerrt war. Eine weitere Erklärung für den Rückgang der Anteile an Bundeseinnahmen liefern die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer, die Zölle und die LSVA, deren Gesamtbetrag (178 Mio.) gegenüber 2008 um 28 Millionen zurückging.

Die Ausgaben für die *Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung* umfassen die Passivzinsen sowie die Kommissionen, Gebühren und Abgaben der Bundestresorerie. Ihre Abnahme gegenüber dem Vorjahr (-527 Mio.) ist in erster Linie den Ausgaben für Passivzinsen anzulasten, welche um 552 Millionen (-14,8 %) zurückgingen. Dies ist generell Ausdruck eines geringeren Finanzierungsbedarfs infolge ausreichender Tresoreriemittel; es widerspiegelt aber auch die rückläufige Zinssatzentwicklung. Der Rückgang der Passivzinsen wird hauptsächlich durch drei Faktoren bestimmt: Erstens die sinkende Zinslast der Anleihen (-162 Mio.) aufgrund der Verringerung der finanziellen Grundlast infolge der Rückerstattung von Obligationen im Gesamtvolumen von 6,3 Milliarden; zweitens die hohen Agios (233 Mio.), die dank dem tiefen Zinsniveau eingenommen werden und zur Verringerung der Zinslast beitragen. Aufgrund der Verringerung des Volumens gegenüber dem Vorjahr (-3,7 Mrd.) und wegen der Tatsache, dass die Emission der Geldmarktbuchforderungen zum grössten Teil zu ihrem Nominalwert (Pariemission) erfolgte, ist deren Last stark gesunken, nämlich von 141 Millionen im 2008 auf weniger als eine Million im 2009. Der allgemeine und ausgeprägte Rückgang der Zinssätze verursachte dagegen einen Mehraufwand bei den Zinsswaps (+29 Mio.). Der Grund dafür ist die Tatsache, dass wenn die variablen Zinseinnahmen aus der Nettoposition an Payerswaps infolge sinkender Zinssätze stark rückläufig sind, der entsprechende Aufwand in diesem Bereich

steigt. Der allgemeinen Verringerung der Passivzinsen wirken die Mehrausgaben für die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie (+25 Mio.) leicht entgegen; sie erklären sich durch die Tatsache, dass das Volumen der 2009 aufgelegten Anleihen, die ab 2010 Zinsen abwerfen, dasjenige übertrifft, das im vorangehenden Geschäftsjahr ausschlaggebend war. Zur Erinnerung: Die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie sind im Zeitpunkt der Ausgabe geschuldet.

Der *Finanzausgleich* ist diesem Aufgabebereich zugeordnet. Die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen des vertikalen Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs belaufen sich insgesamt auf 2 808 Millionen, d.h. sie nehmen gegenüber 2008 um 83 Millionen (+3,0 %) zu. Die Anpassung des vertikalen Ressourcenausgleichs und des Lastenausgleichs erfolgt nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) sowie des Bundesbeschlusses über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcen- und Lastenausgleichs. Beim vertikalen Ressourcenausgleich stieg der Bundesbeitrag gegenüber 2008 um 3,5 Prozent (+63 Mio.); er beläuft sich nun gemäss Entwicklung des Ressourcenpotenzials aller Kantone im 2009 auf 1862 Millionen. Der Lastenausgleich hängt von der Anpassung des Vorjahreswerts an die Teuerung ab. Die für das Jahr 2009 (per Ende Mai) eingesetzte Teuerung betrug 2,9 Prozent. Die verfügbare Summe belief sich demnach auf 702 Millionen oder 20 Millionen mehr als 2008. Die eine Hälfte ist für den geografisch-topografischen Lastenausgleich, die andere für den sozio-demografischen Lastenausgleich bestimmt (17 Kantone profitierten von ersterem, 8 vom zweiten). Der für den Härteausgleich aufgeworfene Betrag (244 Mio.) blieb gegenüber 2008 unverändert.

## 23 Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
				absolut	%
<b>Verkehr</b>	<b>7 538</b>	<b>7 888</b>	<b>8 099</b>	<b>561</b>	<b>7,4</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	13,3	13,4	13,9		
Strassenverkehr	2 458	2 638	2 678	220	8,9
Öffentlicher Verkehr	4 989	5 142	5 325	336	6,7
Luftfahrt	91	108	96	5	5,7

Die Ausgaben im Verkehrsbereich sind um 561 Millionen oder 7,4 Prozent gewachsen. In diesem Anstieg sind insgesamt 395 Millionen (5,2 %) für die 2. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen enthalten. Ohne diese Zusatzausgaben hätten sich Wachstumsraten von 2,2 Prozent für das Gesamtaufgabengebiet, 3,3 Prozent für den Strassenverkehr (exkl. Abbau Ersteinlage des Infrastrukturfonds) und 1,7 Prozent für den öffentlichen Verkehr ergeben.

Beim *Strassenverkehr* ist gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von 220 Millionen (+8,9 %) zu verzeichnen. Werden die Ausgaben des Infrastrukturfonds zugunsten der Strasse hinzuge-rechnet, ergibt sich ein Ausgabenwachstum von 442 Millionen (+18 %). Die Hauptkomponenten, welche zur Veränderung der Ausgaben im Strassenbereich beitrugen, sind die folgenden:

- Die Nationalstrassenausgaben stiegen um 243 Millionen auf 1997 Millionen (+13,8 %). Diese Steigerung ist zum grössten Teil auf die im Rahmen der 2. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen um 140 Millionen erhöhte Einlage in den Infrastrukturfonds zurückzuführen (vorgezogene Engpassbeseitigungen Nationalstrassen). Die restliche Erhöhung ergab sich durch höhere Ausgaben für Unterhalt und Ausbau der Nationalstrassen. Aus dem Infrastrukturfonds wurden gesamthaft 766 Millionen für die Nationalstrassen (Netzfertigstellung) eingesetzt (vgl. Sonderrechnung Infrastrukturfonds, Band 4). Davon stammten in der Aufgabensicht 281 Millionen aus der Ersteinlage. Zur Ermittlung der Gesamtausgaben des Bundes für die Nationalstrassen ist dieser Betrag zu den oben erwähnten 1997 Millionen hinzuzuzählen.
- Die Beiträge an Hauptstrassen blieben mit 205 Millionen konstant. Neben den regulären Investitionsbeiträgen an Hauptstrassen im Umfang von 165 Millionen, welche zunehmend in Form von Globalbeiträgen erfolgen (60 Mio.), wurden aus dem Infrastrukturfonds Pauschalbeiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen ausgerichtet.
- Die Bundesunterstützung an die Kantone im Bereich der übrigen Strassen sowie der Verkehrstrennung sank gegenüber dem Vorjahr von 112 auf 87 Millionen. Dies ist auf den Rückgang bei den aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Beiträ-

gen an Strassenbauten in den Agglomerationen zurückzuführen.

Die Ausgaben für den *öffentlichen Verkehr* stiegen gegenüber dem Vorjahr um 336 Millionen (+6,7 %) an. Wird die Bevorschussung des Bundes an den FinöV-Fonds hinzugerechnet, ergibt sich ein Ausgabenwachstum von 485 Millionen (+9,7 %). Die Hauptkomponenten, welche das Wachstum im Bereich öffentlicher Verkehr begründen, sind die folgenden:

- Die Ausgaben für die Bahninfrastruktur wuchsen insgesamt um 349 Millionen (+14,9 %). Dieses Wachstum ist zu einem massgeblichen Teil auf die 2. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen zurückzuführen, in dessen Rahmen die Betriebs- und Investitionsbeiträge an die SBB (150 Mio.) und Anderen Konzessionierten Transportunternehmungen (102 Mio.) erhöht wurden. Daneben stiegen im Vergleich zum Vorjahr die Ausgaben für aus dem Infrastrukturfonds finanzierte Vorhaben des Agglomerationsverkehrs (Tram- und S-Bahnen) um 61 auf 396 Millionen.
- Weil gegenüber dem Vorjahr mehr Finanzhilfen an die Ersteller von Terminalanlagen des kombinierten Verkehrs ausgerichtet wurden, stiegen die Ausgaben im Bereich der Güterverkehrsverlagerung um 17 Millionen (+6,3 %).
- Die Einlage in den FinöV-Fonds nahm um 43 auf 1548 Millionen ab. Verantwortlich für die Abnahme sind vor allem die tieferen Mineralölsteuereinlagen für 25 Prozent der Bauaufwendungen für die NEAT-Basislinien: Sowohl bei der Achse Gotthard als auch bei der Achse Lötschberg wurde weniger ausgegeben. Insbesondere konnten bei letzterer noch nicht alle hängigen Rechtsverfahren abgeschlossen werden. Ausserdem wurden aus konjunkturellen Gründen weniger Einnahmen aus dem Mehrwertsteuer-Promille in den FinöV-Fonds eingelegt.

Die Ausgaben des Bundes für die *Luftfahrt* wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 5 Millionen (+5,7 %). Einerseits nahmen die Personal- und Sachausgaben sowohl bei der Luftfahrtsicherheit als auch bei der Luftfahrtentwicklung zu. Andererseits wurden mehr Beiträge an die polizeilichen Sicherheitsmassnahmen ausgerichtet.

## 24 Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	%
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 537</b>	<b>4 612</b>	<b>4 515</b>	<b>-21</b>	<b>-0,5</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,0	7,8	7,8		
Militärische Landesverteidigung	4 439	4 511	4 413	-26	-0,6
Nationale Sicherheitskooperation	97	102	102	5	4,8

2009 wurden für die Landesverteidigung insgesamt 4515 Millionen aufgewendet. Dies entspricht einer Abnahme um 21 Millionen oder 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der ursprünglich budgetierte Betrag wurde damit um 97 Millionen oder 2,2 Prozent unterschritten. Die Landesverteidigung umfasst neben der Militärischen Landesverteidigung auch den Bevölkerungsschutz (Nationale Sicherheitskooperation). Während die Ausgaben im Bereich der Militärischen Landesverteidigung um 0,6 Prozent (-26 Mio.) abnahmen, haben die Ausgaben im Bevölkerungsschutz um 4,8 Prozent (+5 Mio.) zugenommen.

Anders als im Voranschlag vorgesehen sind die Ausgaben für die *Landesverteidigung* gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Die Abnahme resultiert aus einem Minderbedarf bei der internationalen militärischen Kooperation: Im Zusammenhang mit den friedenserhaltenden Massnahmen wurden seitens UNO 2009 weniger Mittel eingefordert.

Des Weiteren sind die folgenden Entwicklungen im Bereich der Militärischen Landesverteidigung nennenswert:

- Personalausgaben (+40 Mio.): Die Zunahme gegenüber 2008 resultiert einerseits aus dem Verzicht auf den Abbau von 50 Stellen in der Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB). Andererseits wurde zur Stabilisierung des Informatikbetriebs der Stellenbestand aufgestockt. Zudem waren zusätzliche Mittel für Arbeitgeberleistungen erforderlich, so für Leistungen im Zusammenhang mit dem Vorruhestand oder die Neuregelung betreffend die Familienzulage.
- Investitions- und Rüstungsausgaben (-101 Mio.): Wie im Voranschlag vorgesehen, wurden 2009 weniger Rüstungsvorha-

ben realisiert und entsprechend Mittel zur Überbrückung der finanziellen Engpässe in der logistischen Leistungserbringung der Armee eingesetzt.

- Betriebsausgaben (+23 Mio.): Die Betriebsausgaben der Verteidigung haben gegenüber dem Vorjahr um 23 Millionen zugenommen. Diese Zunahme ist allerdings geringer ausgefallen als erwartet. Gegenüber dem Voranschlag resultieren somit Minderausgaben im Umfang von 74 Millionen.
- Immobilienbereich (+36 Mio.): Die Zunahme im Bereich der Immobilien ist einerseits Folge der zusätzlichen Ausgaben von 12 Millionen für Werterhaltende Massnahmen im Rahmen der 2. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen. Andererseits konnten 2009 – anders als noch im Vorjahr – die geplanten Vorhaben realisiert werden.

Die Ausgaben für die *Nationale Sicherheitskooperation* beliefen sich im Rechnungsjahr auf insgesamt 102 Millionen. Damit verzeichnet der Bevölkerungsschutz gegenüber dem Vorjahr ein Ausgabenwachstum von 4,8 Prozent. Neben der Teuerung haben zusätzliche Ausgaben im Zusammenhang mit dem Gebäudeunterhalt zu diesem Wachstum beigetragen.

Mit dem Voranschlag 2009 wurde ein Verhältnis zwischen den Betriebs- und Rüstungsausgaben von 66 zu 34 Prozent angestrebt. Mit dem Jahresabschluss resultiert ein leicht verbessertes Verhältnis zu Gunsten der Rüstungsausgaben von 65 zu 35 Prozent. Dies ist auf die gegenüber dem Voranschlag tiefer ausgefallenen Betriebskosten zurückzuführen.



## 25 Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut %	
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>5 339</b>	<b>5 752</b>	<b>5 715</b>	<b>376</b>	<b>7,0</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,4	9,7	9,8		
Berufsbildung	573	630	628	55	9,5
Hochschulen	1 655	1 793	1 765	110	6,6
Grundlagenforschung	2 038	2 167	2 196	158	7,8
Angewandte Forschung	1 043	1 132	1 099	56	5,4
Übriges Bildungswesen	30	29	28	-3	-8,7

Der Aufgabenbereich wuchs im Vergleich zum Vorjahr um 376 Millionen (+7 %). In diesem Anstieg sind insgesamt 63 Millionen für die zweite Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen enthalten. Der grösste Anteil an diesen Massnahmen kam dem ETH-Bereich zugute. Da es bei einzelnen seiner Projekte zu Verzögerungen kam, gelangten von den bewilligten 50 Millionen 12 Millionen noch nicht zur Auszahlung. Auch bei der intensivierten Förderung von Zukunftstechnologien der KTI konnte von den vorgesehenen 21,5 Millionen bisher erst gut die Hälfte (12 Mio.) ausgerichtet werden. Die konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen des Schweizerischen Nationalfonds (10 Mio.) sowie die Ausbildungsmassnahmen im Bereich des Hochleistungsrechnens (3 Mio.) wurden plangemäss abgewickelt. Ohne diese Zusatzausgaben hätte sich ein Wachstum des Aufgabenbereichs von 313 Millionen (+5,9 %) ergeben.

*Abgrenzung des Aufgabenbereichs zu den Krediten der BFI-Botschaft:* Der überwiegende Teil der Ausgaben des Aufgabenbereiches sind Kredite der BFI-Botschaft (89 %). Die Aufstockungen, die im Rahmen der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen vorgenommen wurden, betreffen allesamt diesen Bereich. Diese Ausgaben entwickelten sich mit einer höheren Dynamik (+7,8 %; ohne konjunkturelle Massnahmen: +6,3 %) als die restlichen Teile des Aufgabenbereichs (+1,0 %). Das tiefere Wachstum in den restlichen Krediten des Aufgabenbereichs (Ressortforschung, Pflichtbeiträge an internationale Organisationen, Funktionsaufwand) war die Folge eines tieferen Sonderbeitrags an das CERN. Ohne diesen Effekt hätte dieser Zuwachs 2,2 Prozent betragen.

Das mit einem Anstieg von 55 Millionen (+9,5 %) überdurchschnittliche Wachstum in der *Berufsbildung* war in erster Linie auf die Steigerung der Pauschalbeiträge (+36 Mio.) und die Innovations- und Projektbeiträge zurückzuführen (+14 Mio.). Dieses starke Engagement ist die Folge der beabsichtigten Annäherung an die Richtgrösse für die Bundesbeteiligung von einem Viertel der Aufwendungen der öffentlichen Hand.

Die Beiträge an die *Hochschulen* nahmen um 110 Millionen zu (+6,6 %). Der Bundesbeitrag an den ETH-Bereich wird zu 27 Prozent den Hochschulen zugerechnet. Bei diesem Teil des Bundesbeitrags war eine Steigerung von 39 Millionen zu verzeichnen. Bei den Beiträgen an die kantonalen Universitäten trug der Anstieg bei den Grundbeiträgen (+25 Mio.) sowie den projekt-

gebundenen Beiträgen (+31 Mio.) massgeblich zum Zuwachs bei. Der Zuwachs bei den Beiträgen an die Fachhochschulen fiel vergleichsweise geringer aus. Im Fachhochschulbereich waren zwar bei den Betriebsbeiträgen ebenfalls Mehraufwendungen (+5 Mio.) zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr, in welchem durch die subventionsrechtliche Gleichstellung der GSK-Studiengänge (Gesundheit, Soziales, Kunst) ein Ausgabensprung zu verzeichnen war, fiel der Zuwachs in diesem Jahr aber bescheidener aus. Bei den Investitionsbeiträgen an die Fachhochschulen beanspruchten die Planungsarbeiten für grosse Bauten mehr Zeit als vorgesehen, weshalb ein Kreditrest von 17 Millionen anfiel.

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen *Grundlagenforschung* und angewandter Forschung unterschieden. Die Aufwendungen für die Grundlagenforschung nahmen um 158 Millionen zu (+7,8 %). Die Einführung der Overheadbeiträge des Schweizerischen Nationalfonds SNF (37 Mio.) und die weitere Intensivierung der kompetitiven Forschungsförderung sowie die bereits erwähnte zusätzlich Förderung des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen (10 Mio.) führten zu einem Zuwachs der Beiträge an den SNF von insgesamt 76 Millionen. Ein weiterer massgeblicher Träger des Wachstums war der ETH-Bereich (+88 Mio.), welcher zu zwei Dritteln der Grundlagenforschung zugerechnet wird. Demgegenüber sanken die Beiträge an das CERN (-7 Mio.) aufgrund des erwähnten tieferen Sonderbeitrags.

Der Anstieg der Ausgaben für die *angewandte Forschung* (+56 Mio.; +5,4 %) spielte sich hauptsächlich in zwei Fördergefässen ab: den Beiträgen an den ETH-Bereich, welche um 22 Millionen anstiegen, sowie den Beiträgen an die Kommission für Technologie und Innovation KTI (+12 Mio.). Daneben waren bei diversen kleineren Beiträgen ebenfalls Zuwächse zu verzeichnen.

Beim *übrigen Bildungswesen* war ein Ausgabenrückgang um 3 Millionen zu verzeichnen, der darauf zurückzuführen ist, dass der Beitrag an die Stiftung Science et Cité (1 Mio.) ab 2009 aus dem Voranschlagskredit "Schweizerische Akademien" entrichtet und daher der Grundlagenforschung zugerechnet wird. Dieser Effekt wurde verstärkt, da die Stiftung Science et Cité im Vorjahr zusätzlich zum Betriebsbeitrag mit einem einmaligen Beitrag für die Vorbereitung und Durchführung des Nationalen Wissenschaftstages (1,8 Mio.) unterstützt wurde.

## 26 Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	%
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 551</b>	<b>3 721</b>	<b>3 692</b>	<b>141</b>	<b>4,0</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	6,3	6,3	6,3		
Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen	279	283	273	-6	-2,0
Produktion und Absatz	611	539	564	-47	-7,7
Direktzahlungen	2 546	2 786	2 742	197	7,7
Übrige Ausgaben	115	113	113	-2	-2,0

Die Ausgaben im Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung beliefen sich im Rechnungsjahr 2009 auf 3692 Millionen, was einem Anteil von 6,3 Prozent an den ordentlichen Bundesausgaben entspricht. Im Vergleich zum Voranschlag wurden 29 Millionen oder 0,8 Prozent weniger ausgegeben. Gegenüber der Rechnung des Vorjahrs haben die Ausgaben um 141 Millionen respektive um 4,0 Prozent zugenommen. Die Steigerung ist zum einen auf die vom Parlament beschlossene Mittelaufstockung bei den landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen von 150 Millionen in den Jahren 2009-2011 zurückzuführen, welche für den Bund erstmals im Rechnungsjahr 2009 zusätzliche Kostenfolgen hatte (50 Mio.). Weiter wurden mit der Rechnung 2009 in der Marktstützung (Pflanzenbau und Milchwirtschaft) letzte, nachschüssige Zahlungen von rund 40 Millionen fällig. Der per 2009 umgesetzte Systemwechsel, wonach die Stützung neu über Direktzahlungen finanziert wird, hatte zur Folge, dass im Jahr 2009 Doppelzahlungen in besagter Höhe ausgerichtet wurden. Ein weiterer Grund für die Mehrausgaben ist der über Mehreinnahmen finanzierte Nachtragskredit (14 Mio.) zugunsten des Milchmarktes. Der restliche Anstieg ist auf die bundesrätliche Planung zur Mittelverteilung innerhalb der Zahlungsrahmenperiode 2008 bis 2011 (AP 2011) zurückzuführen. Die Mittelumlagerung von der Marktstützung zu den Direktzahlungen sowie die zusätzliche Ausweitung der Direktzahlungen zur Kompensation des reduzierten Grenzschatzes erfolgte per Anfang 2009 und hat zur Folge, dass sich die jährlichen Ausgaben 2009 bis 2011 auf höherem Niveau bewegen als in der Rechnung 2008.

Der überwiegende Teil der Landwirtschaftsausgaben wird seit der Inkraftsetzung der Agrarpolitik 2002 per 1.1.2000 gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Im Rahmen der Parlamentsbeschlüsse zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2011) wurden drei neue Zahlungsrahmen für die Jahre 2008 bis 2011 verabschiedet. Diese betragen insgesamt 13 652 Millionen und setzen sich folgendermassen zusammen: Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen 739 Millionen, Produktion und Absatz 1885 Millionen, Direktzahlungen 11 028 Millionen.

Gut 74 Prozent oder 2742 Millionen der Agrarausgaben wurden für allgemeine und ökologische *Direktzahlungen* eingesetzt, was Folge der sukzessiven Mittelumlagerung von der Marktstützung in dieses Subventionsgefäss ist. Die Neuausrichtung der Agrarpolitik findet ihren Niederschlag in einem Wachstum der Direktzahlungen von knapp 200 Millionen gegenüber der Rech-

nung des Vorjahres. Mit Ausgaben von 2168 Millionen fliesst der Grossteil dieser Mittel in Form von allgemeinen Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe. Die restlichen 574 Millionen werden als ökologische Direktzahlungen ausgerichtet. An jeden der bestehenden rund 60 000 Landwirtschaftsbetriebe richtet der Bund somit jährlich durchschnittlich knapp 46 000 Franken an Direktzahlungen aus.

Die Ausgaben im Bereich *Produktion und Absatz* umfassen die Stützungsmaßnahmen zugunsten der Milch- und Viehwirtschaft und des Pflanzenbaus sowie die Absatzförderung und die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggi-Gesetz»). Im Vergleich zur Rechnung des Vorjahrs haben sich die Ausgaben der Marktstützung um 47 Millionen reduziert. Als Folge der Mittelumlagerungen zu den Direktzahlungen haben insbesondere die Ausgaben für Zulagen im Milchbereich um 51 Millionen abgenommen und betragen 2009 noch 294 Millionen. Die mit dem Voranschlag beabsichtigte Reduktion der Marktstützung Milch um 65 Millionen wurde aufgrund eines Nachtragskredites von 14 Millionen zur Stabilisierung des Milchmarktes teilweise rückgängig gemacht. Ein weiterer Nachtragskredit von 18 Millionen im Zusammenhang mit der Marktsituation Milch wurde für die Ausfuhrbeiträge gemäss «Schoggi-Gesetz» gesprochen. Dieser hatte zur Folge, dass gegenüber der letztjährigen Rechnung 18 Millionen mehr für die Rohstoffverbilligung gemäss «Schoggi-Gesetz» ausgerichtet wurden. Als Folge der Mittelumlagerung durch die AP 2011 wurden die Ausgaben im Pflanzenbau gegenüber der Rechnung um 15 Millionen reduziert.

Die Aufwendungen der *Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen* haben gegenüber dem Vorjahr um rund 6 Millionen (-2,0 %) abgenommen. Der Ausgabenreduktion von insgesamt 14 Millionen bei den Struktur- und Zuchtverbesserungen stehen Mehraufwendungen bei den Familienzulagen an die Landwirtschaft in der Höhe von gut 8 Millionen gegenüber. Diese fielen höher aus, da mit den Parlamentsbeschlüssen zur AP 2011 die Einkommensgrenzen eliminiert und die Ansätze der Kinderzulagen für Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmende erhöht wurden.

Die *Übrigen Ausgaben* setzen sich aus den Bereichen Verwaltung, Beratung, Vollzug und Kontrolle sowie Pflanzenschutz zusammen und weisen im Vergleich zur Vorjahresrechnung leicht abnehmende Ausgaben von 2 Millionen aus (-2,0 %).

## 27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
				absolut	%
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>2 394</b>	<b>2 630</b>	<b>2 587</b>	<b>193</b>	<b>8,0</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,2	4,5	4,4		
Politische Beziehungen	645	697	712	67	10,4
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 642	1 717	1 723	81	4,9
Wirtschaftliche Beziehungen	86	83	76	-10	-11,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	21	132	75	54	259,6

Die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland und die internationale Zusammenarbeit beliefen sich auf 2587 Millionen. Mit einem Anstieg von 8,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr (+193 Mio.) weisen die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland eine im Vergleich zu den anderen Bundesaufgaben überdurchschnittliche Wachstumsrate auf.

Der Bereich der *politischen Beziehungen* umfasst insbesondere die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz, verschiedene Beiträge an internationale Organisationen (Organisation der Vereinten Nationen, Europarat, usw.), die Gaststaatspolitik sowie die Friedens- und Sicherheitsförderung. Der Mehrbedarf für diesen Bereich gegenüber dem Vorjahr beträgt 67 Millionen. Diese Entwicklung ergibt sich insbesondere aus der Umstellung des Rechnungsjahres der Auslandsvertretungen, das sich ausnahmsweise auf fünfzehn Monate erstreckte (was zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 32 Millionen erforderte, um den Anteil des EDA an den Ausgaben des Aussennetzes von Oktober bis Dezember 2009 zu decken), aus der Gewährung von Darlehen an die FIPOI (+13 Mio.) für Bauvorhaben zu Gunsten der UICN, des CERN und des IKRK sowie aus den Investitionsausgaben für die Renovation des Centre William Rappard, dem Sitz der WTO in Genf (+22 Mio.).

Die *Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)* umfasst insbesondere die technische Zusammenarbeit und die Finanzhilfe, die humanitäre Hilfe, die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit sowie diejenigen Beiträge an die Länder Osteuropas, die vom Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD als solche anerkannt werden. Dieser Zuwachs von über 80 Millionen gegenüber 2008 ist folgende Faktoren zurückzuführen: Beiträge an internationale Entwicklungsorganisationen (+21 Mio.), Wiederauffüllung der Finanzmittel der Internationalen Entwick-

lungsagentur IDA (+18 Mio.), Beiträge an die wirtschaftliche Zusammenarbeit (+21 Mio.), bilaterale Aktionen der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe (+20 Mio.). Der Anstieg unterstreicht die Bedeutung, die der Bundesrat dem Ziel beimisst, den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen (BNE) zu erhöhen. Gemäss provisorischer Schätzung des EDA beläuft sich der Gesamtbetrag der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz für 2009 auf 2482 Millionen (2008: 2235 Mio.). Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am BNE dürfte 0,47 Prozent erreichen (2008: 0,44%).

Die *wirtschaftlichen Beziehungen* umfassen zur Hauptsache die Beiträge an internationale Organisationen im Wirtschaftsbe- reich, bei denen die Schweiz Mitglied ist (Europäische Freihandelsassoziation, Organisation für wirtschaftliche Zusammen- arbeit und Entwicklung, Welthandelsorganisation, Internati- onaler Währungsfonds, usw.). Im Vergleich zu 2008 fielen die Ausgaben um 10 Millionen tiefer aus; 2008 wurde an den Treu- handfonds des IWF zur Finanzierung der Entschuldung Liberias eine ausserordentliche Zahlung geleistet.

Die *Hilfe an Ostländer und an die Erweiterung der Europäischen Uni- on* umfasst die Hilfe an die Transitionsländer sowie den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (Kohäsi- on). Gegenüber der Rechnung 2008 erhöhen sich die Ausgaben in diesem Bereich um 54 Millionen. Einerseits ist eine Zunahme der Beiträge an die EU-Erweiterung (+59 Mio.), andererseits eine Abnahme der Hilfe an die Ostländer (-5 Mio.) zu verzeichnen. Gegenüber dem Voranschlag fallen die Ausgaben für den Kohä- sionsfonds um 56 Millionen geringer aus als budgetiert, weil die Realisierung der Projekte nicht nach Planung erfolgen konnte.

## 28 Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
				absolut	%
<b>Übrige Aufgabengebiete</b>	<b>4 814</b>	<b>5 241</b>	<b>5 329</b>	<b>515</b>	<b>10,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,5	8,9	9,2		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 273	2 492	2 482	209	9,2
Ordnung und öffentliche Sicherheit	836	950	890	53	6,4
Kultur und Freizeit	429	413	395	-33	-7,8
Gesundheit	220	214	276	56	25,6
Umweltschutz und Raumordnung	651	738	726	75	11,6
Wirtschaft	405	434	560	155	38,3

Die Ausgaben der übrigen sechs Aufgabengebiete haben – bei einem Anteil von 9,2 Prozent am Gesamthaushalt – gegenüber dem Vorjahr um 515 Millionen (+10,7 %) zugenommen. Drei Sonderfaktoren sind dabei zu berücksichtigen: Zunächst entfallen gut 350 Millionen des Ausgabenwachstums auf Massnahmen zur Konjunkturstabilisierung. Zweitens wurden für Massnahmen zur Bewältigung der H1N1-Pandemie einmalige Mehrausgaben in der Höhe von 44 Millionen getätigt. Eine Ausgabenminderung von insgesamt 90 Millionen ergibt sich im Gegenzug aus der rechtlichen Verselbständigung der neugebildeten Finanzmarktaufsicht FINMA sowie des Eidg. Nuklearsicherheits-Inspektorats ENSI, die beide nicht mehr in der Rechnung der zentralen Bundesverwaltung geführt werden. Bereinigt um diese Sonderfaktoren sind die sechs Aufgabengebiete im Berichtsjahr gesamthaft um 4,4 Prozent gewachsen. Dabei zeigen sich zwischen den einzelnen Aufgabengebieten erhebliche Unterschiede:

Im Aufgabengebiet *Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* unterschreiten die Ausgaben auch unter Einbezug der Massnahmen zur Konjunkturstützung (35 Mio.) den Voranschlag. Gleichwohl sind die Ausgaben gegenüber der Vorjahresrechnung um 209 Millionen (+9,2 %) gewachsen. Der Anstieg ist zu wesentlichen Teilen auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen haben die Ausgaben im Bereich Informatik mit 68 Millionen (+13,5 %) deutlich zugenommen (s. dazu Ausführungen zum IKT-Bereich in Abschnitt 32). Zweitens schlagen die Lohnmassnahmen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Bundes als Arbeitgeber in diesem Aufgabengebiet, das personalintensiv ist und einen geringen Transferanteil aufweist, vergleichsweise stärker zu Buche. Die übrigen Mehrausgaben gehen auf eine Reihe von Einzelfaktoren und -ereignisse zurück, darunter im Besonderen den markanten Anstieg der Zivildienst-Gesuche nach Einführung der Tatbeweis-Regel, die Deckung des Fehlbeitrags von angeschlossenen Organisationen bei der PUBLICA, die Amtshilfe an die USA im Steuerdossier oder Schwankungen im Rhythmus statistischer Erhebungen.

Im Aufgabengebiet *Ordnung und öffentliche Sicherheit* ist gegenüber dem Vorjahr ein Ausgabenzuwachs von 53 Millionen (+6,4 %) zu verbuchen. Etwas weniger als die Hälfte der Mehrausgaben fällt in der Aufgabe Polizeidienste und Strafverfolgung an. Im Vordergrund stehen dabei Leistungen zum Schutz ausländischer

Vertretungen, die laufende Umsetzung des Schengen/Dublin-Abkommens sowie Investitionen in die Informatiksysteme und die technische Ausrüstung. Mehrkosten in ähnlicher Grössenordnung sind bei den Grenzkontrollen zu verzeichnen; neben vorgezogenen Investitionen zur Konjunkturstützung wirken sich die Lohnmassnahmen in dieser ebenfalls personalintensiven Aufgabe überdurchschnittlich aus.

Im Bereich *Kultur und Freizeit* haben die Ausgaben um 33 Millionen (-7,8 %) abgenommen. Hier entfallen einerseits die einmaligen Mehrkosten für die Euro 2008 in der Höhe von 43 Millionen, umgekehrt werden in der Aufgabe Kulturerhaltung Mehrausgaben von gut 7 Millionen, namentlich im Bereich Denkmal- und Heimatschutz, verbucht.

Das markante Ausgabenwachstum im Gebiet *Gesundheit* von 56 Millionen (+25,6 %) erklärt sich zu über 80 Prozent mit den bereits erwähnten Massnahmen zur Bewältigung der Grippepandemie. Weitere zusätzliche Ausgaben gehen auf die Impfkampagne gegen die Blauzungenkrankheit zurück.

Das Aufgabengebiet *Umweltschutz und Raumordnung* steht mit einem Ausgabenzuwachs von 75 Millionen gegenüber der Rechnung 2008 (+11,6 %) zu Buche. Die Mehrausgaben erklären sich grossteils mit Massnahmen der ersten und zweiten Stufe zur Konjunkturstabilisierung in den Aufgaben Umweltschutz (Erweiterung hydrologisches Messnetz, Stufe 2), Schutz vor Naturgefahren (Hochwasserschutz, Stufe 1; Wald, Stufe 2) sowie Naturschutz (Natur und Landschaft, Stufe 2). Weitere Mehrausgaben sind mit dem einmaligen Bundesbeitrag zur Behebung der Unwetterschäden im Kanton Obwalden im Jahr 2003 sowie im Rahmen der Entsorgung von radioaktiven Abfällen (Beitrag an die NAGRA) zu verzeichnen.

Der im Vorjahresvergleich grösste Ausgabenzuwachs ist mit 38,3 Prozent (+155 Mio.) im Aufgabengebiet *Wirtschaft* zu registrieren. Wichtigster Erklärungsfaktor ist auch hier das Massnahmenpaket zur Konjunkturstabilisierung: Mit 100 Millionen (Stufe 2) schlagen die Neueinlagen in den Fonds für Regionalentwicklung prominent zu Buche. Ebenfalls von Bedeutung sind die zusätzlichen Finanzhilfen an Schweiz Tourismus (+12 Mio, Stufe 2) und die Exportförderungsagentur OSEC (+5 Mio, Stufe 1). Substantielle zusätzliche Beiträge wurden sodann in

der Aufgabe Energie ausgerichtet, wo zur Gebäudesanierung für eine verbesserte Energie- und Abwärmenutzung 85 Millionen ausgeschüttet wurden (Stufe 1), und zur Förderung von Anlagen und Projekten im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien (Fernwärme, Photovoltaik, effiziente Heiztechniken)

von den insgesamt budgetierten 50 Millionen knapp 33 Millionen beansprucht wurden. Ausgabenmindernd wirkte sich andererseits, wie eingangs erwähnt, die rechtliche Verselbständigung der FINMA sowie des ENSI aus.



**31 Personal**

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut %	
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 501</b>	<b>4 802</b>	<b>4 812</b>	<b>311</b>	<b>6,9</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>4 396</b>	<b>4 705</b>	<b>4 698</b>	<b>302</b>	<b>6,9</b>
<b>Legislative</b>	<b>64</b>	<b>70</b>	<b>69</b>	<b>5</b>	<b>7,2</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	35	37	36	1	3,7
Personalaufwand <sup>1</sup>	29	32	33	3	10,9
Übriger Personalaufwand	–	0	0	0	–
<b>Judikative</b>	<b>119</b>	<b>136</b>	<b>132</b>	<b>13</b>	<b>10,7</b>
Bezüge Bundesrichter	33	34	37	4	10,6
Personalaufwand <sup>1</sup>	85	100	95	9	11,2
Übriger Personalaufwand	1	1	1	0	-20,0
<b>Exekutive</b>	<b>4 138</b>	<b>4 337</b>	<b>4 425</b>	<b>287</b>	<b>6,9</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	2,6
Bezüge Kommissionen	1	1	1	-1	-38,5
Personalaufwand <sup>1</sup>	4 019	4 200	4 287	268	6,7
<i>davon nicht finanzierungswirksam</i>	0	–	-11	-11	-2 750,0
Personalaufwand Lokalpersonal EDA <sup>1</sup>	50	60	69	20	39,8
Übriger Personalaufwand	65	73	64	0	-0,5
<b>Global- und Spezialkredite<sup>2</sup></b>	<b>67</b>	<b>103</b>	<b>42</b>	<b>-25</b>	<b>-37,8</b>
Arbeitgeberleistungen <sup>3</sup>	67	44	41	-26	-38,9
<i>davon nicht finanzierungswirksam</i>	-42	–	3	44	-106,0
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>7</b>	<b>59</b>	<b>30</b>	<b>23</b>	<b>313,7</b>
Sozialplan	–	33	3	3	–
<i>davon nicht finanzierungswirksam</i>	-13	–	-7	7	-51,5
Vorruhestand	7	26	28	20	283,3
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>105</b>	<b>97</b>	<b>114</b>	<b>9</b>	<b>9,0</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal <sup>1</sup>	105	97	114	9	9,0
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 555</b>	<b>4 802</b>	<b>4 828</b>	<b>273</b>	<b>6,0</b>

1 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge.

2 Beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.

3 VLVA (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Pensionskassenverpflichtungen, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken) sowie Überbrückungsrenten nach BPV 88f.

Der Personalaufwand wird nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, welche zentral im Eidg. Personalamt budgetiert und bewirtschaftet werden.

Gegenüber der Rechnung 2008 steigt der Personalaufwand um 311 Millionen (+6,9 %). Diese starke Zunahme ist auf mehrere Gründe zurückzuführen: 90 Millionen (2 Prozentpunkte) gehen auf Halbjahreseffekte im 2008 zurück: Da die Lohnmassnahmen per 1.7.2008 gewährt worden sind, haben sie sich in der Rechnung 2008 nur hälftig ausgewirkt, in der Rechnung 2009 jedoch für ein ganzes Jahr. Dies gilt auch für die Mehrkosten, die sich aus der Total-Revision des PUBLICA-Gesetzes ergeben haben. Dazu kommen die Lohnmassnahmen 2009 im Umfang von gut 100 Millionen sowie stellenseitige Aufstockungen in der Höhe von rund 90 Millionen (+658 Vollzeiteinheiten). Weitere 20 Millionen sind auf die Anpassung der Arbeitszeitmodelle zurückzuführen und 8 Millionen umfassen die Mehrkosten für Überbrückungsrenten, Verwaltungskosten PUBLICA, usw.

**Legislative**

Der Personalaufwand in der Legislative nimmt gegenüber dem Vorjahr zu (+5 Mio.; +7,2 %) und begründet sich hauptsächlich mit den gestiegenen Bezügen und Arbeitgeberbeiträgen im Umfang von rund 3 Millionen. Auch die Entschädigungen für Parlamentarier fallen höher aus als im Vorjahr.

**Judikative**

Der Personalaufwand der Judikative steigt gegenüber der Rechnung 2008 um insgesamt 13 Millionen an (+10,7 %). Der Zuwachs ist auf den Endausbau der neu geschaffenen Gerichte und die Lohnmassnahmen 2009 zurückzuführen.

**Exekutive**

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive nimmt gegenüber dem Vorjahr um 287 Millionen (+6,9 %) zu. Die Zunahme des Personalaufwandes gründet in ers-

ter Linie auf den einleitend beschriebenen Halbjahreseffekten (90 Mio.), den Lohnmassnahmen 2009 (Reallohnerhöhung und Teuerungsausgleich) in der Höhe von gut 100 Millionen sowie den stellenseitigen Aufstockungen im Umfang von 658 Vollzeit-einheiten (90 Mio.).

### Stellenbestand

Der Bund beschäftigte Ende 2009 auf Vollzeitbasis 33 056 Personen. Im Vergleich zur Rechnung 2008 entspricht dies einer Zunahme des Stellenbestandes um 658 Einheiten und ist im Wesentlichen auf die folgenden Gründe zurückzuführen:

- Verstärkung des konsularischen Aussennetzes (+65 Stellen beim EDA)
- Umsetzung der Abkommen von Schengen/Dublin und Verstärkung im Asylbereich (+80 Stellen beim BFM)
- Eurostat (+33 Stellen im BFS)
- Aufgabenintensivierung im Informatikbereich (+162 Stellen beim BIT)
- Neue Aufgaben bei der ZAS (+36 Stellen)
- Temporärer Überbestand aufgrund ungünstiger Altersstruktur in der EZV (+74 Stellen)
- Neue Freihandelsabkommen sowie Konjunkturprogramm im seco (+15 Stellen)
- Übernahme der Verantwortung der Nationalstrassen (+45 Stellen beim Astra)
- Strommarktliberalisierung und die Schaffung der ELCOM (+27 Stellen im BFE)

### Global- und Spezialkredite

Aus den zentral beim EPA eingestellten Krediten (berufliche Integration, Hochschulpraktikant/innen, Lernende und Lohnmassnahmen) wurden die Mittel vollumfänglich und bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten. Sie sind in deren Personalaufwand integriert.

### Arbeitgeberbeiträge

Die in direktem Zusammenhang mit den Personalbezügen stehenden Arbeitgeberbeiträge wurden vollständig an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert und in deren Personalaufwand integriert.

### Arbeitgeberleistungen

Die Abnahme bei den Arbeitgeberleistungen von rund 26 Millionen stellt eine Nettogrösse dar und resultiert aus Mehr- und Minderaufwendungen. Der Mehraufwand ist auf die Rentenleistungen an Magistratspersonen (+1,1 Mio.), Überbrückungsrenten (+4,7 Mio.), Arbeitgeberleistungen Zentral (+2,6 Mio.) und Zusatzversicherungen für das Lokalpersonal EDA (+0,3 Mio.) zurückzuführen. Der Minderaufwand erklärt sich einerseits durch den Systemwechsel bei den vorzeitigen Altersrücktritten für besondere Personalkategorien (-26,4 Mio.). Diese Leistungen werden nicht mehr unter dem Kredit Arbeitgeberleistungen, sondern wegen der so genannten Vorruhestandsregelung nach Artikel 34 Bundespersonalverordnung (BPV) unter dem Kredit Vorruhestand verbucht. Andererseits fallen die Kosten beim EDA um 8,7 Millionen tiefer aus, weil weniger Personen frühzeitig in Pension gingen als 2008 (Art. 33 BPV).

### Umstrukturierungen

Die Kosten der Umstrukturierung betragen im Rechnungsjahr 30 Millionen. Darunter fallen 3 Millionen für Aufwendungen im Bereich der Sozialplankosten nach Artikel 105 BPV und 28 Millionen beim Vorruhestandsurlaub, welche hauptsächlich der oben erwähnten neuen Verbuchung der vorzeitigen Altersrücktritte zuzuschreiben ist.

### Personalaufwand zu Lasten von Sach- und Subventionskrediten

Die Mehraufwendungen von insgesamt 9 Millionen im Vergleich zur Rechnung 2008 sind hauptsächlich auf Mehrausgaben bei der Entwicklungszusammenarbeit des EDA zurückzuführen.



### 32 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezüglern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber-/ -nehmersituation.

Die *Leistungserbringer* (BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, EVD und Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) des VBS, welche Teil des Verteidigungsbereichs ist) erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam (Leistungsverrechnung, LV, auf der Basis einer Planvollkostenrechnung). Die Leistungsverrechnung beläuft sich 2009 auf 531 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC EJPD in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für PUBLICA, RUAG, EAV, swissmedic, FINMA, AHV-Fonds und ALV-Fonds). Diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Die IKT-LE werden seit dem 1. Januar 2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Ertrag: finanzierungswirksam von den externen Bezüglern, LV von den bundesinternen Bezüglern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT der grösste IKT-LE (413 Mio.). Es folgen FUB (327 Mio. inkl. V-intern erbrachte Leistungen), ISC EJPD (71 Mio.) und IDZ EDA (40 Mio.). Kleinster LE ist das ISCece des EVD (15 Mio.).

Die *Leistungsbezüglern* können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel: finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und LV für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der LB handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: zentral budgetierte und durch den Informatikrat Bund (IRB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim GS EFD: Informatikreserve Bund, IKT-Wachstum Bund und Querschnittsprojekte).
- Departemente: Informatikreserve und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

Die in der Tabelle ausgewiesenen Zahlen setzen sich wie folgt zusammen:

- Ertrag: finanzierungswirksame Erträge, welche die LE gegenüber externen Dritten erwirtschaften.
- Aufwand: finanzierungswirksamer und nichtfinanzierungswirksamer Aufwand von LB und LE sowie LV-Aufwand der LE für bundesintern bezogene Leistungen wie Mieten oder Büromaterial.
- Investitionsausgaben: Investitionsausgaben von LB und LE.
- Ausgaben: finanzierungswirksamer Aufwand und Investitionsausgaben.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen würden und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Der finanzierungswirksame *Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer stieg gegenüber der Rechnung 2008 um 11 Millionen (+41,3%). Dieser Mehrertrag resultierte einerseits aus Mehrerträgen aus Informatikleistungen des BIT von 9 Millionen für zusätzlich erbrachte Leistungen, v.a. für das Grossprojekt NK AVAM (Neukonzeption des Informatiksystems für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsmarktstatistik des ALV-Fonds, +8 Mio.), andererseits erzielte der Dienst für Besondere Angelegenheiten (DBA) des ISC EJPD zusätzliche Erträge aus Gebühren für Fernmeldeüberwachungsmassnahmen von 3 Millionen.

Der *Aufwand* nahm gegenüber der Rechnung 2008 um 131 Millionen oder 14,9% zu. Von diesem Aufwandwachstum entfallen 67 Millionen oder 51,1% auf die FUB und 64 Millionen auf die zivilen Leistungserbringer. Es lässt sich mit folgenden Faktoren erklären: Abschreibungen (+24 Mio.), Entwicklungsaufwand Fachanwendungen FUB (+17 Mio.), zusätzliche Betriebsausgaben bei der Eidg. Steuerverwaltung und dem Bundesamt für Statistik (+15 Mio.), Programm Büroautomation Bund (+9 Mio.), NK AVAM (+8 Mio.), Beschaffung Hardware FUB (+ 8 Mio.), Programm INSIEME (+6 Mio., Gesamterneuerung der Fachanwendungen der Eidg. Steuerverwaltung), diverse Fachanwendungen Bundesamt für Statistik (+5 Mio.) und zusätzliche Raummieten FUB (+6 Mio.), diverse neue Aufwände für Betrieb und Entwicklung, die von den LE aufgrund von Kundenaufträgen erbracht wurden.

Betrachtet man das Aufwandwachstum gegliedert nach *Aufwandarten*, so stieg der Personalaufwand der Leistungserbringer um 44 Millionen, der Sach- und Betriebsaufwand um 63 Millionen und der übrige Sachaufwand der Leistungserbringer um 9 Millionen. Die Abschreibungen nahmen um 24 Millionen zu.

Der Anstieg beim *Personalaufwand* der Leistungserbringer ist bedingt durch die Schaffung von zusätzlichen Stellen sowie der

## Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
				absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ertrag</b>	<b>28</b>	<b>16</b>	<b>39</b>	<b>11</b>	<b>41,3</b>
Ertrag aus Informatikleistungen	17	6	26	9	52,4
Übriger Ertrag	11	10	13	2	23,3
<b>Aufwand</b>	<b>874</b>	<b>1 056</b>	<b>1 005</b>	<b>131</b>	<b>14,9</b>
Personalaufwand (nur Leistungserbringer)	270	279	314	44	16,4
Sach- und Betriebsaufwand	546	668	609	63	11,6
Hardware Informatik	50	62	58	8	16,3
Software	42	53	36	-6	-14,1
Informatik Betrieb/Wartung	99	116	114	15	15,5
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	192	275	227	36	18,6
Telekommunikation	51	40	51	0	1,0
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	112	122	121	9	8,3
Abschreibungen	58	109	82	24	42,1
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>96</b>	<b>142</b>	<b>102</b>	<b>6</b>	<b>6,7</b>
Investitionen Informatiksysteme	65	94	60	-5	-7,1
Investitionen Software	31	47	39	8	27,1
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer)	-	1	3	3	100,0
<b>Ausgaben</b>					
<b>Ausgaben</b>	<b>824</b>	<b>990</b>	<b>920</b>	<b>96</b>	<b>11,7</b>
Finanzierungswirksamer Aufwand	728	848	820	92	12,7
Investitionsausgaben	96	142	100	4	4,5

Lohnsmassnahmen des Bundes. Er verteilt sich wie folgt auf die LE: BIT +29 Millionen; FUB +7 Millionen; ISC EJPD +5 Millionen; IDZ EDA plus 2 Millionen; ISCeco plus 1 Million. Beim BIT wurden 162 Stellen geschaffen, um den zusätzlichen Bedürfnissen der Kunden nachkommen zu können. Bei der FUB wurde zur Aufrechterhaltung des Betriebs auf den geplanten Abbau von 50 Stellen verzichtet. Die Schaffung der zusätzlichen Stellen bei den IKT-LE mit FLAG-Status brachte keine Mehrausgaben für den Bundeshaushalt mit sich. Dies, weil die Leistungsbezüger mit Mitteln, die sie im Voranschlag noch finanzierungswirksam eingestellt hatten, im Haushaltsvollzug Leistungen im Umfang von 87 Millionen bei bundesinternen LE bezogen haben. Damit haben sich die bundesinternen LE im Wettbewerb durchgesetzt.

Im *Sach- und Betriebsaufwand* wies der Bereich Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen eine Zunahme von 36 Millionen auf. Sie verteilt sich auf Fachanwendungen bei der FUB (+17 Mio., u.a. für die SAP-Anwendung Logistik@V), das Programm Büroautomation Bund (+9 Mio.), NK AVAM (+8 Mio.), das Programm INSIEME (+6 Mio.) und diverse Fachanwendungen beim Bundesamt für Statistik (+5 Mio.). Der Bereich Betrieb/Wartung nahm um 15 Millionen zu. Davon entfallen 8 Millionen auf die Inbetriebnahme neuer Fachanwendungen beim Bundesamt für Statistik v.a. für das statistische Informationssystem und zusätzlichen Speicherplatz und 6 Millionen auf zusätzlichen Betriebsaufwand der Steuerverwaltung durch die Inbetriebnahme neuer oder erweiterter Fachanwendungen insbesondere im Bereich Katastrophensicherheit. Die Ausgaben für die Beschaffung von Hardware stiegen um 8 Millionen, da bei der FUB im Rah-

men des Projektes IT-Arbeitsplatz 2009 die Arbeitsplatzsysteme beschafft wurden. Die Steigerung von 9 Millionen beim übrigen Sach- und Betriebsaufwand der LE ist hauptsächlich auf die Zunahme der Raummieten bei der FUB wegen der Miete zusätzlicher Räumlichkeiten zurückzuführen (+6 Mio.).

Der Anstieg bei den *Abschreibungen* betrug 24 Millionen. Davon entfielen 7 Millionen auf die Abschreibung von Hardware, 8 Millionen auf die Abschreibung von Software (6 Mio. Bundesamt für Migration für Abschreibungen des zentralen Migrations-Informationssystems ZEMIS, 2 Mio. für Abschreibungen diverser Fachanwendungen des fedpol) und 9 Millionen auf übrige Abschreibungen wie ausserordentliche Abschreibungen beim BIT aufgrund von Nachaktivierungen.

Die *Investitionsausgaben* stiegen um 6 Millionen (+6,7 %). Von den Investitionsausgaben von total 102 Millionen entfielen 61 Millionen auf die Leistungserbringer und 41 Millionen auf die Leistungsbezüger. Die Zunahme resultiert aus gegenläufigen Entwicklungen: Mehrausgaben für Software (+8 Mio.) und übrige Investitionen (+3 Mio.) standen Minderausgaben für Informatiksysteme gegenüber (-5 Mio.). Die 8 Millionen Mehrinvestitionen in Software betreffen Fachanwendungen folgender Verwaltungseinheiten: Bundesamt für Migration für die Weiterentwicklung des zentralen Migrationsinformationssystems ZEMIS (+3 Mio.), Fachanwendungen des ASTRA (+3 Mio.) und Bundesamt für Landwirtschaft für das Programm ASA 2011 (Agrar Sektor Administration 2011, +2 Mio.).

Die *Ausgaben* stiegen im Vergleich zur Rechnung 2008 um 96 Millionen. Sie resultieren aus den bereits weiter oben erwähnten Faktoren beim finanzierungswirksamen Aufwand und den Investitionsausgaben.

Das starke Ausgabenwachstum im IKT-Bereich ist darauf zurückzuführen, dass immer mehr Geschäftsprozesse immer besser durch IKT unterstützt werden können. Zu den wichtigsten Kostentreibern gehören IKT-Anpassungen, welche auf Grund neuer und geänderter Gesetze u.a. auch zur Entlastung der Unternehmen und Bürger nötig werden, Ablösung von veralteten Anwendungen und Infrastrukturen, 45 konkrete strategische eGovernment-IKT-Vorhaben sowie IKT-Sicherheitsmassnahmen bedingt durch ständig wachsende und sich verändernde Risiken. Die IKT ermöglichen der Bundesverwaltung eine effiziente und effektive Tätigkeit. Sie dienen der Verwaltung zur Unterstützung ihrer Geschäftsprozesse. Die Ausgabenentwicklung des IKT-Bereichs darf deshalb nicht isoliert betrachtet werden. Nichtsdestotrotz

muss die Gesamtwirtschaftlichkeit von IKT-Infrastrukturen und Anwendungen weiter verbessert werden, wie dies die strategischen Ziele des IRB für die IKT 2007-2011 vorsehen. Auch der IKT-Bereich wird einen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts leisten müssen. Der Bundesrat hat mit dem Konsolidierungsprogramm 2011-2013 jährliche Einsparungen im IKT-Bereich von 40 - 60 Millionen beschlossen. Grundsätzlich kann das Ausgabenwachstum durch eine noch konsequentere Verbesserung der IKT-Effizienz oder der IKT-Effektivität gebremst werden. Mit reinen Effizienzsteigerungen werden die beschlossenen Sparmassnahmen jedoch nicht umsetzbar sein. Für alle IKT-Projekte muss daher in der Bundesverwaltung seit längerer Zeit eine Kosten-, Nutzen- und Wirtschaftlichkeitsanalyse erfolgen. In Zukunft wird aufgrund eines Portfoliomanagements auf Stufe Departement und Bund eine verstärkte Analyse erfolgen müssen, welche IKT-Projekte verschiebbar sind oder auf welche ganz verzichtet werden kann.

### 33 Bundestresorerie

#### Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
				absolut	%
<b>Total</b>	<b>106 126</b>	<b>104 615</b>	<b>94 807</b>	<b>-9 808</b>	<b>-9,4</b>
<b>Geldmarkt</b>	<b>10 391</b>	<b>10 670</b>	<b>6 947</b>	<b>-3 723</b>	<b>-34,9</b>
Geldmarktbuchforderungen	9 056	10 670	6 947	-3 723	-34,9
Geldmarktkredite/Festgeldschulden Post	-	-	-	-	-
Eidg. Technische Hochschulen ETH	185	-	-	-	-
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	1 150	-	-	-	-
<b>Kapitalmarkt</b>	<b>95 734</b>	<b>93 945</b>	<b>87 859</b>	<b>-6 086</b>	<b>-6,5</b>
Öffentliche Anleihen	95 684	92 435	86 119	-6 316	-6,8
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	-	1 460	1 690	230	15,8
Festgeldschulden übrige	50	50	50	0	0,0

Die Tresorerie sorgt dafür, dass die Zahlungsbereitschaft des Bundes sowie der ihr angeschlossenen Betriebe und Anstalten jederzeit gewährleistet ist. Der Finanzierungsbedarf wird grundsätzlich durch Mittelaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt gedeckt. Zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen und zur Finanzierung künftiger Grossprojekte hält der Bund Tresoreriereserven, welche sicher und zu marktkonformen Bedingungen angelegt sind. Zudem ist die Tresorerie für die Devisenbeschaffung und -bewirtschaftung zuständig.

#### Geld- und Kapitalmarkt

Der Bund reduzierte 2009 seine Tresorerieschuld am *Geld- und Kapitalmarkt netto* um 9,8 Milliarden; bereits im Vorjahr wurde sie um netto 1,5 Milliarden abgebaut.

Die Geldbeschaffung mittels *Geldmarkt-Buchforderungen* wurde um 3,7 Milliarden reduziert; insgesamt waren am Jahresende 6,9 Milliarden Geldmarkt-Buchforderungen ausstehend.

In bescheidenem Ausmass wurden über das Jahr *Geldmarktkredite* (inkl. Mittelaufnahmen bei PostFinance) zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen der liquiden Mittel eingesetzt. Ende 2009 waren keine Geldmarktkredite ausstehend.

Der *ETH-Rat* verwaltet die Mittel des ETH-Bereichs seit dem 1.1.2007 selbständig und im Verhältnis zur EFV zentralisiert. Gemäss geltender Tresorerievereinbarung kann der ETH-Rat die zur Verfügung stehender Zweit- und Drittmittel bei der EFV anlegen. Im Jahre 2009 wurden keine Mittel bei der Tresorerie platziert. Die *Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV* erhöhte ihre Anlagen um 230 Millionen auf 1690 Millionen per Ende 2009.

Die Ausgabe fungibler Bundesanleihen fand im Berichtsjahr ihre Fortsetzung. Ausschliesslich bestehende Anleihen wurden aufgestockt. Die bisher grössten Anleihen entstanden durch mehrmalige Aufstockungen. Per Ende 2009 sind 19 Bundesanleihen, deren Nominalbetrag sich Ende 2009 auf insgesamt 86,1 Milliarden beläuft, ausstehend (Ende 2008: 92,4 Mrd.). Acht weisen einen Betrag von je über fünf Milliarden und davon zwei von über acht Milliarden auf.

Im Jahr 2009 wurden bis im Juni Bundesanleihen im monatlichen Emissionsrhythmus platziert. Danach emittierte die Tresorerie keine Anleihen mehr, da wider erwarten keine zusätzlichen Mittel benötigt wurden. Durch den Verkauf der UBS-Pflichtwandelanleihe wurden 7,2 Milliarden eingenommen. Zwei im Jahr 2008 begebene Anleihen wurden erst im Jahr 2009 liberiert. Insgesamt wurden im Jahr 2009 acht Anleihen emittiert; inklusive platzierten Eigenquoten wurden brutto 3,9 Milliarden aufgenommen (2008: 2,1 Mrd.). Unter Berücksichtigung der ordentlichen Rückzahlung von zwei Anleihen ergab sich 2009 eine Reduktion der Nettomittel bei den Anleihen von 6,3 Milliarden (2008: Nettomittelreduktion von 3,2 Mrd.).

Unter der Rubrik «übrige Festgeldschulden» figuriert eine längerfristige Anlage von 50 Millionen der Skycare bei der Tresorerie.

### Zinsentwicklung

Der Selbstkostensatz für die verzinsliche Bundesschuld (ohne Kreditoren und Depotkonti) liegt per Ende 2009 bei 3,03 Prozent (Berechnung inkl. Kommissionen und Abgaben), nachdem der Satz im Vorjahr bei 2,99 Prozent gelegen hatte. Der geringe Anstieg des Satzes ist auf den starken Abbau der kurzfristigen

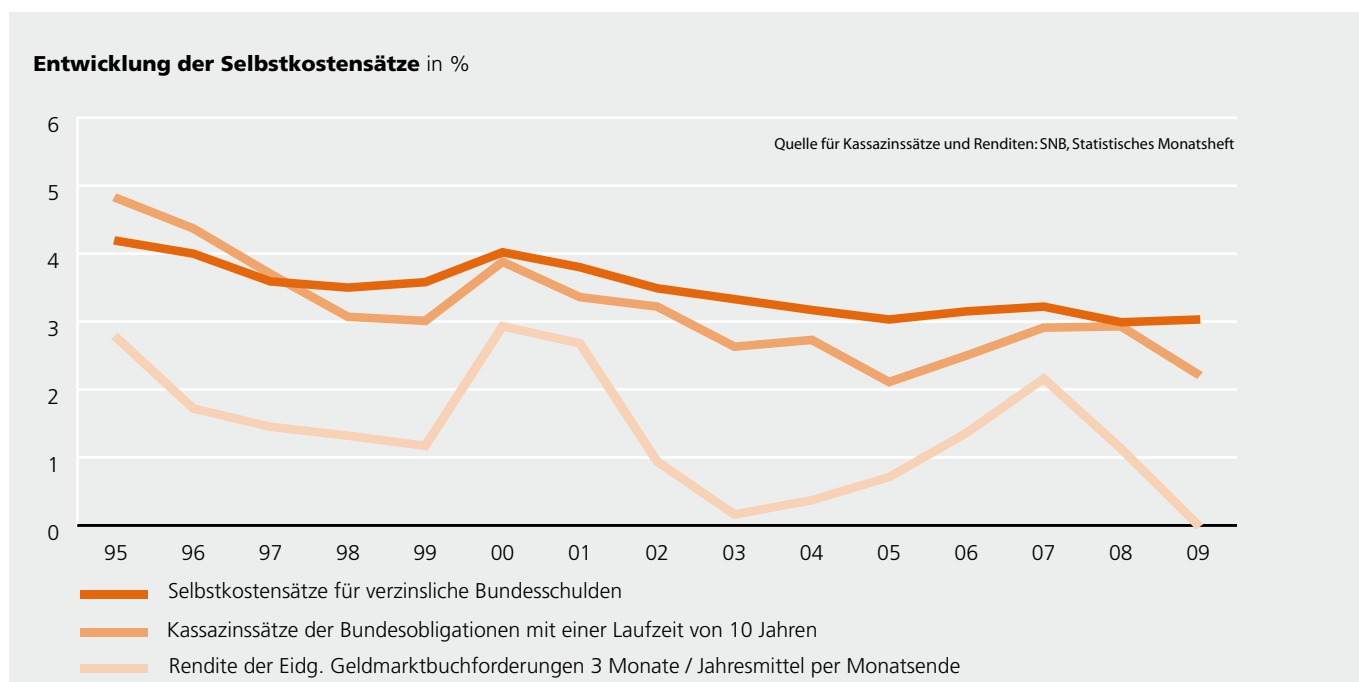
Schuld zurückzuführen. Über die Entwicklung der Selbstkostensätze gibt die entsprechende Grafik Auskunft.

In die Berechnung der Selbstkostensätze einbezogen sind sämtliche Geld- und Kapitalmarktschulden gemäss den Positionen der Tabelle «Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden». Ende 2009 beliefen sich die Schulden zur Berechnung der Selbstkostensätze auf 94,8 Milliarden (Vorjahr: 104,6 Mrd.). In der Berechnung werden der Nominalzinssatz, der Emissionspreis, die Emissionskosten inklusive Emissionsabgabe sowie die Einlösungskommissionen auf Coupons und Titeln berücksichtigt, nicht aber die Zahlungsströme aus Zinssatzswaps.

### Tresoreriemittel

Die Mittelzu- und -abflüsse der zentralen Tresorerie unterlagen monatlichen Schwankungen von bis zu 5,5 Milliarden. Zum Ausgleich dieser Bewegungen hält der Bund angemessene Tresoreriereserven. Die nicht sofort benötigten Mittel werden bei der Nationalbank und am Markt platziert. Bei den Marktanlagen wird darauf geachtet, dass die Bonitäten der Gegenparteien einwandfrei sind und die Mittel breit gestreut angelegt werden, um Klumpenrisiken zu vermeiden. Aufgrund der angespannten Lage an den Finanzmärkten wurden im Laufe des Jahres selektiv Mittel am Markt platziert. Ende Jahr waren verfügbare Tresoreriemittel im Betrag von 7,1 Milliarden ausstehend (9,7 Mrd. Ende 2008). Die Gelder waren zum grössten Teil bei der Nationalbank angelegt. Im Tresoreriemittelbestand enthalten sind auch die aus Renditeüberlegungen zurückgekauften Bundesobligationen, die kurz vor Verfall standen.

Der Stand an Darlehen der Tresorerie an den ALV-Fonds stieg per Ende 2009 von 4,1 auf 5,6 Milliarden. Diese Mittel werden nicht



zu den Tresoreriereserven gerechnet, da sie nicht zur Liquiditätssteuerung eingesetzt werden können. Die ausstehenden Darlehen an die SBB betragen per Ende 2009 140 Millionen (Vorjahr 70 Mio.).

### Nettozinslast

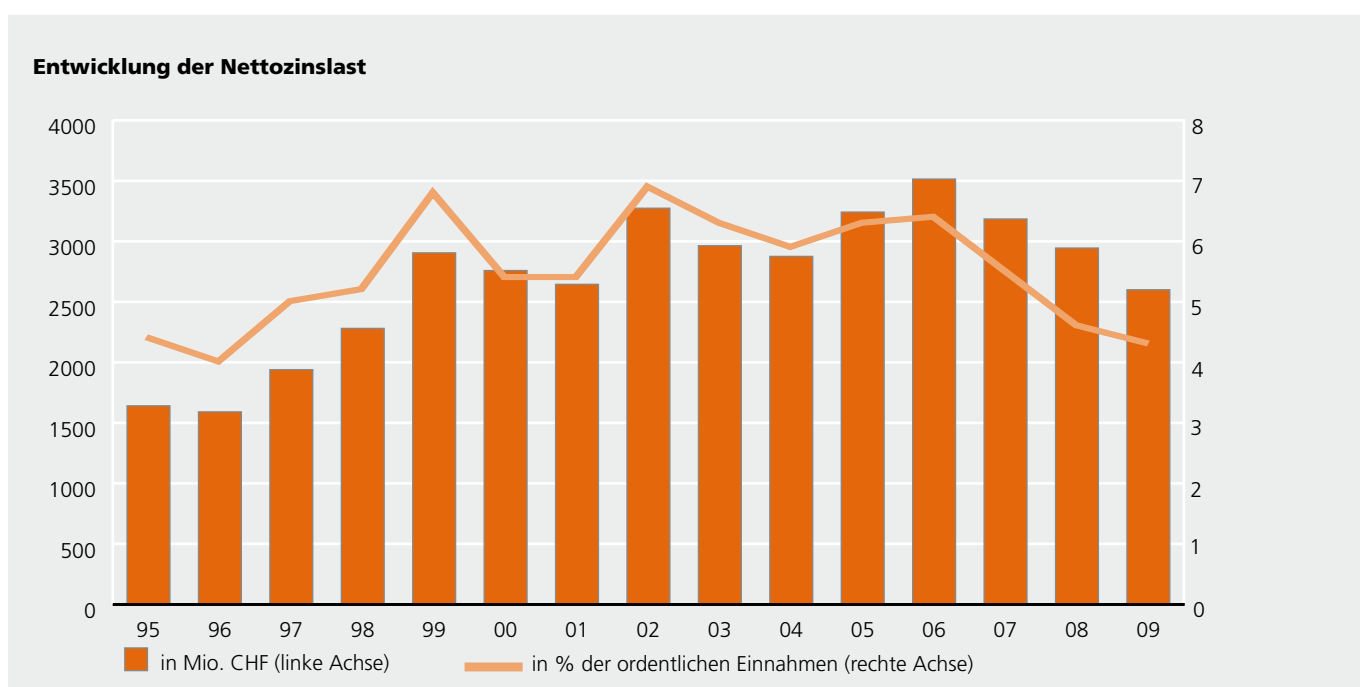
Der Zinsaufwand und die Zinseinnahmen waren geringer als im Vorjahr. Dadurch ergibt sich eine Reduktion der Nettozinslast von 4,6 auf 4,3 Prozent.

### Devisenbewirtschaftung, Derivative

Der Budgetbedarf an *Devisen* (Euro und US-Dollar gemäss Devisenbewirtschaftungskonzept des Bundes) wurde durch Kassa- und Termingeschäfte abgesichert. Im Berichtsjahr wurden keine Optionen eingesetzt. Gemäss ordentlichem Voranschlag 2009 hat die Bundestresorerie 492 Millionen Euro und 407 Millionen US-Dollar für die Verwaltungseinheiten beschafft. Zusätzlich wurden Fremdwährungsverpflichtungen des Bundes für Spezialgeschäfte aufgrund von Sondervereinbarungen der

Verwaltungseinheiten mit der Bundestresorerie abgesichert. Deren spezifischen Bedarf erstreckt sich über mehrere Jahre. Diese Fremdwährungsverpflichtungen wurden auf die Zeitpunkte des jeweiligen Zahlungsbedarfs mittels Termingeschäfte abgedeckt.

Im Bereich der *Derivate* ist eine Erhöhung der Nettozinszahlungen aus Zinssatzswaps im Vergleich zum Vorjahr von 46 Millionen auf 76 Millionen finanzwirksam zu verbuchen. Die Erhöhung ist auf die praktisch bei Null Prozent liegenden Zinsen im kurzfristigen Bereich (variable Zahlungen an den Bund) zurückzuführen. Die nominelle Nettopayerposition des Bundes nahm von 4,3 Milliarden Ende 2008 auf 3,6 Milliarden Ende 2009 ab. Im Jahr 2009 wurden keine neue Zinssatzswapverträge oder andere Derivate abgeschlossen. Um die gewünschte längerfristige Zinsbindung der Bilanz zu erreichen, sind die Zinssatzswaps in früheren Jahren abgeschlossen worden. Die Umwandlung von variablen kurzfristigen Zinsen in langfristige Festsatzzinsen ermöglicht eine Absicherung gegen steigende Zinsen. Der negative Barwert der offenen Positionen reduzierte sich marginal von 264 Millionen per Ende 2008 auf 261 Millionen per Ende 2009.



### 34 Beratungsaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	%
<b>Beratungsaufwand</b>	<b>263</b>	<b>272</b>	<b>252</b>	<b>-11</b>	<b>-4,3</b>
Allgemeiner Beratungsaufwand	236	253	230	-6	-2,6
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	22	12	17	-6	-24,9
Kommissionen	5	8	5	0	7,7
<b>Beratungsausgaben</b>	<b>262</b>	<b>272</b>	<b>252</b>	<b>-10</b>	<b>-3,9</b>

Unter «Beratungsaufwand» werden die Aufwände für Dienstleistungen ausgewiesen, deren Empfänger der Bund ist: Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit). Nicht zur Beratung zählen ferner externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen).

Gemessen an der Rechnung des Vorjahres hat der Aufwand für Beratungen um 11 Millionen abgenommen (-4,3 %); der Voranschlag 2009 wird um 20 Millionen unterschritten. Beim Vorjahresvergleich sind drei Sonderfaktoren speziell zu berücksichtigen:

- Erstens erscheinen die Rechnungen – mithin der Beratungsaufwand – der rechtlich verselbständigten Finanzmarktaufsicht FINMA sowie des Eidg. Nuklearsicherheits-Inspektorats ENSI nicht mehr im Bundeshaushalt (2 Mio.).
- Zweitens werden bei den Sozialversicherungen die Sachkosten für die Durchführung des AHV- und IV-Regresses, für die Aufsicht und Durchführung der IV, den Pilotversuch Assistenzbudget und das Forschungsprogramm IV neu als Aufwand ausgewiesen und nicht mehr direkt mit der Rückerstattung durch den AHV-Ausgleichsfonds verrechnet. Mit diesem saldoneutralen Übergang zum Bruttoprinzip steigt der Beratungsaufwand gegenüber der Vorjahresrechnung (7 Mio.).
- Drittens wurde beim BAG die Beschaffung des präpandemischen Impfstoffs sowie der Schutzmasken nicht mehr wie im Vorjahr unter dem allgemeinen Beratungsaufwand erfasst (22 Mio.).

Bereinigt um diese Sonderfaktoren im Umfang von insgesamt 31 Millionen ergibt sich eine Zunahme des Beratungsaufwands um 5,5 Millionen (+2,3 %). Dabei ist der Teilbereich des *allgemeinen Beratungsaufwands* um rund 11 Millionen (+5,0 %) gewachsen. Im *Beratungsaufwand für Unselbständige*, der gemäss Kriterien der Sozialversicherung Leistungen von unselbständigen Honorarempfängern umfasst, sanken die Ausgaben um etwas weniger als 6 Millionen (-24,9 %). Die unter Kommissionen geführten Entschädigungen und Spesen für Mitglieder von ausserparlamentarischen Kommissionen und nicht ständigen Gremien sind gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Millionen (+7,7 %) angestiegen.

Die Entwicklung des Beratungsaufwands ist auf gegenläufige Bewegungen zurückzuführen, wovon die wichtigsten wie folgt erläutert werden:

- *ESTV (+5 Mio.):* Der Ausgabenzuwachs geht zurück auf den erhöhten Bedarf für Beratungsleistungen im Rahmen der Amtshilfe an die USA im Steuerdossier sowie des IT-Projekts INSIEME.
- *BFE (+5 Mio.):* Für die Gestaltung der Strommarktregulierung wurden mehr Beratungsleistungen nachgefragt. Zudem stiegen die Aufwendungen für die Energieforschung.
- *EDA (+3 Mio.):* Der Anstieg ist auf Verschiebungen vom Transferaufwand zum Beratungsaufwand bei der Zivilen Konfliktbearbeitung sowie bei Präsenz Schweiz zurückzuführen.
- *Verteidigung (-12 Mio.):* Personalengpässe im Zug der Reorganisation der Stäbe sowie Projektverzögerungen und -verzichte führten zu einem Minderaufwand.

Der verbleibende Zuwachs ist auf verschiedene kleinere Veränderungen in unterschiedlichen Verwaltungseinheiten und Aufgabengebieten zurückzuführen.

## 35 Öffentlichkeitsarbeit

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
			absolut	%
<b>Total Kosten</b>	<b>74,6</b>	<b>76,4</b>	<b>1,9</b>	<b>2,5</b>
Presse- und Informationsarbeit	26,6	28,1	1,5	5,6
Direktinformation	37,0	36,6	-0,4	-1,1
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	10,9	11,7	0,8	7,2

Die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit der Departemente, der Bundeskanzlei, der EAV und des separat erfassten Integrationsbüros EDA/EVD betragen im Jahr 2009 insgesamt 76,4 Millionen, knapp 1,9 Millionen bzw. 2,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Dies entspricht einem Anteil von 0,13 Prozent am gesamten Aufwand des Bundes.

Die Personal- und Sachkosten für Aktivitäten, welche der Öffentlichkeitsarbeit zuzuordnen sind, erfassen Aufwendungen für Direktinformationen (Printprodukte, Internetauftritte, Veranstaltungen, Bürgerkontakte etc.), für die Presse- und Informationsarbeit sowie für Informationskampagnen und Abstimmungsinformationen.

### Verwendungszweck

Von den Gesamtkosten entfielen 28,1 Millionen (36,8%) auf den Bereich *Presse- und Informationsdienst*, 36,6 Millionen (47,9 %) auf Kosten für *Direktinformationen* und 11,7 Millionen (15,3 %) auf *Präventionskampagnen* sowie *Abstimmungsinformationen*. Aufwände für Presse- und Informationsarbeit nahmen um 1,5 Millionen zu (+5,6 %), für Kampagnen um 0,8 Millionen (+7,2 %). Der Aufwand für die Direktinformation ging um 0,4 Millionen zurück (-1,1 %).

### Kostenarten

Der Gesamtaufwand für *Personalkosten* für die 261 Vollzeitstellen (Vorjahr: 260) betrug im Berichtsjahr 44,9 Millionen (58,8%

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern und Organisationseinheiten

Mio. CHF	Total Rechnung 2009	Bundeskanzlei	EDA	EDI	EJPD	VBS
<b>Total</b>	<b>76,4</b>	<b>9,3</b>	<b>6,5</b>	<b>14,9</b>	<b>4,1</b>	<b>8,5</b>
Presse- und Informationsarbeit	28,1	4,9	1,7	3,8	2,3	3,4
Direktinformation	36,6	4,1	4,7	3,3	1,7	4,9
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	11,7	0,4	–	7,9	0,1	0,1
Fortsetzung Mio. CHF		EFD	EVD	Integrations- büro	UVEK	EAV
<b>Total</b>		<b>10,7</b>	<b>13,5</b>	<b>1,0</b>	<b>7,2</b>	<b>0,6</b>
Presse- und Informationsarbeit		2,8	4,5	0,3	4,2	0,2
Direktinformation		6,9	7,2	0,7	2,8	0,3
Kampagnen und Abstimmungsinformationen		1,1	1,9	0,1	0,2	–

der Gesamtkosten). Dies sind 2,5 Millionen mehr als im Vorjahr (+5,9 %). Der leicht gestiegene Anteil der Personalkosten belegt auch den hohen Grad von Eigenleistungen der Departemente. Die *Sachkosten* beliefen sich auf 31,5 Millionen (41,2 % der Gesamtkosten). Dies sind 0,7 Millionen weniger als im Vorjahr (-2,2 %).

### Aktivitäten der Departemente

Die grössten Einzelposten bei der *Bundeskanzlei*, welche insgesamt Kosten im Betrage von 9,3 Millionen verzeichnete, sind die Entschädigungen für die Leistungen der Nachrichtenagenturen

(Schweizerische Depeschagentur 3,0 Mio.; Associated Press 0,4 Mio.). Der Personalaufwand ging um knapp 9 Prozent zurück. Demgegenüber stehen gestiegene Aufwände für Übersetzungen, insbesondere ins Romanische.

Im *EDA* kamen im Berichtsjahr die Auswirkungen der Reorganisation im Kommunikationsbereich voll zum Tragen: Die Gesamtkosten gingen um 2,1 Millionen auf 6,5 Millionen zurück (-24,6 %), davon entfallen 0,6 Millionen auf die Personal- und 1,5 Millionen auf die Sachkosten. 2009 wurden im Vergleich mit dem Vorjahr 3,8 Stellen eingespart. Von den insgesamt 6,5 Mil-

lionen Aufwände für die Öffentlichkeitsarbeit im EDA entfallen 2,6 Millionen (39,5 %) auf die Personalkosten und 3,9 Millionen (60,5 %) auf die Sachkosten.

Das *EDI* wendete 2009 insgesamt 14,9 Millionen (+3 Mio. bzw. 25,5 %) für die Belange der Öffentlichkeitsarbeit auf. Der Anstieg ist fast ausschliesslich durch zwei Entwicklungen im BAG verursacht: Zum einen wurde im BAG erstmals auch der personelle Aufwand der Präventionskampagnen erfasst, zum andern fielen als Sonderfaktor rund 2,5 Millionen für die Kampagne zur Grippe-Pandemie an.

Die Kommunikationskosten des *EJPD* beliefen sich in der abgelaufenen Berichtsperiode auf 4,1 Millionen, wegen geringerer Sachkosten rund 0,2 Millionen weniger als im Vorjahr. Die Personalkosten blieben unverändert und machen rund 83 Prozent der Gesamtkosten aus.

Das *VBS* reduzierte 2009 seine Kosten für Belange der Öffentlichkeitsarbeit auf 8,5 Millionen (-9,3 %). Im Bereich Direktinformation Verteidigung wurden die Sachkosten um rund 40 Prozent gesenkt: Einerseits wurde auf eine Neuauflage des Taschenbuchs «Schweizer Armee» verzichtet, andererseits wurde nur eine Grossveranstaltung durchgeführt (Foire du Valais). Insgesamt umfasst der Bereich Öffentlichkeitsarbeit ca. 60 Stellen, davon 36,5 im Bereich Verteidigung.

Die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit des *EFD* stiegen 2009 auf 10,7 Millionen (+17,0 %). Die Sachkosten blieben praktisch un-

verändert, die Personalkosten stiegen um knapp 25 Prozent. Ins Gewicht fiel dabei insbesondere der personelle Mehraufwand wegen des Präsidialjahrs; zudem waren die Krisen in den Bereichen Finanzmarkt, UBS und Libyen mit hohem Kommunikationsaufwand verbunden, was sich in deutlich gestiegenen Aufwendungen bei der Direktinformation sowie der Presse- und Informationsarbeit niederschlug.

Das *EVD* verzeichnet 2009 mit 13,5 Millionen etwas höhere Gesamtkosten (+0,3 Mio. bzw. +2,3 %). Die Personalkosten stiegen um 0,5 Millionen (+6,5 %), die Sachkosten gingen um 0,24 Millionen zurück (-4,8 %). Die grössten Veränderungen betreffen das Seco (-0,8 Mio.), BVET (+0,4 Mio.), Agroscope (+0,3 Mio.) und das BBT (+0,1 Mio.). Diese Schwankungen gehen auf Minder- oder Mehraufwand im Zusammenhang mit Informationskampagnen zurück.

Im *UVEK* betragen im Jahre 2009 die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit 7,2 Millionen (+4,7 %). Der Anteil der Personalkosten beträgt über 80 Prozent. Die Aufwendungen für Personal- und Sachkosten blieben weitgehend stabil, die Mehrkosten sind durch höheren Personalaufwand im Generalsekretariat und höhere Sachkosten im Bundesamt für Umwelt entstanden.

Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit des *Integrationsbüros EDA/EVD* fielen 2009 geringfügig tiefer aus als im Vorjahr. Bei der *Eidgenössischen Alkoholverwaltung* stiegen die Personalkosten durch die erstmalige Erfassung der Übersetzungskosten gegenüber dem Vorjahr an.



## Zusammenzug der Rechnungen der FLAG-Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
				absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>2 083</b>	<b>2 675</b>	<b>3 185</b>	<b>1 102</b>	<b>52,9</b>
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 015	1 914	2 073	58	2,9
Regalien und Konzessionen	26	23	33	6	23,8
Übriger Ertrag	42	739	1 079	1 037	2 466,1
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>4 960</b>	<b>5 186</b>	<b>5 100</b>	<b>140</b>	<b>2,8</b>
Funktionsaufwand (Globalbudget)	3 596	3 853	3 765	169	4,7
Transferaufwand	1 259	1 288	1 279	21	1,7
Übriger Aufwand	105	45	55	-50	-47,5
<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>400</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-400</b>	<b>-100,0</b>
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Ordentliche Investitionseinnahmen</b>	<b>38</b>	<b>32</b>	<b>43</b>	<b>5</b>	<b>13,2</b>
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	35	30	41	5	14,8
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	3	2	3	0	-8,2
<b>Ordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>2 315</b>	<b>2 559</b>	<b>2 596</b>	<b>281</b>	<b>12,4</b>
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 307	1 536	1 426	119	9,1
Investitionsbeiträge	167	173	172	5	3,0
Übrige Investitionen	840	850	997	157	18,7
<b>Ausserordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>2 600</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-2 600</b>	<b>-100,0</b>

– Ohne Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK)

– Ausweis der Erfolgsrechnung inklusive interner Leistungsverrechnung

FLAG umfasste 2009 23 Verwaltungseinheiten. Der Bestand sank gegenüber 2008 um eine Einheit, da die Hauptabteilung für die Sicherheit von Kernanlagen (HSK) per 1.1.2009 als Eidgenössisches Nuklear-Sicherheitsinspektorat (ENSI) in eine öffentlich-rechtliche Anstalt überführt wurde. Für die bessere Vergleichbarkeit werden alle Zahlenwerte ohne HSK dargestellt. Insgesamt wurden auch 2009 rund 30 Prozent des Eigenaufwandes des Bundes von Verwaltungseinheiten verursacht, die mit FLAG gesteuert werden (ohne Rüstungsaufwand).

Der *ordentliche Ertrag* der FLAG-Verwaltungseinheiten stieg gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 1102 Millionen (+52,9%). Verantwortlich für diesen Sprung ist die Übernahme von neu fertig gestellten Nationalstrassenabschnitten im Bundesamt für Strassen (ASTRA). Der von den Kantonen getragene Anteil an den Baukosten führt beim Bund zu einem nicht-finanzierungswirksamen Ertrag. Der *übrige Ertrag* nahm dadurch um 1024,5 Millionen zu.

Der *Funktionsertrag* (Globalbudget) stieg gegenüber 2008 um 58 Millionen (+2,9%). Rund vier Fünftel des Funktionsertrages stammen aus der Leistungsverrechnung (LV) der armasuisse Immobilien und der vier mit FLAG geführten Informatik-Leistungserbringer (LE IKT). Gegenüber dem Vorjahr gab es insbesondere folgende Verschiebungen:

- armasuisse Immobilien: einerseits höhere nicht-finanzierungswirksame Erträge nach Gebäudeverkäufen und Überführungen in den Dispositionsbestand (+39 Mio.), andererseits sinkende LV-Mieterträge wegen Reduktion des Immobilienbestandes sowie geänderter Abschreibungsbestimmungen (-55,5 Mio.)

- LE IKT: höhere Erträge dank Mehrleistungen sowohl an Dritte (BIT: +8,5 Mio., ISC-EJPD +2,6 Mio.) als auch mit LV innerhalb der Bundesverwaltung (BIT: +28,2 Mio., ISC-EJPD: +13,9 Mio., IDZ-EDA: +4,1 Mio.)
- ASTRA: Mehrerträge von 7 Millionen u. a. bei den strassenbaupolizeilichen Verträgen

Die grosse Steigerung des Funktionsertrages gegenüber dem Voranschlag (+159 Mio.) ergibt sich grösstenteils durch die Tatsache, dass bei den LE IKT viel mehr Leistungen nachgefragt und erbracht wurden als zum Zeitpunkt der Budgetierung bekannt war (u. a. BIT: +90,9 Mio./+28,2%).

Die Erträge aus *Regalien und Konzessionen* stiegen gegenüber 2008 um 6 Millionen (+23,8%), weil beim Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) mehr Funkkonzessionsgebühren verrechnet wurden.

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Verwaltungseinheiten stieg gegenüber 2008 um 140 Millionen (+2,8%). Der Aufwand im Eigenbereich (Globalbudget) nahm um 169 Millionen zu (+4,7%). 19 Einheiten verzeichnen eine Zunahme ihres Funktionsaufwandes, 4 eine Abnahme. Die Entwicklung ist überlagert von grossen Verschiebungen bei den Abschreibungen (armasuisse Immobilien -196,7 Mio. und ASTRA +213,4 Mio.). Die übrige Zunahme ist hauptsächlich leistungsbedingt, d.h. ihr stehen im Falle der grösstenteils davon betroffenen LE IKT auch höhere Erträge gegenüber. Die Mehrleistungen führen insbesondere zu einem höheren Personalaufwand (+12,1%, vgl. nachfolgende Erläuterungen zum Wachstum des Personalbestandes).

Die grössten Zunahmen des Funktionsaufwandes ergaben sich bei folgenden Einheiten:

- BIT (+64,8 Mio.): Mehraufwand für Personal sowie für Informatik-Entwicklung, -Betrieb und -Wartung zur Abdeckung der steigenden Nachfrage
- armasuisse Immobilien (+55,7 Mio.): Mehraufwand für die Instandsetzung von Liegenschaften (inkl. Kreditverschiebungen aus der Logistikbasis der Armee von 21 Mio. und Stabilisierungsmassnahmen von 12 Mio.)
- ISC-EJPD (+14,2 Mio.): Mehraufwand für Personal und Informatik-Entwicklung insbesondere zur Umsetzung von Schengen/Dublin
- Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS) (+7,6 Mio.): höherer Personalaufwand u. a. wegen der neuen Familienausgleichskasse und zur Einführung der neuen Sozialversicherungsnummer

Der Funktionsaufwand setzt sich insgesamt zusammen aus 22 Prozent Personalaufwand, 36 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 42 Prozent Abschreibungen. 45 Prozent sind finanzierungswirksam, 43 Prozent nicht-finanzierungswirksam und 12 Prozent betreffen die LV. Die Anteile blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Der *Transferaufwand* erhöhte sich um 21 Millionen (+1,7%). Den grössten Anteil an dieser Zunahme haben die Wertberichtigungen auf den Investitionsbeiträgen beim ASTRA.

Der *übrige Aufwand* sank gegenüber dem Vorjahr um 50 Millionen (-47,5%). Dies insbesondere weil beim Bundesamt für Sport (BASPO) nur noch ein Rest an Beiträgen für die Fussballeuropameisterschaft 2008 geleistet werden musste (-43,4 Mio.). Beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) fiel die einmalige Rückstellung für die Restschuld beim Eurocontrol Pension Fund weg (-16,5 Mio.). Dem gegenüber stand die Vergrösserung der Rückstellung in der Höhe der Zunahme des Münzumlafes bei der swissmint (+11,5 Mio.).

Die *ordentlichen Investitionseinnahmen* sind gegenüber 2008 um 5 Millionen gestiegen (+13,2%). Die Zunahme betrifft insbesondere Immobilienverkäufe der armasuisse Immobilien.

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* erhöhten sich gegenüber 2008 um 281 Millionen (+12,1%). Die Investitionen im Eigenbereich stiegen um 119 Millionen (+9,1%). Dies ist im Wesent-

lichen auf die höheren Investitionsausgaben für den Nationalstrassenbau im ASTRA zurückzuführen (+115,3 Mio./+11,4%).

Die *übrigen Investitionen* nehmen gegenüber 2008 um 157 Millionen zu (+18,7%). Der Hauptteil davon entfällt auf die erhöhte Einlage in den Infrastrukturfonds beim ASTRA.

Der Jahresdurchschnitt des *Personalbestandes* der FLAG-Verwaltungseinheiten erhöhte sich gegenüber 2008 auf umgerechnet 5532 Vollzeitstellen (+ 311 FTE). 9 FLAG-Verwaltungseinheiten haben ihren Bestand gehalten oder gesenkt. Die Zunahme bei den übrigen Einheiten erfolgte einerseits aufgrund neuer, von Bundesrat und Parlament beschlossener Vollzugsaufgaben, andererseits durch das mancherorts steigende Geschäftsvolumen. Insbesondere im Bereich der IKT wurden deutlich mehr Leistungen nachgefragt. In der Gesamtbetrachtung ist die Zunahme bei der IKT im Vergleich zum Voranschlag annähernd haushaltsneutral, da bei den Leistungsbezüglern durch die interne statt externe Beschaffung finanzierungswirksame Mittel in vergleichbarem Umfang wegfielen.

Der Personalbestand nahm insbesondere in folgenden Verwaltungseinheiten zu:

- BIT (+162 FTE): Personalbedarf für neue Aufträge, davon 80 FTE für grosse Projekte wie bspw. die Volkszählung; zudem 58 FTE zur Besetzung von Vakanzen
- ASTRA (+45 FTE): Aufstockung für die nach der Übernahme der Nationalstrassen neu durch den Bund zu erfüllenden Aufgaben
- ZAS (+36 FTE): Personalbedarf insbesondere für die Familienausgleichskasse und das Grossprojekt zur Einführung der neuen Sozialversicherungsnummer
- ISC-EJPD (+29 FTE): Anstellungen zur Umsetzung von Schengen/Dublin und für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs
- IDZ-EDA (+14 FTE): Anstellungen für neu vereinbarte Dienstleistungen (Support, Systemadministration)
- BAZL (+14 FTE): insbesondere neue Stellen zugunsten der Sicherheitsaufsicht (ab 2. Jahreshälfte 2008)

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der allgemeinen und der zweckgebundenen Reserven der FLAG-Verwaltungseinheiten.

Mio. CHF	Allgemeine Reserven FLAG 2009				Zweckgebundene Reserven FLAG 2009			
	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.
<b>Total</b>	<b>26,9</b>	<b>8,4</b>	<b>-0,4</b>	<b>34,9</b>	<b>51,7</b>	<b>45,1</b>	<b>-20,6</b>	<b>76,2</b>
203 BRZ	0,1	–	–	0,1	0,2	–	–	0,2
285 IDZ-EDA	1,0	0,3	–	1,3	1,3	2,5	–	3,8
307 NB	–	0,2	–	0,2	1,3	0,7	-0,4	1,6
311 MeteoSchweiz	1,2	0,2	–	1,4	0,2	0,3	–	0,5
414 METAS	1,3	0,0	–	1,3	0,2	0,4	-0,2	0,4
485 ISC-EJPD	0,5	–	–	0,5	3,0	3,7	-0,3	6,4
504 BASPO	2,5	–	-0,0	2,5	0,1	–	–	0,1
506 BABS	1,3	0,5	–	1,8	–	–	–	–
542 ar W+T	0,9	0,2	–	1,1	1,6	0,7	-0,8	1,5
543 ar Immo	5,5	3,3	–	8,8	14,6	19,0	-10,0	23,7
570 swisstopo	2,3	0,7	-0,4	2,7	3,5	1,5	-2,5	2,4
602 ZAS	–	–	–	–	9,9	–	-0,3	9,7
603 Swissmint	–	–	–	–	0,9	0,7	–	1,5
609 BIT	10,0	–	–	10,0	8,8	9,2	-4,1	13,9
710 Agroscope	–	–	–	–	1,1	1,3	-0,7	1,7
719 Gestüt	–	–	–	–	0,1	–	-0,0	0,0
735 ZIVI	–	0,7	–	0,7	1,2	0,8	–	2,0
740 SAS	0,2	0,1	–	0,3	0,1	0,6	–	0,7
785 ISCeco	–	–	–	–	0,5	0,3	-0,5	0,3
803 BAZL	–	2,0	–	2,0	0,6	0,7	-0,3	1,0
806 ASTRA	–	–	–	–	1,9	2,6	–	4,4
808 BAKOM	–	–	–	–	0,9	0,1	-0,5	0,5

Allgemeine Reserven können gebildet werden, wenn eine FLAG-Einheit besonders wirtschaftlich und effektiv gearbeitet hat und Nettomehrträge oder Aufwandminderungen vorweisen kann. Der Bestand ist begrenzt auf 10 Millionen bzw. 5 Prozent der finanzierungswirksamen Mittel im Eigenbereich. Die Verwendung muss sich nach den Zielsetzungen des Leistungsauftrags richten. 2009 konnten 8 Verwaltungseinheiten allgemeine Reserven im Umfang von 7,3 Millionen bilden. (Bei der Nationalbibliothek, der MeteoSchweiz und der swisstopo hat sich nach dem Jahresabschluss gezeigt, dass nicht alle Kriterien erfüllt waren; die in der Tabelle ersichtlichen Beträge werden wieder ausgebucht.) Die grösste Zunahme betrifft die armasuisse Immobilien, die aufgrund zusätzlicher Anstrengungen für die effiziente Liegenschaftsverwaltung 3,3 Millionen Reserven bilden konnte. Da im Gegenzug kaum Reserven aufgelöst wurden, haben 6 Einheiten den maximalen Bestand erreicht (IDZ-EDA, METAS, armasuisse W+T, BIT, Vollzugsstelle für den Zivildienst und Schwei-

zerische Akkreditierungsstelle). Per 31.12.2009 verfügen 14 von 23 FLAG-Einheiten über allgemeine Reserven in der Höhe von insgesamt 33,8 Millionen (+25,7%).

Zweckgebundene Reserven werden gebildet aus Kreditanteilen für geplante Projekte, die am Jahresende nicht abgeschlossen werden können. Diese Reserven können nur für die ursprüngliche Bestimmung eingesetzt werden, ansonsten verfallen sie. 2009 haben 17 Verwaltungseinheiten zweckgebundene Reserven im Umfang von 45,1 Millionen gebildet. 20,6 Millionen wurden insgesamt aufgelöst. Die grössten Verschiebungen ergaben sich bei der armasuisse Immobilien und beim BIT, die beide aufgrund ihrer Aufgaben viele, aufwändige Projekte führen. Per 31.12.2009 bestehen bei 21 FLAG-Einheiten zweckgebundene Reserven im Umfang von 76,2 Millionen (+47,4%). (Vgl. Bundesbeschluss I; Band I, Ziffer 8, Anhang 2).



Finanzierungsrechnung		Erfolgsrechnung		
Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2009	Differenz	
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>9 745</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>7 291</b>	<b>-2 454</b>
<b>Ordentliches Finanzierungsergebnis</b>	<b>2 721</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>6 420</b>	<b>3 699</b>
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>60 949</b>	<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>64 146</b>	<b>3 196</b>
Fiskaleinnahmen	55 890	Fiskalertrag	56 790	900
Regalien und Konzessionen	1 354	Regalien und Konzessionen	1 350	-4
Finanzeinnahmen	1 608	Finanzertrag	3 075	1 467
Übrige laufende Einnahmen	1 802	Übriger Ertrag	2 893	1 091
Investitionseinnahmen	295			-295
		Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	37	37
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>58 228</b>	<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>57 726</b>	<b>-502</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 533</b>	<b>Eigenaufwand</b>	<b>11 929</b>	<b>2 396</b>
Personalausgaben	4 828	Personalaufwand	4 812	-15
Sach- und Betriebsausgaben	3 611	Sach- und Betriebsaufwand	4 120	509
Rüstungsausgaben	1 095	Rüstungsaufwand	1 095	-
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	1 902	1 902
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>38 194</b>	<b>Transferaufwand</b>	<b>42 445</b>	<b>4 251</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 116	Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 116	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	780	Entschädigungen an Gemeinwesen	778	-2
Beiträge an eigene Institutionen	2 723	Beiträge an eigene Institutionen	2 723	-
Beiträge an Dritte	13 290	Beiträge an Dritte	13 279	-11
Beiträge an Sozialversicherungen	14 285	Beiträge an Sozialversicherungen	14 280	-5
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 065	4 065
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	203	203
<b>Finanzausgaben</b>	<b>3 255</b>	<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 341</b>	<b>86</b>
Zinsausgaben	3 135	Zinsaufwand	3 042	-93
Übrige Finanzausgaben	120	Übriger Finanzaufwand	293	173
		Abnahme von Equitywerten	5	5
		<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>11</b>	<b>11</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 245</b>			<b>-7 245</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 512			-2 512
Immaterielle Anlagen	39			-39
Darlehen	599			-599
Beteiligungen	30			-30
Investitionsbeiträge	4 065			-4 065
<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>7 024</b>	<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	<b>1 060</b>	<b>-5 964</b>
<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>-</b>	<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>189</b>	<b>189</b>

### Vergleich der ordentlichen Transaktionen

Im Unterschied zur *Finanzierungsrechnung*, welche aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die *Erfolgsrechnung* den Saldo aus dem periodisierten Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag) und damit die Veränderung der vermögensmässigen Situation des Bundeshaushalts. Die Investitionsausgaben und -einnahmen bilden Teil der Finanzierungsrechnung.

Obenstehende Tabelle gibt Auskunft über die Herkunft der Differenzen zwischen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden, welche zu einem unmittelbaren Mittelabfluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen Ge-

schaftsvorfälle berücksichtigt. Diese beinhalten u.a. Lagerbezüge von Halb- und Fertigfabrikaten, die in einer früheren Periode hergestellt bzw. beschafft und mit entsprechenden Ausgaben verbunden waren. Dazu gehören aber insbesondere auch die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen und Wertberichtigungen auf den Investitionen sowie die Bewertungsdifferenzen auf den namhaften Beteiligungen (Veränderung der Equitywerte). Die Abschreibungen werden entsprechend ihrer Nutzungsdauer linear auf die entsprechenden Perioden verteilt. Mit den Wertberichtigungen wird den in der Berichtsperiode eingetretenen Wertminderungen auf Forderungen sowie Darlehen und Beteiligungen Rechnung getragen. Sie führen zu einer Korrektur der betreffenden Buchwerte. Im Weiteren sind auch die Rückstellungen zu nennen. Diese werden gebildet für bereits

eingetretene Ereignisse, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu künftigen Ausgaben führen.

Im Bereich der ordentlichen Transaktionen beträgt die Differenz zwischen den Ergebnissen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung insgesamt rund 3,7 Milliarden. Diese verteilt sich über die Kontengruppen wie folgt:

#### **Ordentliche Einnahmen / ordentlicher Ertrag (+3196 Mio.)**

Bei den *Fiskalerträgen* wurde der Rückstellungsbetrag für Rückerstattungsansprüche auf der Verrechnungssteuer früherer Jahre neu ermittelt. Aufgrund dieser Berechnungen konnte der Rückstellungsbetrag um 900 Millionen auf 8,9 Milliarden reduziert werden, was in der Erfolgssicht zu einem entsprechenden Ertrag geführt hat.

Die Differenz in der Kontengruppe *Regalien- und Konzessionen* von 4 Millionen ist die Folge zeitlicher Abgrenzungen von Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen in der Landwirtschaft sowie Regalgebühren für Funkkonzessionen im Fernmeldebereich.

Der Buchgewinn von 1467 Millionen beim *Finanzertrag* resultiert im Wesentlichen aus Bewertungsgewinnen auf den namhaften Beteiligungen (Zunahme der Equitywerte, vgl. Band 3, Statistikteil, Tabelle Do3) sowie dem Saldo von Abgrenzungen im Bereich der Geld- und Kapitalmarktanlagen.

Beim *übrigen Ertrag* resultiert der Unterschied von 1091 Millionen zur Finanzierungsrechnung vor allem aus der Aktivierung von Kantonsanteilen von in Betrieb genommenen Nationalstrassen (1024 Mio.), Abgrenzungen in den Bereichen des Asylwesens (-25 Mio.) und der Militärversicherung (-15 Mio.), aus Gewinnen aus dem Verkauf Liegenschaften und Grundstücken (38 Mio.), aus Aktivierung von Eigenleistungen (38 Mio.) sowie aus Aktivierung im Liegenschaftsbereich (16 Mio.). Zudem sind diverse weitere zeitliche Abgrenzungen zur periodengerechten Erfassung der Erträge zu berücksichtigen. Die Einnahmen aus der Veräusserung von *Investitionsgütern* im Betrag von 295 Millionen, welche nur im Umfang der Differenz zu den tieferen Buchwerten Ertrag darstellen, sind in der Position *übriger Ertrag* enthalten.

Aus den *zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* erfolgten Entnahmen im Totalbetrag von 37 Millionen. Es handelt sich dabei um Beträge aus der Lenkungsabgabe VOC/HEL (3 Mio.) sowie aus der Spielbankenabgabe (34 Mio.).

#### **Ordentliche Ausgaben / ordentlicher Aufwand (-502 Mio.)**

Die Abweichung des *Eigenaufwandes* von den entsprechenden Ausgaben von 2396 Millionen ergibt sich aus den nachstehenden Positionen: Die Aufwandminderung beim *Personal* von 15 Millionen resultiert aus der Auflösung verschiedener Rückstellungen aus dem Vorjahr, so für Ferien- und Überzeitguthaben (5 Mio.) und für Restrukturierungskosten im Zusammenhang mit dem Umbau der Armee (7 Mio.). Bei der Differenz im *Sach- und Betriebsaufwand* (509 Mio.) handelt es sich grösstenteils um nicht-finanzierungswirksame Material- und Warenbezüge ab Lager sowie um Abschreibungen von Unterhaltsarbeiten bei Liegenschaften. Die *Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen* von 1902 Millionen erfolgen linear über die Nutzungsdauer der Anlagen. Der Abschreibungsbetrag setzt sich wie folgt zusammen: Abschreibungen auf den Nationalstrassen (1390 Mio.), Liegenschaften (359 Mio.), Mobilien (72 Mio.), Informatik (57 Mio.) und immateriellen Anlagen (24 Mio.).

Beim *Transferaufwand* sind die Abweichungen zur Finanzierungsrechnung bei den Kontengruppen Entschädigungen an Gemeinwesen (2 Mio.) und den Beiträgen an Dritte (11 Mio.) mit den vorgenommenen zeitlichen Abgrenzungen für den periodengerechten Ausweis der Verpflichtungen zu erklären. Der Aufwand für *Beiträge an Sozialversicherungen* liegt 5 Millionen unter den entsprechenden Ausgaben. Dieser Betrag resultiert aus der Auflösung von Rückstellungen für künftige Rentenverpflichtungen (-25 Mio.), der zeitlichen Abgrenzung für Leistungen der Militärversicherungen (23 Mio.) sowie aus einer Abgrenzung zur periodengerechten Verbuchung von Leistungen des Bundes an die IV (-3 Mio.). Die *Investitionsbeiträge* werden bei der Auszahlung aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent wertberichtigt (4065 Mio.). Neue Darlehen und Beteiligungen werden ebenfalls über die Investitionsrechnung abgewickelt und Ende Jahr gemäss den vorgegebenen Bewertungsregeln wertberichtigt (203 Mio.). Davon entfallen auf Darlehen 173 Millionen (SBB und übrige KTU 120 Mio., Investitionskredite an die Landwirtschaft 48 Mio., diverse Darlehen 6 Mio.). Die restlichen Wertberichtigungen betreffen verschiedene (nicht namhafte) Beteiligungen (30 Mio.).

Im *Finanzaufwand* beträgt die Differenz zur Finanzierungsrechnung 86 Millionen. Die Abgrenzungen zum periodengerechten Ausweis des Aufwandes betragen beim Zinsaufwand für Anleihen -93 Millionen, beim übrigen Finanzaufwand insgesamt 173 Millionen (diverser Kapitalbeschaffungsaufwand 110 Mio., Kommissionen, Abgaben und Spesen 50 Mio., Disagio auf Finanzinstrumenten 1 Mio., Zinssatzswaps 12 Mio., vgl. auch Band I Ziffern 62/19 und 62/20). Weiter zu berücksichtigen ist eine Bewertungskorrektur von 5 Millionen infolge der Abnahme des Equitywertes bei der namhaften Beteiligung Ruag.

Die Einlagen in die *zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* betragen im Berichtsjahr total 11 Millionen. Sie betreffen den Altlastenfonds (4 Mio.), den Fonds für Medienforschung, Rundfunktechnologie und Programmarchivierung (2 Mio.) sowie die Zinseinnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe (5 Mio.).

### Vergleich der ausserordentlichen Transaktionen

#### Ausserordentliche Einnahmen / ausserordentlicher Ertrag (-5964 Mio.)

Die Differenz zwischen der Finanzierungsrechnung und der Erfolgsrechnung ist auf den Verkauf der UBS-Pflichtwandelanleihe zurückzuführen. Eine detaillierte Darstellung des Verkaufserfolgs der Pflichtwandelanleihe UBS findet sich in den Erläuterungen zur Jahresrechnung (Band 1, Ziff. 62/30).

#### Ausserordentliche Ausgaben / ausserordentlicher Aufwand (189 Mio.)

Die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe werden erstmals ab dem Jahr 2010 an die Bevölkerung und Wirtschaft zurückverteilt. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die jährlichen Erträge in der Erfolgsrechnung durch Einlagen in den zweckgebundenen Fonds neutralisiert. Der entsprechende Betrag für das Berichtsjahr beläuft sich auf 217 Millionen. Durch den Verkauf der Pflichtwandelanleihe UBS konnte die im Vorjahr gebildete Wertberichtigung von 28 Millionen aufgelöst werden, was zu einer entsprechenden Aufwandminderung geführt hat.





Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut %	
<b>Total Leistungsverrechnung</b>	<b>2 340</b>	<b>2 260</b>	<b>2 285</b>	<b>-55</b>	<b>-2,4</b>
<b>Unterbringung</b>	<b>1 489</b>	<b>1 446</b>	<b>1 432</b>	<b>-58</b>	<b>-3,9</b>
armasuisse Immobilien	1 176	1 123	1 121	-55	-4,7
Bundesamt für Bauten und Logistik	313	323	311	-2	-0,7
<b>Informatik</b>	<b>495</b>	<b>454</b>	<b>541</b>	<b>46</b>	<b>9,2</b>
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	358	317	386	28	7,9
Übrige IKT-Leistungserbringer	137	137	155	17	12,7
<b>Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften</b>	<b>246</b>	<b>217</b>	<b>206</b>	<b>-40</b>	<b>-16,3</b>
<b>Übrige verrechnete Leistungen</b>	<b>108</b>	<b>143</b>	<b>106</b>	<b>-3</b>	<b>-2,6</b>
Dienstleistungen	50	80	52	2	4,9
Verkäufe	59	63	53	-5	-9,0

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung sieht das NRM die kreditwirksame Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten vor. Gemäss den Bestimmungen von Art. 41 FHV sind die verrechenbaren Leistungen definiert und im zentralen Leistungsbereichskatalog aufgelistet. Innerhalb der Bundesverwaltung werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- **Wesentlichkeit der Leistungen:** Das Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beim Leistungserbringer übersteigt 500 000 Franken.
- **Beeinflussbarkeit:** Es werden ausschliesslich Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten die Menge oder Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs zu beeinflussen.
- **Kommerzieller Charakter der Leistung:** Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Das Verrechnungsvolumen beträgt für 2009 2,3 Milliarden. Davon bilden die Unterbringung einschliesslich der Gebäudewirtschaftung mit 1,6 Milliarden und die Informatik mit 0,5 Milliarden die grössten Posten. Weitere rund 100 Millionen werden für Dienstleistungen und Güter verrechnet. Insgesamt wurden 25 Millionen mehr in Rechnung gestellt als budgetiert. Gegenüber dem Vorjahr wurden 55 Millionen weniger verrechnet.

In der *Unterbringung* führte die Reduktion der Anzahl vermieteter Objekte im Bereich der armasuisse Immobilien gegenüber dem Vorjahr zu einem Rückgang der Verrechnungen. Im Weiteren ist bei der Unterbringung infolge tieferer Abschreibungen ein Rückgang des Verrechnungsvolumens zu verzeichnen. Die niedrigeren Abschreibungen begründen sich in der nachträglichen Nicht-Aktivierung von reinen Verteidigungsbauten.

In der *Informatik* sind die Abweichungen zum Voranschlag hauptsächlich durch zusätzlich verrechnete Projektleistungen begründet, weil Projekte zum Zeitpunkt der Budgetierung oft noch nicht mit den bundesinternen Leistungserbringern vereinbart werden, sondern erst bei Konkretisierung im Haushaltvollzug. Zusätzlich wurden gegenüber dem Vorjahr mehr Vorhaben umgesetzt, was zu höheren Projektleistungen durch die IKT-Leistungserbringer (vor allem ISC EJPD und BIT) führte.

Im Bereich *Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften* entstand die Abweichung zum Voranschlag insbesondere durch nicht beanspruchte Zusatzdienstleistungen (Ver- und Entsorgung sowie Reinigung und Sicherheitsdienste) bei der Verwaltungseinheit Verteidigung. Die Differenz zwischen dem diesjährigen Ergebnis und der Rechnung 2008 begründet sich hauptsächlich mit einmaligen Kosten, welche aufgrund zusätzlicher Betreiberleistungen durch den Bereich Verteidigung ausschliesslich im Jahr 2008 angefallen sind.

Bei den *übrigen verrechneten Leistungen* resultiert die Abweichung gegenüber dem Voranschlag aufgrund eines tieferen Bedarfes an Instandhaltungsleistungen im Zusammenhang mit Systemen und Material sowie infolge geringerer Nachfrage von Repräsentationsdienstleistungen (Lufttransportdienst und Fahrzeuge) im Verteidigungsbereich. Beim BBL wurden weniger Logistikleistungen (Media Center, Publikationen, Büromaterial, Bürotechnik) abgerufen, als im Voranschlag geplant worden sind.

Die operative Abwicklung der Leistungsverrechnung hat sich in der Bundesverwaltung inzwischen sehr gut institutionalisiert. Fachlich werden die Grundlagen stetig überprüft und bei Bedarf punktuell angepasst. Mit diesem Vorgehen kann sichergestellt werden, dass die Leistungsverrechnung kontinuierlich optimiert und weiterentwickelt wird. Die Abstimmung in der Leistungsverrechnung zwischen Gesamtertrag und -aufwand konnte ohne Konsolidierungsdifferenzen abgeschlossen werden.



### Einleitung

Die Subventionen tragen dazu bei, dass öffentliche Interessen gewahrt und staatliche Ziele verwirklicht werden, ohne dass der Staat selber tätig werden muss. Bundessubventionen entwickelten sich in den letzten Jahrzehnten – gefördert durch den föderalistischen Staatsaufbau und durch gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen – zum wohl mächtigsten Instrument der Bundespolitik. 2009 beliefen sich die Bundessubventionen auf rund 35 Milliarden, was nahezu 3/5 der Gesamtausgaben des Bundes ausmacht. In vielen Politikbereichen bilden sie gewissermassen das Grundgerüst staatlicher Aufgabenerfüllung und sind das Resultat eines in der Regel breit abgestützten demokratischen Meinungsbildungsprozesses. Unter anderem wegen der grossen Bedeutung dieser Staatsgelder verfügt der Bund über wirksame Instrumente, die der Kontrolle und Beaufsichtigung der Verwendung der Subventionen dienen.

Artikel 5 des Subventionsgesetzes vom 5.10.1990 (SuG) verpflichtet den Bundesrat periodisch zu überprüfen, ob die spezialgesetzlichen Subventionsbestimmungen mit den im Subventionsgesetz festgehaltenen Grundsätzen übereinstimmen. Konkret ist zu prüfen, ob die vom Bund ausgerichteten Finanzhilfen und Abgeltungen:

- durch ein Bundesinteresse hinreichend begründet sind,
- ihren Zweck auf wirtschaftliche und wirkungsvolle Art erreichen,
- einheitlich und gerecht geleistet werden,
- in ihrer Ausgestaltung den finanzpolitischen Erfordernissen Rechnung tragen, sowie
- einer sinnvollen Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Bund und Kantonen entsprechen.

### Subventionsüberprüfungen 1997 und 1999

Eine erste Subventionsüberprüfung wurde in der Optik dieser Rechtsgrundlage in zwei Etappen - 1997 und 1999 - durchgeführt. Dabei wurde bei insgesamt 221 von 359 Subventionen ein Handlungsbedarf festgestellt, der mit rund 400 Einzelmassnahmen behoben wurde. Die erste flächendeckende Subventionsüberprüfung schloss im Jahr 2002 mit dem letzten von insgesamt fünf Controlling-Berichten der Eidgenössischen Finanzverwaltung an den Bundesrat ab. 89 Prozent aller Massnahmen waren zu jenem Zeitpunkt umgesetzt bzw. in Realisierung begriffen. Das langfristige Sparpotenzial dieses ersten Berichts war auf rund 100 Millionen pro Jahr geschätzt worden.

### Überprüfung der Bundessubventionen 2008

2008 wurde eine zweite flächendeckende Subventionsüberprüfung durchgeführt; sie schloss am 30.5.2008 mit der Publikation des Subventionsberichts 2008 des Bundesrates<sup>1</sup> ab. Im Rahmen dieser zweiten Subventionsüberprüfung wurden von

den im Jahr 2006 ausgerichteten 361 Subventionen 228 näher überprüft. Auf eine Überprüfung der Subventionen, die bald aufgehoben werden sollten, die erst kürzlich im Rahmen einer Gesetzesrevision überprüft worden waren oder für deren Ausgestaltung und Steuerung der Bund keinen Handlungsspielraum besass, wurde verzichtet.

Von den untersuchten Subventionen ergab sich bei 70 Handlungsbedarf. Man kann sie in drei Kategorien unterteilen:

- Zum einen besteht in einzelnen Aufgabenbereichen ein grundlegender Reformbedarf oder zumindest die Notwendigkeit einer systematischen Hinterfragung von Ausgestaltung, Steuerung und Höhe der Subvention. Dies ist bei insgesamt rund 20 Subventionen der Fall, und zwar im Bereich Bildung (Umsetzung der neuen Bildungsverfassung, Verbesserung der Steuerung der Hochschullandschaft), öffentlicher Verkehr (Neuordnung der Infrastrukturfinanzierung, Verstärkung des Wettbewerbs im Regionalen Personenverkehr), Landwirtschaft (Marktöffnung im Rahmen der Freihandelsabkommen mit der WTO oder der EU). Einen weiteren grundlegenden Prüfauftrag erteilte der Bundesrat sodann bei der Gesundheitsförderung (bessere Steuerung und organisatorische Fokussierung). Das finanzielle Entlastungspotenzial dieser Reformen konnte nicht quantifiziert werden, wurde aber langfristig auf einen Betrag im dreistelligen Millionenbereich geschätzt.
- Zweitens wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, bestimmte - häufig unbedeutende - Subventionen ganz zu streichen oder sie zu kürzen, entweder weil sich der angestrebte Zweck erübrigt hat oder weil die eingesetzten Mittel anderweitig effizienter eingesetzt werden können. Damit konnte der Haushalt mit 32 grösstenteils kleineren Massnahmen mittelfristig um rund 100 Millionen pro Jahr entlastet werden. Im Rahmen der Verabschiedung des Subventionsberichts oder mittels separater Beschlüsse hat der Bundesrat bereits Massnahmen im Umfang von 30 Millionen definitiv genehmigt.
- Schliesslich bezwecken die vorgeschlagenen Massnahmen und Prüfaufträge bei den verbleibenden 18 Subventionen eine Erhöhung der Transparenz oder die Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Subventionierung, ohne dass der Bundeshaushalt dadurch direkt entlastet wird.

### Stand der Umsetzung der Subventionsüberprüfung: Controlling 2009

Wie bereits für die ersten beiden Berichte aus den Jahren 1997 und 1999 beauftragte der Bundesrat anlässlich der Verabschiedung des Subventionsberichts 2008 die Departemente mit der Umsetzung der geplanten Massnahmen und der Ausarbeitung allfälliger Abhilfemassnahmen. Das Eidgenössische Finanzdepartement seinerseits wurde mit der Kontrolle der Umsetzung dieser Massnahmen und der regelmässigen Berichterstattung an das Parlament beauftragt. Mit dem ersten Controlling für den Subventionsbericht 2008 wird diese Vorgabe erfüllt. In den fol-

<sup>1</sup> BBl 2008 6229

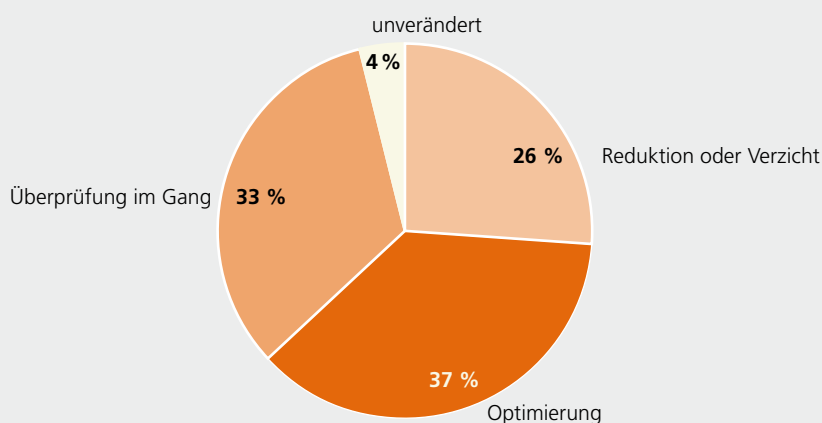
genden Absätzen werden die wichtigsten Ergebnisse der ersten Umfrage präsentiert, die vom EFD in den Departementen durchgeführt wurde und die den aktuellen Stand der 70 Subventionen betrifft, für die im Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichts Handlungsbedarf festgestellt wurde.

Die zwischen der Publikation des Berichts und dem vorliegenden Controlling verstrichene Zeit lässt noch keine erschöpfende Evaluation der realisierten Einsparungen zu. Unter Berücksichtigung des Vorhergesagten kann das Controlling nur einen allgemeinen Eindruck vom Stand der Umsetzung der vom Bundesrat empfohlenen Massnahmen geben sowie eine provisorische

Einschätzung der Einsparungen, die auf Grund des Berichts 2008 realisiert wurden, vermitteln.

Die derzeit verfügbaren Informationen belegen, dass der Bundesrat für 44 der 70 Subventionen (d.h. für 63%), für die im Zeitpunkt der Publikation des Berichts Handlungsbedarf bestand, bereits konkrete Beschlüsse gefasst hat. Für weitere 23 Subventionen (33%) wurden Arbeiten in die Wege geleitet, ohne dass bereits eine definitive Entscheidung gefallen ist. Für eine geringe Anzahl von Subventionen (3 Fälle, d.h. 4%) blieb die Situation unverändert, weil eine gegenteilige Entscheidung getroffen wurde.

### Überblick über den Stand der Umsetzung bei den 70 Subventionen mit Handlungsbedarf



Bei den 44 Subventionen, über die der Bundesrat schon entschieden hat, ist zu unterscheiden zwischen denjenigen, für die eine Beitragskürzung oder eine vollständige Aufhebung der Subvention beschlossen wurde (in 18 Fällen), und denjenigen, wo eine Optimierung der Gesetzesgrundlage oder des Verfahrens zur Subventionssteuerung umgesetzt wurde (in 26 Fällen).

In der ersten Kategorie sind vor allem die Subventionen in den Aufgabengebieten Landwirtschaft und Ernährung stark vertreten (bspw.: Senkung der Subventionen für den Rassenerhalt bei Tieren, die Inlandbeihilfe für Fleisch, die Verwertung der Schafwolle, die Beihilfen für Inlandeier). Auch der Verkehrsbereich ist betroffen (bspw.: Aufhebung des Autoverlads Vereina).

In der zweiten Kategorie, in der Optimierungen vorgenommen wurden, sind vor allem zwei Themen vorherrschend. Im Bereich der Bildung und Forschung genehmigte der Bundesrat am 29.5.2009 den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG), das eine Verbesserung von Beschaffenheit und Steuerung der schweizerischen Hochschul-

landschaft anstrebt. Was die Subventionen für die politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer angeht, wurden die Berechnungskriterien und -grundlagen des Bundesbeitrags im Rahmen des neuen Artikels 7a des Bundesgesetzes über die politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer präzisiert.

In der Gruppe der Subventionen, für die die Arbeiten noch in Gang sind, ist eine starke Präsenz von Subventionen aus den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung feststellbar (9 Fälle). Ihre Überprüfung wird im Rahmen der Weiterentwicklung der Agrarpolitik erfolgen.

Zu den drei Subventionen, bei denen sich nichts geändert hat, lässt sich Folgendes festhalten: Im ersten Fall hatte der Bundesrat im Rahmen des Subventionsberichtes 2008 beschlossen, auf die Teilnahme der Schweiz an Weltausstellungen zweiter Kate-

gorie zu verzichten. An seiner Sitzung vom 5.6.2009 entschied er jedoch, an der Weltausstellung in Südkorea im Jahre 2012 teilzunehmen, da spezifische Sonderinteressen eine Präsenz der Schweiz rechtfertigen. Im zweiten Fall erhielt die Finanzierung des Verkehrshauses der Schweiz mit der Annahme des Bundesgesetzes über die Kulturförderung (KFG) am 11.12.2009 eine Rechtsgrundlage. Ebenfalls nicht umgesetzt wurde die Reduktion bei der Abgeltung des kombinierten Verkehrs: Hier hat das Parlament im Rahmen der Güterverkehrsvorlage mit Beschluss vom 3.12.2008 den vom Bundesrat beantragten Verzicht auf die finanzielle Förderung des nicht Alpen querenden kombinierten Verkehrs abgelehnt. Stattdessen hat es die finanzielle Förderung auf den Wagenladungsverkehr ausgedehnt und die Mittel entsprechend aufgestockt. Zusätzlich soll der Güterverkehr auf Schmalspurlinien finanziell unterstützt werden.

Der Bundesrat hat am 24.2.2010 ein Massnahmenpaket zur Aufgabenüberprüfung verabschiedet und das Konsolidierungsprogramm 2011-2013 (KOP 11/13) konkretisiert. Dieses Programm sieht etwa 50 Massnahmen vor, welche die Aufhebung, Reduktion oder Neugestaltung mehrerer Bundesaufgaben bezwecken. Ein Grossteil dieser Massnahmen beruht auf den Evaluationen aus dem Subventionsbericht 2008. Berücksichtigt man auch die im Rahmen des KOP 11/13 vorgeschlagenen Sparmassnahmen bei den 70 oben beschriebenen Subventionen, dürften bereits ab 2011 bedeutende Einsparungen in Höhe von über 100 Millionen möglich werden. In den darauf folgenden Jahren wird dieser Betrag sukzessive zunehmen und ab 2013 Einsparungen in Höhe von rund 200 Millionen erreichen.

Eine detailliertere Version des vorliegenden Controllings (mit Erklärungen zu jeder einzelnen Subvention) wird in der Zusatzdokumentation zur Rechnung der EFV sowie auf Internet unter folgender Adresse verfügbar sein: [www.efv.admin.ch/f/Dokumentation/Zahlen\\_Fakten/Finanzberichterstattung/Staatsrechnungen](http://www.efv.admin.ch/f/Dokumentation/Zahlen_Fakten/Finanzberichterstattung/Staatsrechnungen).

### Weiteres Vorgehen

Nachfolgend die weiteren Arbeitsschritte im Bereich Subventionen:

- Fortsetzung der Arbeiten in Zusammenhang mit dem Subventionsbericht 2008: Das nächste Controlling ist im Rahmen der Rechnung 2011 geplant.
- Kontinuierliche Subventionsüberprüfung: Anlässlich der Publikation des Subventionsberichts 2008 beschloss der Bundesrat eine Neugestaltung des Prüfverfahrens, um eine kontinuierliche und wirksame Kontrolle zu gewährleisten: Subventionen, deren Finanzierung dem Parlament regelmässig mit Sonderbotschaften unterbreitet wird, und Subventionen mit einer neuen oder in der Prüfperiode revidierten Gesetzesgrundlage werden direkt im Rahmen der entsprechenden Botschaft überprüft; alle übrigen Subventionen werden im Rahmen der nächsten umfassenden Revision überprüft. Das neue Verfahren macht aus der Überprüfung der Subventionen einen kontinuierlichen Prozess, der gewährleistet, dass das Parlament ständig über aktuelle Informationen verfügt. Gleichzeitig wird das administrative Verfahren vereinfacht, ohne dass dadurch der Kern der gesamten Subventionsüberprüfung ausgehöhlt wird.
- Subventionsdatenbank: Im Laufe dieses Jahres wird auch die Datenbank der Bundessubventionen aktualisiert werden. Dadurch gewährleistet der Bundesrat die Transparenz über eines der wichtigsten politischen Instrumente sowie über die grösste Ausgabenkategorie im Bundeshaushalt.



### Berichterstattung über das Massnahmenpaket zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems

Im Zusammenhang mit dem Massnahmenpaket zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems ergibt sich für die Behörden in verschiedenen Bereichen eine Berichterstattungspflicht gegenüber den eidgenössischen Räten. Diesbezügliche Informationspflichten sind in der entsprechenden Botschaft vom 5.11.2008 (BBl 2008 8943) festgehalten.

Die Bundesbeteiligung war vertraglich an die Bedingung geknüpft, dass die UBS AG die Auflagen des Bundesrates im Bereich der Corporate Governance umsetzt, solange das Engagement des Bundes mehr als 3 Prozent des Aktienkapitals von UBS beträgt. Insbesondere betrifft dies das Monitoring des Risikomanagements der UBS durch die SNB (Botschaft Ziff. 2.3.3), die Investorengespräche (Ziff. 2.3.4) und die Regulierung der Entschädigungssysteme (Ziff. 3.1). Der Bundesbeschluss über einen Kredit für die Rekapitalisierung der UBS AG bestimmt, dass der Bundesrat die Bundesversammlung darüber im Rahmen der Staatsrechnung informiert.

### Wahrnehmung der Investorenrechte

#### Monitoring des Risikomanagements der UBS durch die SNB

Im Auftrag des EFD hat die SNB in den Monaten Februar und März 2009 eine On-site Inspektion bei der UBS durchgeführt. Die FINMA wurde vorgängig konsultiert.

Ziel dieser Überprüfung war die Beschaffung von Informationen bezüglich (i) der erwarteten Profitabilität der UBS und ihrer Hauptrisiken, (ii) der Strategie der UBS bei der Bewältigung der bestehenden Risikoexposures sowie (iii) der Qualität der strategischen Entscheidungsprozesse innerhalb der UBS, insbesondere innerhalb des Risikomanagements. Zu diesem Zweck verfolgte die SNB die wichtigsten internen Prozesse der UBS in den Bereichen der Budgetplanung, der Risikomessung sowie der Strategieentwicklung (Risikoexposition und Geschäftsmodell).

#### Investorengespräche

Im Februar und Mai 2009 haben der Vorsteher des Finanzdepartements, der Direktor der Eidg. Finanzverwaltung (EFV) und ein bis zwei weitere Repräsentanten der EFV in wechselnder Zusammensetzung als Vertreter des Bundes an insgesamt drei Investorengesprächen teilgenommen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) war zweimal mit einem Repräsentanten vertreten.

Die Investorengespräche richteten sich nach dem Publikationskalender der UBS. Die Eidgenössische Finanzverwaltung EFV war für die Vorbereitung und Durchführung solcher Gespräche verantwortlich. Der Bund stellte dabei gezielte Fragen zur Strategie, insbesondere zur Repositionierung, sowie zum Geschäftsgang und den Finanzergebnissen. Aus Sicht der Risikoeinschätzung wurden finanztechnische Aspekte zur Konzernrechnung erörtert. Ebenfalls angeschnitten wurden Fragen der Vergütungspolitik der UBS.

### Regulierung der Entschädigungssysteme

Gemäss den Vereinbarungen zwischen Bund bzw. der SNB und der UBS oblag es der FINMA, die Pools für variable Vergütungen der UBS für das Jahr 2008 zu genehmigen. Insbesondere wirkte sie auf eine massive Reduktion der Gesamthöhe der variablen Vergütungen und auf eine stringente Zuteilungspolitik hin. Mit Verfügung vom 3. Februar 2009 gestattete die FINMA der UBS, ihren Mitarbeitenden variable Vergütungen zuzuteilen. Die Eckpunkte dieser Genehmigung sowie die Erwägungen, welche dem Entscheid der FINMA zugrunde liegen, legte sie in einem am 10.2.2009 veröffentlichten Bericht dar.

Am 11.11.2009 hat die FINMA ein Rundschreiben mit generellen Richtlinien zu den Vergütungssystemen für die Finanzbranche veröffentlicht. Dieses hat zum Ziel, die Vergütungspraktiken nachhaltig zu beeinflussen. Vergütungssysteme sollen keine Anreize schaffen, unangemessene Risiken einzugehen und damit möglicherweise die Stabilität von Finanzinstituten zu beeinträchtigen. Das Rundschreiben orientiert sich insbesondere an den vom Financial Stability Board vorgegebenen Standards. Obwohl es erst am 1.1.2010 in Kraft trat, musste die UBS AG die darin enthaltenen Grundsätze bereits im Rechnungsjahr 2009 einhalten.

### Veräusserung der Bundesbeteiligung an der UBS AG

#### Ausgangslage Erreichung der Zielsetzungen

Im Anschluss an die Unterzeichnung des Abkommens mit den USA über ein Amtshilfegesuch des IRS am 19.8.2009 hat das EFD noch gleichentags die relevanten Verträge zwischen Bund und Syndikatsbanken (Credit Suisse, Morgan Stanley, UBS) zur Platzierung der UBS-Aktien zu einem Mindestpreis von 16,00 Franken unterzeichnet. Am 20.8.2009 wurden die Aktien zu einem Preis von 16,50 Franken bei institutionellen Investoren im In- und Ausland platziert. Dies entspricht einem Abschlag von 1,4 Prozent zum Schlusskurs vom 19.8.2009.

Zur Unterzeichnung aller Verträge mit der UBS AG und den Syndikatsbanken, welche zur Veräusserung der Bundesbeteiligung (Aktien und Coupon) an der UBS AG notwendig waren, wurde das EFD per Bundesratsbeschluss vom 10.8.2009 ermächtigt. Voraussetzung für den Verkauf war, dass

- a) der Verkauf erst nach Inkrafttreten des Abkommens über ein Amtshilfegesuch des US-Internal Revenue Service (IRS) betreffend UBS AG zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erfolgt, und
- b) der Verkauf zu einem Aktienpreis von rund 16,00 Franken pro Aktie abzüglich eines Abschlags von max. 10 Prozent erfolgt.

Mit der Erfüllung dieser Voraussetzungen und dem umfassenden Abbau der Bundesbeteiligung wurden die beiden Hauptzielsetzungen der Botschaft vom 5.11.2008 erreicht.

#### (a) Stabilität der UBS

Mit der aussergerichtlichen Einigung im US-Verfahren, der verbesserten Eigenmittelsituation und der nach Plan verlaufenden Restrukturierung erachteten sowohl die FINMA als auch die SNB eine Bundesbeteiligung für die Gewährleistung der Stabilität der Bank als nicht mehr erforderlich.

#### (b) Rückführung der ursprünglichen Investition

Die ursprüngliche Investition von etwas über 5,9 Milliarden konnte zusammen mit einem Mehrerlös von 1,2 Milliarden zurückgeführt werden.

#### Abwicklung der Transaktion

Die bei den Syndikatsbanken eingegangenen Offerten überstiegen die 332,2 Millionen zum Verkauf angebotenen Aktien um das Vierfache. Dieses positive Ergebnis zeigte klar das zurückgekehrte Vertrauen der institutionellen Investoren in die UBS. Zwei weitere Faktoren hatten zum Erfolg beigetragen: (1) Lancierung des umfassenden Ausstieges in einem positiven Aktienmarktumfeld; (2) positive Aufnahme des umfassenden Ausstieges des Bundes bei den Marktteilnehmern und in der Öffentlichkeit dank koordinierter Kommunikation zwischen EFD, UBS, FINMA und SNB.

Bezüglich Anzahl, Charakteristik und Herkunft der Investoren konnte das Aktienpaket im Umfang von knapp 10 Prozent des ausstehenden Kapitals der UBS gesamthaft betrachtet breit diversifiziert im In- und Ausland platziert werden. Die technische Abwicklung der Transaktionen erfolgte mit Valuta 25.8.2009. Der Bund hat an diesem Tag einen Zahlungseingang von rund 7,2 Milliarden verzeichnet.

#### Finanzielles Ergebnis

	Mio. CHF
Verkaufserlös Aktien	
abzüglich Kommissionen, Abgaben, Honorare	5 380
Verkaufserlös Coupon	1 784
<b>Total Verkaufserlös</b>	<b>7 164</b>
Nettoinvestition	-5 928
<b>Nettoerlös</b>	<b>1 236</b>

Basierend auf den im Bundesratsbeschluss vom 10.8.2009 definierten Voraussetzungen war ein minimaler Nettoerlös von knapp 0,6 Milliarden zu erzielen. Das Ziel konnte mit einem Nettoerlös von rund 1,2 Milliarden deutlich übertroffen werden. Dies entspricht einer Rendite von über 30 Prozent p.a. für einen Investitionszeitraum von rund 8 Monaten.

#### Auswirkungen auf den Bundeshaushalt

Der Verkauf der Pflichtwandelanleihe führte im Jahr 2009 zu Einnahmen von 7,2 Milliarden. Der Erlös aus dem Verkauf der Aktien wurde gemäss den Bestimmungen zur Schuldenbremse als ausserordentlich ausgewiesen, analog zu den ebenfalls ausserordentlich erfassten Ausgaben im Zusammenhang mit der Zeichnung der Anleihe im Jahr 2008. Da ein Fünftel der Couponzahlungen zwecks Deckung der Finanzierungskosten der Pflichtwandelanleihe im ordentlichen Haushalt vorgesehen waren, wurden die Einnahmen aus dem Coupon zu einem Fünftel im ordentlichen Haushalt und zu vier Fünfteln im ausserordentlichen Haushalt erfasst. Insgesamt führte die Transaktion zu ordentlichen Einnahmen von 357 Millionen und zu ausserordentlichen Einnahmen von 6807 Millionen.

Die Veräusserung hat signifikante Auswirkungen auf die Entwicklung der Verschuldung. Gegenüber der in der Berichterstattung zum Voranschlag 2010 und Finanzplan 2011-13 publizierten Schätzung resultiert per Ende 2009 ein Schuldenrückgang um 6,4 Milliarden. Dieser Betrag entspricht dem Verkaufserlös abzüglich den 2009 budgetierten Couponzahlungen. Am Ende der Finanzplanperiode ergibt sich eine Verbesserung von 1,2 Milliarden, gleichbedeutend mit dem durch den Verkauf erzielten Gewinn. Die Senkung der Verschuldung wirkt sich entlastend auf den ordentlichen Haushalt aus: Aufgrund tieferer Anleihen erfolgt eine Entlastung bei den Passivzinsen, die sich am Ende der Finanzplanperiode auf rund 150 Millionen belaufen wird.

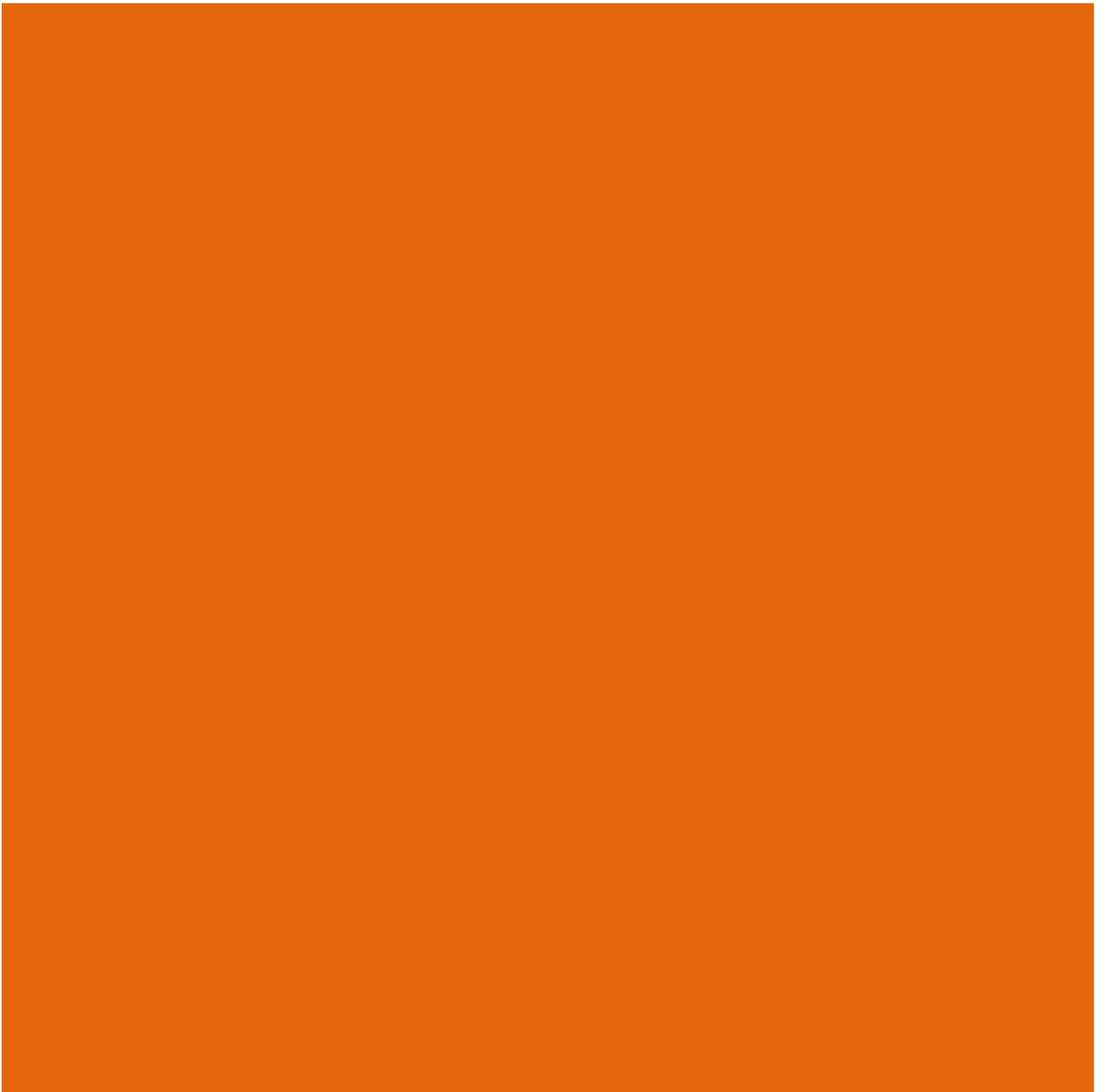
#### Fazit

Der Bund hat die in der Botschaft vom 5.11.2008 gesetzten Ziele erreicht und aus finanzieller Sicht einen wesentlichen Mehrerlös erzielen können.

Mit dem vollständigen Abbau seines UBS-Engagements entfallen dem Bund die Rechte auf Investorengespräche und auf die Überwachung des Risikomanagements der UBS. Die Gestaltung der Entlohnungen erfolgt zukünftig im Rahmen der Finanzplatzregulierung, beziehungsweise durch die FINMA. Auch nach der Veräusserung des UBS-Engagements bleibt der Bundesrat der Stabilität des Finanzsystems verpflichtet. Die FINMA wird in Zusammenarbeit mit der SNB die weitere Entwicklung bei der UBS im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages zur Systemstabilität weiterhin eng verfolgen.

Mit der Auflösung der Bundesbeteiligung entfällt zukünftig auch die im Bundesbeschluss über einen Kredit für die Rekapitalisierung der UBS AG festgehaltene Pflicht des Bundesrats, die Bundesversammlung über das Massnahmenpaket und die Umsetzung der damit verbundenen Auflagen im Rahmen der Staatsrechnung zu informieren.







## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>A Übersicht</b>	<b>61</b>
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	61
A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	62
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	63
<b>B Finanzierungsrechnung</b>	<b>65</b>
<b>B1 Einnahmen nach Kontengruppen</b>	
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	65
B12 Entwicklung der Einnahmen	67
B13 Struktur der Einnahmen	68
<b>B2 Ausgaben nach Kontengruppen</b>	
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	69
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	71
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	73
<b>B3 Ausgaben nach Aufgabengebieten</b>	
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	75
B32 Entwicklung der Aufgabengebiete	77
B33 Struktur der Aufgabengebiete	79
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2009/2008	81
<b>B4 Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds</b>	
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	83
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	84
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	85
<b>C Erfolgsrechnung</b>	<b>87</b>
C01 Ertrag nach Kontengruppen	87
C02 Aufwand nach Kontengruppen	89
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand	91
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand	92
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2009/2008	93
<b>D Bilanz</b>	<b>95</b>
D01 Bilanz im Detail	95
D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten	97
D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten	100
D04 Kurz- und langfristige Schulden	104



	Seite
<b>E Bundestresorerie</b>	<b>105</b>
E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze	105
E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden	106
E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen	107
E04 Nettozinslast	108
E05 Derivative Finanzinstrumente	108
<b>F Personal</b>	<b>109</b>
F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand	109
F02 Personalaufwand im Detail	110
F03 Höchstbezüge ab Juli 2009 nach Lohnklassen	111



**A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)**

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung		Bilanz		Brutto-schulden
	Ordentliches Finanzierungsergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Fehlbetrag	
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	38 173	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	45 302	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	87 107	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	76 055	106 813
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	70 423	108 108
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	71 969	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	52 917	109 620
1997	-5 270	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 529	-5 014	37 401	42 415	41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	30 875	67 513
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 546	24 624	55 296
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	17 492	38 509

Hinweis: Ordentlicher Ertrag und Aufwand bis 2006 (vor Einführung NRM) gemäss statistischer Erfolgsrechnung.

## A02 Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
		<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>19 652</b>	<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>
				<b>19 299</b>
2009	Pflichtwandelanleihe UBS	6 807	–	–
	CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	217		
2008	CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	219	Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
			Übergang NFA	1 546
			PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038		
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

## A02 Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
		<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

Hinweis: Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.



### A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut %	
1 Gesamteinnahmen	59 670	58 115	58 846	64 177	60 198	67 973	3 796	5,9
2 Ausserordentliche Einnahmen	8 388	3 203	754	283	230	7 024		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	51 282	54 911	58 092	63 894	59 968	60 949	-2 945	-4,6
4 Konjunkturfaktor	0,998	0,986	0,974	0,983	0,995	1,018	0,035	
<b>5 Ausgabenplafond</b> (Art. 13 FHG) [5=3x4]	<b>51 179</b>	<b>54 143</b>	<b>56 582</b>	<b>62 808</b>	<b>59 668</b>	<b>62 046</b>	<b>-762</b>	<b>-1,2</b>
6 Konjunkturell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	103	769	1 510	1 086	300	-1 097		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	–	–	7 038	11 141	–	–		
8 Abbaupfad (Art. 66 FHG)	2 000	1 000	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG)	–	–	–	–	–	–		
<b>10 Höchstzulässige Ausgaben</b> [10=5+7+8-9]	<b>53 179</b>	<b>55 143</b>	<b>63 619</b>	<b>73 949</b>	<b>59 668</b>	<b>62 046</b>	<b>-11 903</b>	<b>-16,1</b>
11 Gesamtausgaben gemäss R / VA	51 403	52 377	61 003	67 739	59 020	58 228	-9 511	-14,0
<b>12 Differenz</b> (Art. 16 FHG) [12=10-11]	<b>1 776</b>	<b>2 766</b>	<b>2 616</b>	<b>6 210</b>	<b>649</b>	<b>3 818</b>		

### A03 Stand Ausgleichskonto

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut %	
13 Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	1 782	3 558	–	2 616	8 827		
14 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG) [=9]	–	–	–	–	–		
15 Differenz (Art. 16 FHG) [=12]	1 776	2 766	2 616	6 210	3 818		
<b>16 Zwischentotal</b> [16=13-14+15]	<b>3 558</b>	<b>6 324</b>	<b>2 616</b>	<b>8 827</b>	<b>12 645</b>	<b>3 818</b>	<b>43,3</b>
17 Reduktion Ausgleichskonto (Art. 66 Ziff. 1 Abs. 3 FHG)		-6 324					
<b>18 Stand Ausgleichskonto per 31.12.</b> [18=16+17]	<b>3 558</b>	<b>–</b>	<b>2 616</b>	<b>8 827</b>	<b>12 645</b>	<b>3 818</b>	<b>43,3</b>



## B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
							absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>51 282</b>	<b>54 911</b>	<b>58 092</b>	<b>63 894</b>	<b>59 968</b>	<b>60 949</b>	<b>-2 945</b>	<b>-4,6</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>47 520</b>	<b>50 873</b>	<b>53 336</b>	<b>58 752</b>	<b>55 514</b>	<b>55 890</b>	<b>-2 862</b>	<b>-4,9</b>
Direkte Bundessteuer	12 213	14 230	15 389	17 513	17 670	17 877	365	2,1
Verrechnungssteuer	4 000	3 947	4 230	6 460	3 019	4 380	-2 080	-32,2
Stempelabgaben	2 703	2 889	2 990	2 975	2 600	2 806	-169	-5,7
Mehrwertsteuer	18 119	19 018	19 684	20 512	21 240	19 830	-682	-3,3
Übrige Verbrauchssteuern	7 132	7 259	7 380	7 517	7 229	7 279	-238	-3,2
Mineralölsteuer	4 979	4 994	5 086	5 222	5 055	5 183	-39	-0,7
Tabaksteuer	2 051	2 161	2 186	2 186	2 067	1 987	-199	-9,1
Biersteuer	102	104	107	110	107	110	0	-0,2
Verkehrsabgaben	1 848	1 938	2 016	2 137	2 123	2 114	-23	-1,1
Automobilsteuer	310	320	358	363	350	312	-51	-14,1
Nationalstrassenabgabe	306	313	322	333	313	351	18	5,4
Schwerverkehrsabgabe	1 231	1 306	1 336	1 441	1 460	1 452	10	0,7
Kombinierter Verkehr	1	–	–	–	–	–	–	–
Zölle	974	1 027	1 040	1 017	1 000	1 033	16	1,6
Spielbankenabgabe	357	406	449	455	482	415	-40	-8,8
Lenkungsabgaben	170	148	156	163	151	151	-12	-7,2
Lenkungsabgabe VOC	143	127	127	135	125	124	-11	-8,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	1	1	0	0	–	0	0	-109,7
Altlastenabgabe	26	21	28	28	26	27	-1	-1,8
Übrige Fiskaleinnahmen	4	9	3	3	0	4	2	51,4
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 307</b>	<b>1 265</b>	<b>1 345</b>	<b>1 331</b>	<b>1 302</b>	<b>1 354</b>	<b>23</b>	<b>1,7</b>
Anteil Reingewinn	223	221	223	235	223	246	11	4,7
Alkoholverwaltung								
Gewinnablieferung SNB	967	833	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumschs	–	–	45	42	43	53	11	27,6
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	82	158	193	196	178	187	-9	-4,5
Übrige Regalien und Konzessionen	35	53	50	25	25	35	9	37,1
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>911</b>	<b>1 089</b>	<b>1 280</b>	<b>1 719</b>	<b>1 380</b>	<b>1 608</b>	<b>-111</b>	<b>-6,5</b>
Zinseinnahmen	335	478	664	715	527	535	-180	-25,2
Finanzanlagen	119	222	329	298	100	34	-264	-88,5
Darlehen	200	88	146	180	175	240	60	33,0
Vorschuss FEG	–	147	181	226	238	177	-49	-21,7
Übrige Zinseinnahmen	16	21	9	11	13	84	73	659,3
Kursgewinne	–	–	92	91	–	49	-42	-46,1
Beteiligungseinnahmen	576	611	509	905	845	771	-135	-14,9
Übrige Finanzeinnahmen	0	0	15	8	8	254	246	3 171,3

**B11 Einnahmen nach Kontengruppen**

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	%
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 224</b>	<b>1 390</b>	<b>1 766</b>	<b>1 840</b>	<b>1 584</b>	<b>1 802</b>	<b>-38</b>	<b>-2,1</b>
Entgelte	1 162	1 323	1 391	1 441	1 222	1 396	-45	-3,1
Wehrpflichtersatzabgabe	129	142	138	140	135	148	7	5,1
Gebühren	263	280	293	305	199	227	-78	-25,5
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	44	48	73	78	68	79	1	1,1
Verkäufe	159	173	201	183	162	148	-34	-18,8
Rückerstattungen	191	256	113	186	61	198	12	6,6
EU Zinsbesteuerung	–	36	121	147	169	166	19	13,0
Übrige Entgelte	377	388	451	402	428	430	27	6,8
Verschiedene Einnahmen	62	67	375	399	362	406	7	1,8
Einnahmen aus Liegenschaften	50	53	320	354	337	348	-7	-1,9
Übrige verschiedene Einnahmen	12	14	56	45	25	59	14	31,0
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>320</b>	<b>295</b>	<b>365</b>	<b>252</b>	<b>188</b>	<b>295</b>	<b>43</b>	<b>17,2</b>
Veräusserung von Sachanlagen	40	48	74	46	42	74	28	62,0
Rückzahlung von Darlehen	279	246	289	202	145	212	10	5,0
Übrige Investitionseinnahmen	0	1	1	4	–	9	5	115,2

## B12 Entwicklung der Einnahmen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Einnahmen</b>		<b>2,7</b>	<b>3,7</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>2,4</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>		<b>2,4</b>	<b>5,0</b>	<b>2,7</b>	<b>5,3</b>	<b>2,4</b>
Direkte Bundessteuer		4,7	6,3	4,2	5,5	7,8
Verrechnungssteuer		-16,0	-5,1	-0,3	26,7	1,8
Stempelabgaben		-3,1	16,4	-4,3	3,3	-3,1
Mehrwertsteuer		5,6	4,9	3,3	3,5	0,4
Übrige Verbrauchssteuern		7,6	3,9	0,4	2,3	-0,7
Mineralölsteuer		7,5	3,1	0,2	1,0	0,9
Tabaksteuer		8,1	6,4	0,8	5,6	-4,7
Biersteuer		8,8	1,1	0,2	0,4	1,2
Verkehrsabgaben		6,7	15,7	15,6	9,6	2,4
Automobilsteuer		-	-	-0,8	4,0	-6,7
Nationalstrassenabgabe		6,7	2,6	1,2	1,9	4,4
Schwerverkehrsabgabe		6,8	0,3	40,2	17,5	4,2
Kombinierter Verkehr		-	-	-	-100,0	-
Zölle		-0,5	-3,3	0,0	-0,2	-0,3
Spielbankenabgabe		-14,5	-12,3	300,1	24,1	-3,8
Lenkungsabgaben		-	-	738,6	4,2	-1,4
Lenkungsabgabe VOC		-	-	-	5,0	-1,1
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl		-	-	39,0	41,8	-76,5
Altlastenabgabe		-	-	-	1,1	-2,0
Übrige Fiskaleinnahmen		-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	18,8
<b>Regalien und Konzessionen</b>		<b>-0,6</b>	<b>11,9</b>	<b>12,0</b>	<b>6,3</b>	<b>0,3</b>
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung		-5,1	-0,8	3,2	7,1	5,1
Gewinnablieferung SNB		-	25,7	13,6	-	-
Zunahme des Münzumsatzes		-	-	-	-	8,3
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen		-	-	-	75,0	-1,7
Übrige Regalien und Konzessionen		-26,5	-27,4	10,3	13,8	-16,5
<b>Finanzeinnahmen</b>		<b>23,8</b>	<b>-8,6</b>	<b>-8,9</b>	<b>11,2</b>	<b>12,1</b>
Zinseinnahmen		18,1	-17,1	-16,6	19,2	-10,3
Finanzanlagen		17,0	-8,9	-28,6	30,9	-67,7
Darlehen		19,6	-26,5	-2,7	-7,6	28,2
Vorschuss FEG		-	-	-	-	-1,2
Übrige Zinseinnahmen		12,2	-14,1	-10,4	-16,2	211,4
Kursgewinne		-	-	-	-	-27,0
Beteiligungseinnahmen		366,0	15,3	-1,2	0,1	23,1
Übrige Finanzeinnahmen		-	-	-22,4	101,2	314,8
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>		<b>-5,5</b>	<b>-16,9</b>	<b>-0,4</b>	<b>11,3</b>	<b>1,0</b>
Entgelte		4,8	-1,7	-0,5	6,4	0,2
Wehrpflichtersatzabgabe		2,8	-1,2	3,3	-7,9	3,5
Gebühren		2,0	5,8	-1,9	3,6	-12,0
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen		6,6	-36,4	-0,6	12,7	3,9
Verkäufe		0,3	-6,6	8,7	15,8	-14,1
Rückerstattungen		4,2	-0,6	-8,1	-10,0	32,1
EU Zinsbesteuerung		-	-	-	-	17,3
Übrige Entgelte		15,0	17,7	1,1	9,9	-2,4
Verschiedene Einnahmen		-11,8	-53,6	2,9	54,9	4,0
Einnahmen aus Liegenschaften		4,9	2,3	2,8	55,4	4,3
Übrige verschiedene Einnahmen		-12,2	-70,5	3,2	52,2	2,5
<b>Investitionseinnahmen</b>		<b>61,1</b>	<b>16,3</b>	<b>-5,9</b>	<b>-16,3</b>	<b>-10,1</b>
Veräußerung von Sachanlagen		33,0	4,7	-14,6	26,1	-0,3
Rückzahlung von Darlehen		66,2	17,2	-5,5	-20,2	-14,4
Übrige Investitionseinnahmen		-2,2	8,9	-9,6	26,7	188,3

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008 und 2009. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

### B13 Struktur der Einnahmen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>87,6</b>	<b>86,8</b>	<b>89,1</b>	<b>90,4</b>	<b>92,3</b>	<b>91,8</b>
Direkte Bundessteuer	20,5	23,7	23,5	24,0	25,2	28,3
Verrechnungssteuer	12,3	8,1	7,7	5,8	7,0	8,7
Stempelabgaben	6,1	5,6	6,4	6,7	5,3	4,6
Mehrwertsteuer	30,0	29,0	32,0	34,8	35,0	32,3
Übrige Verbrauchssteuern	12,6	14,7	14,8	13,8	13,5	11,9
Mineralölsteuer	9,5	11,2	10,9	10,1	9,4	8,3
Tabaksteuer	3,0	3,3	3,6	3,5	4,0	3,3
Biersteuer	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,0	1,6	2,7	3,4	3,4
Automobilsteuer	–	–	0,5	0,7	0,6	0,5
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,6	0,7	0,6	0,6	0,5
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	0,4	1,3	2,1	2,3
Kombinierter Verkehr	–	–	–	0,1	0,0	–
Zölle	3,7	3,4	2,4	2,1	1,9	1,6
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,0	0,2	0,7	0,7
Lenkungsabgaben	–	–	0,0	0,2	0,3	0,3
Lenkungsabgabe VOC	–	–	–	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	–	0,0	0,0	0,0	0,0
Altlastenabgabe	–	–	–	0,0	0,1	0,0
Übrige Fiskaleinnahmen	1,4	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>0,9</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>1,7</b>	<b>2,4</b>	<b>2,2</b>
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnablieferung SNB	–	0,4	0,8	1,2	1,7	1,3
Zunahme des Münzumschs	–	–	–	–	0,0	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	–	0,0	0,2	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,4	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>2,3</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>2,3</b>	<b>1,9</b>	<b>2,7</b>
Zinseinnahmen	2,1	3,3	2,5	1,2	0,8	1,0
Finanzanlagen	1,0	1,4	1,2	0,5	0,4	0,3
Darlehen	1,0	1,8	1,2	0,6	0,3	0,3
Vorschuss FEG	–	–	–	–	0,2	0,3
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1
Kursgewinne	–	–	–	–	0,0	0,1
Beteiligungseinnahmen	0,2	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3
Übrige Finanzeinnahmen	–	–	0,0	0,0	0,0	0,2
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>8,8</b>	<b>7,9</b>	<b>3,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,7</b>	<b>2,9</b>
Entgelte	2,9	3,2	2,4	2,1	2,4	2,3
Wehrpflichtersatzabgabe	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2
Gebühren	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,6	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3
Rückerstattungen	0,6	0,7	0,7	0,4	0,4	0,3
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	–	0,1	0,3
Übrige Entgelte	0,3	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	6,0	4,7	0,8	0,1	0,3	0,6
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6
Übrige verschiedene Einnahmen	5,9	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>0,3</b>	<b>0,7</b>	<b>3,1</b>	<b>3,4</b>	<b>0,7</b>	<b>0,4</b>
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,2	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008 und 2009. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

## B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>51 403</b>	<b>52 377</b>	<b>53 965</b>	<b>56 598</b>	<b>59 020</b>	<b>58 228</b>	<b>1 630</b>	<b>2,9</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>8 282</b>	<b>8 187</b>	<b>8 471</b>	<b>9 107</b>	<b>9 670</b>	<b>9 533</b>	<b>426</b>	<b>4,7</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 375</b>	<b>4 325</b>	<b>4 462</b>	<b>4 555</b>	<b>4 802</b>	<b>4 828</b>	<b>273</b>	<b>6,0</b>
Personalbezüge	3 657	3 629	3 667	3 761	3 962	3 954	194	5,2
Arbeitgeberbeiträge	497	492	590	612	677	752	140	22,9
Arbeitgeberleistungen	163	160	150	107	73	41	-66	-61,7
Übrige Personalausgaben	59	44	55	76	90	80	4	5,8
<b>Sach- und Betriebsausgaben</b>	<b>2 638</b>	<b>2 683</b>	<b>2 841</b>	<b>3 323</b>	<b>3 777</b>	<b>3 611</b>	<b>287</b>	<b>8,6</b>
Material- und Warenausgaben	10	11	46	46	52	41	-5	-11,2
Betriebsausgaben	2 628	2 672	2 795	2 968	3 323	3 164	196	6,6
Liegenschaften	441	423	230	249	280	288	38	15,4
Mieten und Pachten	144	142	133	152	162	151	-1	-0,8
Informatik	133	151	295	434	547	482	48	11,1
Beratungsausgaben	327	340	468	262	272	252	-10	-3,9
Betriebsausgaben der Armee	784	784	710	796	837	809	13	1,6
Verluste auf Forderungen	-	-	224	208	256	195	-13	-6,5
Übrige Betriebsausgaben	799	833	735	866	968	987	122	14,1
Betrieblicher Unterhalt	-	-	-	309	402	405	96	31,2
Nationalstrassen								
<b>Rüstungsausgaben</b>	<b>1 269</b>	<b>1 178</b>	<b>1 168</b>	<b>1 228</b>	<b>1 092</b>	<b>1 095</b>	<b>-134</b>	<b>-10,9</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	131	143	145	147	120	120	-27	-18,4
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	285	295	289	290	289	292	2	0,8
Rüstungsmaterial	853	740	734	792	683	683	-109	-13,8
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>32 822</b>	<b>33 661</b>	<b>35 228</b>	<b>37 146</b>	<b>38 320</b>	<b>38 194</b>	<b>1 049</b>	<b>2,8</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>	<b>7 226</b>	<b>8 098</b>	<b>8 624</b>	<b>7 414</b>	<b>7 066</b>	<b>7 116</b>	<b>-298</b>	<b>-4,0</b>
Kantonsanteile	4 954	5 607	5 999	4 665	4 194	4 388	-277	-5,9
Anteile der Sozialversicherungen	2 163	2 363	2 478	2 619	2 744	2 596	-23	-0,9
Rückverteilung Lenkungsabgaben	109	127	147	130	129	132	2	1,6
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>1 084</b>	<b>986</b>	<b>969</b>	<b>773</b>	<b>676</b>	<b>780</b>	<b>8</b>	<b>1,0</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>2 072</b>	<b>2 075</b>	<b>2 527</b>	<b>2 573</b>	<b>2 667</b>	<b>2 723</b>	<b>150</b>	<b>5,8</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>9 662</b>	<b>9 719</b>	<b>9 697</b>	<b>12 646</b>	<b>13 387</b>	<b>13 290</b>	<b>644</b>	<b>5,1</b>
Finanzausgleich	-	-	-	2 725	2 803	2 808	83	3,0
Internationale Organisationen	1 200	1 178	1 298	1 465	1 540	1 497	32	2,2
Übrige Beiträge an Dritte	8 462	8 541	8 399	8 456	9 044	8 985	529	6,3
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>12 778</b>	<b>12 783</b>	<b>13 411</b>	<b>13 740</b>	<b>14 525</b>	<b>14 285</b>	<b>545</b>	<b>4,0</b>
AHV / IV / ALV	9 712	9 703	10 181	10 550	11 185	10 918	368	3,5
Übrige Sozialversicherungen	3 065	3 080	3 230	3 190	3 340	3 367	176	5,5

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

**B21 Ausgaben nach Kontengruppen**

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	%
<b>Finanzausgaben</b>	<b>3 711</b>	<b>4 105</b>	<b>4 003</b>	<b>3 791</b>	<b>3 905</b>	<b>3 255</b>	<b>-536</b>	<b>-14,1</b>
<b>Zinsausgaben</b>	<b>3 577</b>	<b>3 993</b>	<b>3 849</b>	<b>3 660</b>	<b>3 794</b>	<b>3 135</b>	<b>-525</b>	<b>-14,3</b>
Anleihen	2 945	3 339	3 310	3 270	3 196	2 896	-374	-11,4
Geldmarktbuchforderungen	110	196	221	141	318	1	-140	-99,3
Übrige Zinsausgaben	522	458	318	250	280	238	-12	-4,7
<b>Kursverluste</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>54</b>	<b>77</b>	<b>-</b>	<b>26</b>	<b>-52</b>	<b>-66,5</b>
<b>Kapitalbeschaffungsausgaben</b>	<b>134</b>	<b>112</b>	<b>89</b>	<b>52</b>	<b>95</b>	<b>78</b>	<b>25</b>	<b>48,7</b>
<b>Übrige Finanzausgaben</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>10</b>	<b>1</b>	<b>16</b>	<b>16</b>	<b>16</b>	<b>1 969,6</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>6 589</b>	<b>6 424</b>	<b>6 264</b>	<b>6 554</b>	<b>7 125</b>	<b>7 245</b>	<b>691</b>	<b>10,5</b>
<b>Sachanlagen und Vorräte</b>	<b>585</b>	<b>591</b>	<b>874</b>	<b>2 265</b>	<b>2 529</b>	<b>2 512</b>	<b>247</b>	<b>10,9</b>
Liegenschaften	247	243	603	588	627	635	47	8,0
Mobilien und Vorräte	338	347	271	341	439	378	37	10,7
Nationalstrassen	-	-	-	1 336	1 463	1 499	163	12,2
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>11</b>	<b>13</b>	<b>13</b>	<b>31</b>	<b>47</b>	<b>39</b>	<b>7</b>	<b>23,9</b>
<b>Darlehen</b>	<b>504</b>	<b>489</b>	<b>376</b>	<b>366</b>	<b>401</b>	<b>599</b>	<b>233</b>	<b>63,8</b>
<b>Beteiligungen</b>	<b>53</b>	<b>39</b>	<b>35</b>	<b>31</b>	<b>31</b>	<b>30</b>	<b>-1</b>	<b>-4,5</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>	<b>5 436</b>	<b>5 292</b>	<b>4 966</b>	<b>3 861</b>	<b>4 117</b>	<b>4 065</b>	<b>204</b>	<b>5,3</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	-	-	1 591	1 576	1 548	-43	-2,7
Übrige Investitionsbeiträge	5 436	5 292	4 966	2 270	2 541	2 518	247	10,9

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.



## B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Ausgaben</b>		<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,9</b>
<b>Eigenausgaben</b>		<b>0,8</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,6</b>	<b>-0,3</b>	<b>6,1</b>
<b>Personalausgaben</b>		<b>2,4</b>	<b>0,0</b>	<b>-2,1</b>	<b>0,0</b>	<b>4,0</b>
Personalbezüge		3,3	0,1	-2,0	0,2	3,9
Arbeitgeberbeiträge		0,8	-2,4	-0,8	2,1	12,9
Arbeitgeberleistungen		-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-47,8
Übrige Personalausgaben		0,1	5,0	15,1	-3,5	20,2
<b>Sach- und Betriebsausgaben</b>		<b>-0,3</b>	<b>0,6</b>	<b>-2,1</b>	<b>-0,2</b>	<b>12,7</b>
Material- und Warenausgaben		-	-	78,3	38,5	-5,2
Betriebsausgaben		-0,3	0,5	-2,2	-0,5	6,4
Liegenschaften		-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	11,8
Mieten und Pachten		7,5	2,2	-0,6	-0,2	6,5
Informatik		8,7	0,0	-4,1	13,2	28,0
Beratungsausgaben		5,5	34,0	11,0	4,0	-26,7
Betriebsausgaben der Armee		-7,8	5,9	-0,9	-3,3	6,8
Verluste auf Forderungen		-	-	-	-	-6,8
Übrige Betriebsausgaben		3,6	-5,4	-4,5	-4,3	15,9
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen		-	-	-	-	-
<b>Rüstungsausgaben</b>		<b>-0,8</b>	<b>-9,4</b>	<b>-5,7</b>	<b>-1,6</b>	<b>-3,2</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.		-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-9,0
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf		-5,2	-9,1	0,6	0,1	0,6
Rüstungsmaterial		1,2	-9,7	-9,4	-2,4	-3,6
<b>Laufende Transferausgaben</b>		<b>4,6</b>	<b>4,2</b>	<b>3,9</b>	<b>2,9</b>	<b>4,1</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>		<b>2,8</b>	<b>12,9</b>	<b>6,4</b>	<b>7,5</b>	<b>-9,2</b>
Kantonsanteile		2,8	5,1	4,8	7,1	-14,5
Anteile der Sozialversicherungen		-	-	10,5	7,4	2,4
Rückverteilung Lenkungsabgaben		-	-	-	50,7	-5,3
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>		<b>-12,0</b>	<b>11,2</b>	<b>1,6</b>	<b>21,8</b>	<b>-10,3</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>		<b>5,0</b>	<b>-29,3</b>	<b>33,1</b>	<b>5,0</b>	<b>3,8</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>		<b>4,5</b>	<b>8,2</b>	<b>-0,7</b>	<b>-1,8</b>	<b>17,1</b>
Finanzausgleich		-	-	-	-	-
Internationale Organisationen		5,0	7,4	7,3	18,6	7,4
Übrige Beiträge an Dritte		4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,4
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>		<b>6,0</b>	<b>3,0</b>	<b>4,2</b>	<b>2,7</b>	<b>3,2</b>
AHV / IV / ALV		6,3	4,8	4,3	2,5	3,6
Übrige Sozialversicherungen		5,5	-1,8	4,0	3,3	2,1
<b>Finanzausgaben</b>		<b>11,1</b>	<b>4,2</b>	<b>-0,8</b>	<b>2,8</b>	<b>-9,8</b>
<b>Zinsausgaben</b>		<b>10,7</b>	<b>3,9</b>	<b>-2,1</b>	<b>4,0</b>	<b>-9,7</b>
Anleihen		24,9	8,0	2,5	9,6	-6,5
Geldmarktbuchforderungen		34,4	-17,2	-41,4	77,8	-93,4
Übrige Zinsausgaben		-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-13,5
<b>Kursverluste</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-31,0</b>
<b>Kapitalbeschaffungsausgaben</b>		<b>49,7</b>	<b>17,6</b>	<b>26,5</b>	<b>-25,7</b>	<b>-6,5</b>
<b>Übrige Finanzausgaben</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>28,8</b>

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008 und 2009. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

## B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Mittlere jährliche Zuwachsrate in %						
<b>Investitionsausgaben</b>		<b>-1,0</b>	<b>4,7</b>	<b>5,6</b>	<b>-0,2</b>	<b>7,5</b>
<b>Sachanlagen und Vorräte</b>		<b>2,2</b>	<b>1,9</b>	<b>-8,6</b>	<b>10,4</b>	<b>69,5</b>
Liegenschaften		5,3	7,0	-19,3	28,2	2,6
Mobilien und Vorräte		-0,7	-4,5	3,6	-7,2	18,1
Nationalstrassen		–	–	–	–	–
<b>Immaterielle Anlagen</b>		–	–	–	<b>3,0</b>	<b>74,7</b>
<b>Darlehen</b>		<b>-12,3</b>	<b>-13,2</b>	<b>3,7</b>	<b>13,7</b>	<b>26,2</b>
<b>Beteiligungen</b>		<b>-33,3</b>	<b>43,3</b>	<b>102,2</b>	<b>-14,5</b>	<b>-7,8</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>		<b>0,1</b>	<b>6,8</b>	<b>7,7</b>	<b>-2,2</b>	<b>-9,5</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte		–	–	–	–	–
Übrige Investitionsbeiträge		0,1	6,8	7,7	-2,2	-28,8

### Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008 und 2009. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

## B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>28,7</b>	<b>25,4</b>	<b>22,0</b>	<b>17,6</b>	<b>16,1</b>	<b>16,2</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>12,6</b>	<b>12,1</b>	<b>10,9</b>	<b>8,9</b>	<b>8,5</b>	<b>8,2</b>
Personalbezüge	9,8	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7
Arbeitgeberbeiträge	1,8	1,7	1,4	1,2	1,0	1,2
Arbeitgeberleistungen	1,0	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Sach- und Betriebsausgaben</b>	<b>8,9</b>	<b>7,8</b>	<b>7,0</b>	<b>5,9</b>	<b>5,2</b>	<b>6,0</b>
Material- und Warenausgaben	–	–	0,0	0,0	0,0	0,1
Betriebsausgaben	8,9	7,8	7,0	5,9	5,2	5,3
Liegenschaften	2,0	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8
Beratungsausgaben	0,2	0,2	0,4	0,7	0,7	0,4
Betriebsausgaben der Armee	2,7	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4
Verluste auf Forderungen	–	–	–	–	0,1	0,4
Übrige Betriebsausgaben	3,3	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	–	0,6
<b>Rüstungsausgaben</b>	<b>7,2</b>	<b>5,5</b>	<b>4,1</b>	<b>2,8</b>	<b>2,4</b>	<b>2,0</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,5	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,5	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5
Rüstungsmaterial	5,2	4,1	3,1	1,9	1,6	1,3
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>53,7</b>	<b>54,6</b>	<b>57,6</b>	<b>61,8</b>	<b>64,4</b>	<b>65,6</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>	<b>8,2</b>	<b>7,9</b>	<b>8,9</b>	<b>12,9</b>	<b>14,7</b>	<b>12,7</b>
Kantonsanteile	8,2	7,9	8,2	9,0	10,1	7,9
Anteile der Sozialversicherungen	–	–	0,7	3,8	4,3	4,5
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	–	0,1	0,2	0,2
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>1,6</b>	<b>1,4</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>6,1</b>	<b>6,3</b>	<b>3,7</b>	<b>4,2</b>	<b>4,3</b>	<b>4,6</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>18,1</b>	<b>18,7</b>	<b>21,7</b>	<b>20,7</b>	<b>19,1</b>	<b>22,6</b>
Finanzausgleich	–	–	–	–	–	4,8
Internationale Organisationen	0,9	0,9	1,0	1,2	2,1	2,6
Übrige Beiträge an Dritte	17,2	17,8	20,7	19,6	17,0	15,2
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>20,1</b>	<b>20,8</b>	<b>22,4</b>	<b>23,1</b>	<b>24,7</b>	<b>24,4</b>
AHV / IV / ALV	14,6	15,1	17,1	17,5	18,8	18,7
Übrige Sozialversicherungen	5,5	5,7	5,4	5,5	5,9	5,7
<b>Finanzausgaben</b>	<b>5,8</b>	<b>7,2</b>	<b>7,5</b>	<b>7,6</b>	<b>7,3</b>	<b>6,1</b>
<b>Zinsausgaben</b>	<b>5,8</b>	<b>7,0</b>	<b>7,3</b>	<b>7,1</b>	<b>7,0</b>	<b>5,9</b>
Anleihen	1,8	2,8	4,1	4,8	5,8	5,4
Geldmarktbuchforderungen	0,3	1,1	0,5	0,4	0,3	0,1
Übrige Zinsausgaben	3,7	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4
<b>Kursverluste</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>
<b>Kapitalbeschaffungsausgaben</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,1</b>
<b>Übrige Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008 und 2009. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

### B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung % Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>11,8</b>	<b>12,8</b>	<b>12,9</b>	<b>13,1</b>	<b>12,3</b>	<b>12,0</b>
<b>Sachanlagen und Vorräte</b>	<b>1,9</b>	<b>2,1</b>	<b>1,7</b>	<b>1,1</b>	<b>1,3</b>	<b>4,2</b>
Liegenschaften	0,9	1,1	1,0	0,5	0,6	1,1
Mobilien und Vorräte	1,1	1,0	0,7	0,6	0,6	0,6
Nationalstrassen	–	–	–	–	–	2,5
<b>Immaterielle Anlagen</b>	–	–	–	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>
<b>Darlehen</b>	<b>1,5</b>	<b>3,1</b>	<b>3,3</b>	<b>1,2</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>
<b>Beteiligungen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>	<b>8,4</b>	<b>7,6</b>	<b>7,9</b>	<b>10,7</b>	<b>10,1</b>	<b>6,9</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	–	2,7
Übrige Investitionsbeiträge	8,4	7,6	7,9	10,7	10,1	4,2

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008 und 2009. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

**B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut %	
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)	<b>51 403</b>	<b>52 377</b>	<b>53 965</b>	<b>56 598</b>	<b>59 020</b>	<b>58 228</b>	<b>1 630</b>	<b>2,9</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>2 139</b>	<b>2 150</b>	<b>2 162</b>	<b>2 273</b>	<b>2 492</b>	<b>2 482</b>	<b>209</b>	<b>9,2</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 139	2 150	2 162	2 273	2 492	2 482	209	9,2
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>757</b>	<b>771</b>	<b>813</b>	<b>836</b>	<b>950</b>	<b>890</b>	<b>53</b>	<b>6,4</b>
Allgemeines Rechtswesen	91	84	78	77	75	75	-2	-2,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	280	293	311	324	384	339	15	4,7
Grenzkontrollen	274	273	282	291	321	316	25	8,5
Gerichte	112	121	141	145	170	159	15	10,2
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>2 278</b>	<b>2 269</b>	<b>2 274</b>	<b>2 394</b>	<b>2 630</b>	<b>2 587</b>	<b>193</b>	<b>8,0</b>
Politische Beziehungen	588	579	613	645	697	712	67	10,4
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 499	1 563	1 559	1 642	1 717	1 723	81	4,9
Wirtschaftliche Beziehungen	74	70	71	86	83	76	-10	-11,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	117	57	30	21	132	75	54	259,6
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 437</b>	<b>4 272</b>	<b>4 327</b>	<b>4 537</b>	<b>4 612</b>	<b>4 515</b>	<b>-21</b>	<b>-0,5</b>
Militärische Landesverteidigung	4 339	4 174	4 231	4 439	4 511	4 413	-26	-0,6
Nationale Sicherheitskooperation	98	98	95	97	102	102	5	4,8
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>4 586</b>	<b>4 714</b>	<b>4 978</b>	<b>5 339</b>	<b>5 752</b>	<b>5 715</b>	<b>376</b>	<b>7,0</b>
Berufsbildung	497	522	518	573	630	628	55	9,5
Hochschulen	1 428	1 470	1 564	1 655	1 793	1 765	110	6,6
Grundlagenforschung	1 638	1 697	1 834	2 038	2 167	2 196	158	7,8
Angewandte Forschung	950	961	1 002	1 043	1 132	1 099	56	5,4
Übriges Bildungswesen	71	64	60	30	29	28	-3	-8,7
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>442</b>	<b>437</b>	<b>460</b>	<b>429</b>	<b>413</b>	<b>395</b>	<b>-33</b>	<b>-7,8</b>
Kulturerhaltung	84	85	94	85	93	92	7	8,4
Kulturförderung und Medienpolitik	232	227	225	168	174	170	1	0,8
Sport	126	125	140	176	146	134	-42	-23,9
<b>Gesundheit</b>	<b>200</b>	<b>194</b>	<b>264</b>	<b>220</b>	<b>214</b>	<b>276</b>	<b>56</b>	<b>25,6</b>
Gesundheit	200	194	264	220	214	276	56	25,6
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>16 137</b>	<b>16 246</b>	<b>16 933</b>	<b>17 434</b>	<b>18 394</b>	<b>18 049</b>	<b>615</b>	<b>3,5</b>
Altersversicherung	7 286	7 534	7 984	9 322	9 865	9 671	349	3,7
Invalidenversicherung	4 379	4 372	4 492	3 655	3 827	3 581	-74	-2,0
Krankenversicherung	2 121	2 143	2 263	1 806	1 887	1 847	41	2,2
Ergänzungsleistungen	675	678	711	1 127	1 190	1 312	185	16,4
Militärversicherung	241	234	232	252	249	195	-58	-22,9
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	356	302	302	314	396	406	92	29,5
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	172	126	110	99	174	144	45	45,7
Migration	871	816	791	812	751	842	31	3,8
Soziale Hilfe und Fürsorge	36	42	48	47	53	53	5	10,9
<b>Verkehr</b>	<b>7 591</b>	<b>7 409</b>	<b>7 349</b>	<b>7 538</b>	<b>7 888</b>	<b>8 099</b>	<b>561</b>	<b>7,4</b>
Strassenverkehr	2 770	2 668	2 751	2 458	2 638	2 678	220	8,9
Öffentlicher Verkehr	4 706	4 641	4 507	4 989	5 142	5 325	336	6,7
Luftfahrt	114	99	90	91	108	96	5	5,7
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>554</b>	<b>624</b>	<b>655</b>	<b>651</b>	<b>738</b>	<b>726</b>	<b>75</b>	<b>11,6</b>
Umweltschutz	326	317	320	330	362	340	9	2,9
Schutz vor Naturgefahren	127	214	215	212	265	257	45	21,2
Naturschutz	88	82	107	96	97	117	21	21,6
Raumordnung	13	12	12	13	14	13	0	2,5

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

**B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
							absolut	%
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 608</b>	<b>3 645</b>	<b>3 601</b>	<b>3 551</b>	<b>3 721</b>	<b>3 692</b>	<b>141</b>	<b>4,0</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3 608	3 645	3 601	3 551	3 721	3 692	141	4,0
<b>Wirtschaft</b>	<b>432</b>	<b>383</b>	<b>398</b>	<b>405</b>	<b>434</b>	<b>560</b>	<b>155</b>	<b>38,3</b>
Wirtschaftsordnung	128	132	148	160	119	109	-51	-32,0
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	122	121	129	131	139	247	116	88,5
Energie	80	83	81	90	149	179	89	99,1
Forstwirtschaft	101	46	41	25	27	27	1	5,4
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>8 242</b>	<b>9 262</b>	<b>9 753</b>	<b>10 991</b>	<b>10 781</b>	<b>10 241</b>	<b>-750</b>	<b>-6,8</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	4 532	5 157	5 750	4 484	4 073	4 178	-307	-6,8
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 711	4 105	4 003	3 782	3 905	3 255	-527	-13,9
Finanzausgleich	–	–	–	2 725	2 803	2 808	83	3,0

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

### B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)		<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,9</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>		<b>3,1</b>	<b>2,3</b>	<b>7,5</b>	<b>0,3</b>	<b>7,1</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen		3,1	2,3	7,5	0,3	7,1
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>		<b>4,7</b>	<b>0,8</b>	<b>5,8</b>	<b>-1,2</b>	<b>4,6</b>
Allgemeines Rechtswesen		8,2	-11,9	11,8	-11,7	-1,9
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug		5,7	4,2	9,8	-2,5	4,3
Grenzkontrollen		1,8	1,3	1,4	0,6	5,9
Gerichte		6,6	7,7	0,7	7,4	6,1
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>		<b>3,5</b>	<b>1,3</b>	<b>2,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>6,7</b>
Politische Beziehungen		4,7	2,2	4,2	-0,3	7,8
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)		1,7	1,5	1,7	3,0	5,1
Wirtschaftliche Beziehungen		18,0	-1,9	3,3	0,1	3,4
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU		9,7	-0,4	2,5	-38,7	58,3
<b>Landesverteidigung</b>		<b>-1,4</b>	<b>-4,1</b>	<b>-1,7</b>	<b>-0,9</b>	<b>2,2</b>
Militärische Landesverteidigung		-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	2,1
Nationale Sicherheitskooperation		-8,2	-18,3	1,6	3,2	3,4
<b>Bildung und Forschung</b>		<b>4,3</b>	<b>1,2</b>	<b>2,6</b>	<b>3,1</b>	<b>7,2</b>
Berufsbildung		5,3	-3,5	2,6	-0,4	10,1
Hochschulen		2,3	3,1	2,0	-8,8	6,2
Grundlagenforschung		7,3	1,0	6,0	22,1	9,4
Angewandte Forschung		3,7	2,9	0,9	8,4	4,7
Übriges Bildungswesen		32,5	-20,4	8,6	-4,0	-31,9
<b>Kultur und Freizeit</b>		<b>0,5</b>	<b>14,3</b>	<b>2,4</b>	<b>-3,7</b>	<b>-7,2</b>
Kulturerhaltung		0,9	-3,6	2,0	2,6	-1,1
Kulturförderung und Medienpolitik		-4,1	31,6	1,7	-7,7	-13,2
Sport		5,9	4,7	4,5	0,0	-2,4
<b>Gesundheit</b>		<b>7,0</b>	<b>0,8</b>	<b>4,5</b>	<b>10,7</b>	<b>2,2</b>
Gesundheit		7,0	0,8	4,5	10,7	2,2
<b>Soziale Wohlfahrt</b>		<b>6,0</b>	<b>7,1</b>	<b>3,2</b>	<b>2,6</b>	<b>3,2</b>
Altersversicherung		5,0	8,9	4,6	3,3	10,1
Invalidenversicherung		8,6	6,7	6,3	2,7	-10,7
Krankenversicherung		8,4	-2,3	4,2	3,9	-9,7
Ergänzungsleistungen		-0,7	-0,4	5,8	4,3	35,8
Militärversicherung		0,8	-1,6	0,5	-2,8	-8,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung		24,2	97,5	-0,7	13,5	15,9
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung		4,4	19,9	-10,8	-17,9	14,5
Migration		6,3	15,1	-10,0	-4,8	3,2
Soziale Hilfe und Fürsorge		-11,7	-3,9	20,2	20,5	4,6
<b>Verkehr</b>		<b>3,1</b>	<b>0,0</b>	<b>4,1</b>	<b>0,8</b>	<b>5,0</b>
Strassenverkehr		1,0	-0,1	0,7	-0,9	-1,3
Öffentlicher Verkehr		4,9	2,1	6,6	2,0	8,7
Luftfahrt		6,0	-32,7	12,8	-4,1	3,2
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>		<b>-4,2</b>	<b>-0,5</b>	<b>4,7</b>	<b>3,8</b>	<b>5,3</b>
Umweltschutz		-1,2	2,4	1,5	0,5	3,1
Schutz vor Naturgefahren		-5,5	-8,2	9,9	7,0	9,2
Naturschutz		-13,8	5,0	7,5	8,9	4,5
Raumordnung		6,7	2,3	15,1	3,8	3,3
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>		<b>3,7</b>	<b>4,7</b>	<b>-2,0</b>	<b>-0,8</b>	<b>1,3</b>
Landwirtschaft und Ernährung		3,7	4,7	-2,0	-0,8	1,3

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008 und 2009. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

### B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Fortsetzung Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Wirtschaft</b>		<b>-9,1</b>	<b>-2,3</b>	<b>5,2</b>	<b>-11,6</b>	<b>18,7</b>
Wirtschaftsordnung		8,4	1,2	9,3	7,9	-14,3
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung		-19,7	-2,4	1,9	-14,7	38,3
Energie		31,3	-9,8	6,9	-6,9	48,8
Forstwirtschaft		-3,9	1,6	6,8	-32,2	-19,0
<b>Finanzen und Steuern</b>		<b>6,5</b>	<b>4,8</b>	<b>2,3</b>	<b>5,9</b>	<b>2,5</b>
Anteile an Bundeseinnahmen		2,1	5,6	5,5	8,4	-14,8
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung		11,1	4,2	-0,8	2,8	-9,8

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008 und 2009. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.



### B33 Struktur der Aufgabengebiete

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,6</b>	<b>3,6</b>	<b>3,5</b>	<b>4,1</b>	<b>4,2</b>	<b>4,1</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>1,6</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Grenzkontrollen	0,7	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>4,8</b>	<b>5,0</b>	<b>4,5</b>	<b>4,8</b>	<b>4,4</b>	<b>4,3</b>
Politische Beziehungen	1,1	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	3,2	2,7	2,9	2,9	2,9
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,3	0,5	0,4	0,4	0,2	0,1
<b>Landesverteidigung</b>	<b>17,7</b>	<b>14,3</b>	<b>11,6</b>	<b>9,5</b>	<b>8,4</b>	<b>7,9</b>
Militärische Landesverteidigung	17,0	13,8	11,3	9,3	8,2	7,7
Nationale Sicherheitskooperation	0,7	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>9,1</b>	<b>9,1</b>	<b>8,6</b>	<b>8,6</b>	<b>9,0</b>	<b>9,6</b>
Berufsbildung	1,3	1,3	1,1	1,0	1,0	1,0
Hochschulen	4,8	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0
Grundlagenforschung	1,4	1,5	1,5	1,5	3,3	3,7
Angewandte Forschung	1,5	1,6	1,5	1,5	1,8	1,9
Übriges Bildungswesen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>0,7</b>	<b>0,7</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,7</b>
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung und Medienpolitik	0,3	0,2	0,5	0,9	0,4	0,3
Sport	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3
<b>Gesundheit</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>
Gesundheit	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>22,3</b>	<b>25,5</b>	<b>29,0</b>	<b>29,9</b>	<b>31,3</b>	<b>30,9</b>
Altersversicherung	9,8	9,8	10,8	13,7	14,3	16,5
Invalidenversicherung	5,0	5,6	6,7	7,5	8,4	6,3
Krankenversicherung	3,4	3,7	3,6	3,8	4,1	3,2
Ergänzungsleistungen	1,2	1,2	1,0	1,1	1,3	2,1
Militärversicherung	0,8	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	0,0	2,0	3,0	0,4	0,6	0,6
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,4	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2
Migration	1,6	2,0	2,6	2,2	1,7	1,4
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
<b>Verkehr</b>	<b>14,9</b>	<b>14,8</b>	<b>14,2</b>	<b>14,0</b>	<b>14,2</b>	<b>13,6</b>
Strassenverkehr	7,3	6,9	6,1	5,9	5,3	4,5
Öffentlicher Verkehr	6,9	7,1	7,9	8,0	8,7	9,0
Luftfahrt	0,7	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>1,4</b>	<b>1,2</b>	<b>1,1</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>
Umweltschutz	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6
Schutz vor Naturgefahren	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4
Naturschutz	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>8,1</b>	<b>8,0</b>	<b>8,6</b>	<b>7,6</b>	<b>7,0</b>	<b>6,3</b>
Landwirtschaft und Ernährung	8,1	8,0	8,6	7,6	7,0	6,3

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008 und 2009. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

### B33 Struktur der Aufgabengebiete

Fortsetzung % Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1987-1991	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Wirtschaft</b>	<b>2,2</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>1,4</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>
Wirtschaftsordnung	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	1,4	0,8	0,5	0,5	0,3	0,3
Energie	0,1	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
Forstwirtschaft	0,5	0,4	0,3	0,4	0,1	0,0
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>13,2</b>	<b>14,3</b>	<b>14,9</b>	<b>15,7</b>	<b>16,7</b>	<b>18,5</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	7,4	7,1	7,4	8,2	9,4	7,5
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	5,8	7,2	7,5	7,6	7,3	6,1
Finanzausgleich	–	–	–	–	–	4,8

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008 und 2009. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2009**

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2009	Instituti- onelle und finanzielle Voraus- setzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>58 228</b>	<b>2 482</b>	<b>890</b>	<b>2 587</b>	<b>4 515</b>	<b>5 715</b>	<b>395</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 533</b>	<b>2 072</b>	<b>685</b>	<b>694</b>	<b>3 918</b>	<b>241</b>	<b>142</b>
Personalausgaben	4 828	1 285	596	541	1 415	142	99
Sach- und Betriebsausgaben	3 611	787	90	154	1 408	99	43
Rüstungsausgaben	1 095	–	–	–	1 095	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	0	-1	–	0	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>38 194</b>	<b>38</b>	<b>144</b>	<b>1 834</b>	<b>164</b>	<b>5 231</b>	<b>216</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 116	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	780	–	65	–	15	0	3
Beiträge an eigene Institutionen	2 723	–	–	–	–	2 213	30
Beiträge an Dritte	13 290	38	79	1 834	149	3 018	183
Beiträge an Sozialversicherungen	14 285	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>3 255</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 245</b>	<b>372</b>	<b>61</b>	<b>59</b>	<b>434</b>	<b>244</b>	<b>38</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 512	365	35	3	433	163	2
Immaterielle Anlagen	39	7	8	–	1	–	–
Darlehen	599	–	–	26	–	–	–
Beteiligungen	30	–	–	30	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 065	–	17	–	–	81	36

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>276</b>	<b>18 049</b>	<b>8 099</b>	<b>726</b>	<b>3 692</b>	<b>560</b>	<b>10 241</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>182</b>	<b>383</b>	<b>626</b>	<b>154</b>	<b>110</b>	<b>150</b>	<b>179</b>
Personalausgaben	54	264	155	93	81	104	–
Sach- und Betriebsausgaben	128	119	471	60	29	46	179
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	–	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>92</b>	<b>17 605</b>	<b>2 096</b>	<b>252</b>	<b>3 446</b>	<b>270</b>	<b>6 807</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 596	389	132	–	–	3 999
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	670	22	3	2	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	–	–	480	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	92	150	1 205	117	3 349	270	2 808
Beiträge an Sozialversicherungen	–	14 189	–	–	96	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>3 255</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>2</b>	<b>62</b>	<b>5 377</b>	<b>321</b>	<b>136</b>	<b>140</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 502	3	2	3	–
Immaterielle Anlagen	–	10	11	0	3	0	–
Darlehen	–	50	472	–	49	3	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	2	3 392	318	83	135	–

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2008**

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2008	Institutio- nelle und finanzielle Voraus- setzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>56 598</b>	<b>2 273</b>	<b>836</b>	<b>2 394</b>	<b>4 537</b>	<b>5 339</b>	<b>429</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 107</b>	<b>1 884</b>	<b>659</b>	<b>599</b>	<b>3 937</b>	<b>224</b>	<b>135</b>
Personalausgaben	4 555	1 167	570	483	1 367	131	94
Sach- und Betriebsausgaben	3 323	718	90	115	1 339	92	42
Rüstungsausgaben	1 228	–	–	–	1 228	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	-2	-1	–	2	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>37 146</b>	<b>28</b>	<b>130</b>	<b>1 753</b>	<b>201</b>	<b>4 878</b>	<b>260</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 414	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	773	–	56	–	24	0	14
Beiträge an eigene Institutionen	2 573	–	–	–	–	2 093	30
Beiträge an Dritte	12 646	28	75	1 753	177	2 785	216
Beiträge an Sozialversicherungen	13 740	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>3 791</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>9</b>	<b>–</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>6 554</b>	<b>361</b>	<b>47</b>	<b>43</b>	<b>398</b>	<b>228</b>	<b>33</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 265	349	26	4	397	140	2
Immaterielle Anlagen	31	11	4	–	1	–	–
Darlehen	366	–	–	8	–	–	–
Beteiligungen	31	–	–	31	–	–	–
Investitionsbeiträge	3 861	–	17	–	–	88	31

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>220</b>	<b>17 434</b>	<b>7 538</b>	<b>651</b>	<b>3 551</b>	<b>405</b>	<b>10 991</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>133</b>	<b>347</b>	<b>515</b>	<b>136</b>	<b>105</b>	<b>227</b>	<b>207</b>
Personalausgaben	50	233	137	85	75	162	–
Sach- und Betriebsausgaben	83	114	378	51	30	65	207
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	0	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>84</b>	<b>17 079</b>	<b>2 028</b>	<b>250</b>	<b>3 302</b>	<b>150</b>	<b>7 002</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 619	388	130	–	–	4 277
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	658	18	3	–	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	–	–	450	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	84	150	1 173	117	3 214	150	2 725
Beiträge an Sozialversicherungen	–	13 653	–	–	88	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>3 782</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>2</b>	<b>8</b>	<b>4 995</b>	<b>265</b>	<b>144</b>	<b>29</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 337	2	2	4	–
Immaterielle Anlagen	–	4	9	–	1	1	–
Darlehen	–	–	298	–	53	7	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	2	4	3 351	263	89	17	–

#### B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital

Mio. CHF		Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Einlage (+)/ Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand</b>		<b>1 537</b>	<b>1 750</b>	<b>1 727</b>	<b>191</b>
<b>VOC / HEL-Lenkungsabgabe</b>		<b>273</b>	<b>259</b>	<b>269</b>	<b>-3</b>
606	E1100.0111/112/113 Lenkungsabgaben auf VOC	135	125	124	
606	E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	5	5	4	
810	A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgaben VOC	-130	-131	-131	
<b>CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen (ab 2008)</b>		<b>221</b>	<b>469</b>	<b>443</b>	<b>222</b>
606	E1900.0106 CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	219	230	217	
606	E1100.0121 CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	
606	E1400.0114 Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	2	7	5	
606	A2111.0259 Aufwandschädigung CO <sub>2</sub> -Abgabe an Ausgleichskassen	-	-	-	
810	A2300.0112 Rückverteilung CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	
<b>Spielbankenabgabe</b>		<b>904</b>	<b>914</b>	<b>870</b>	<b>-34</b>
318	E1100.0119 Spielbankenabgabe	455	482	415	
318	A2300.0110 Spielbankenabgabe für die AHV	-407	-449	-449	
<b>Filmförderung</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
306	E1300.0146 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter Einnahmeanteil	-	-	0	
306	A2310.0454 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter	-	-	0	
<b>Altlastenfonds</b>		<b>103</b>	<b>74</b>	<b>107</b>	<b>4</b>
810	E1100.0100 Altlastenabgabe	28	26	27	
810	A2310.0131 Sanierung von Altlasten	-29	-40	-23	
<b>Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern</b>		<b>32</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>-</b>
318	E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
<b>Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung (ab 2007)</b>		<b>4</b>	<b>2</b>	<b>6</b>	<b>2</b>
808	E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	3	2	3	
808	A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-1	-1	-1	
808	A6210.0146 Archivierung Programme	-	-	0	
808	A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	-	-1	0	
<b>Krankenversicherung</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	867	890	841	
606	E1100.0109 (Teil) Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	-	-	-	
316	A2310.0110 (Teil) Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-867	-890	-841	
<b>Alters- und Hinterlassenenversicherung</b>		<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 213	2 295	2 148	
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	453	465	440	
606	E1100.0102 Tabaksteuer	2 186	2 067	1 987	
601	E1200.0101 Reingewinn Alkoholverwaltung	235	223	246	
318	A2310.0327 (Teil) Leistungen des Bundes an die AHV	-2 874	-2 755	-2 672	
318	A2310.0328 (Teil) Leistungen des Bundes an die IV				
318	A2310.0329 (Teil) Ergänzungsleistungen zur AHV				
318	A2310.0384 (Teil) Ergänzungsleistungen zur IV				
605	A2300.0105 Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 213	-2 295	-2 148	

#### Hinweise:

- Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.
- Der Aufwand für die Einlage in den Fonds «CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen» von 217 Mio. ist als ausserordentlicher Posten geführt.
- Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste

**B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital**

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand</b>	<b>2 808</b>	<b>2 210</b>	<b>2 934</b>	<b>126</b>
<b>Spezialfinanzierung Strassenverkehr</b>	<b>2 722</b>	<b>2 124</b>	<b>2 848</b>	<b>126</b>
Einnahmen	4 242	3 806	3 936	
Ausgaben	-6 129	-3 807	-3 810	
<b>Investitionsrisikogarantie</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>0</b>
704 E1300.0001 (Teil) Gebühren	0	-	0	
704 A2310.0366 Investitionsrisikogarantie	0	-	0	
<b>Bundeskriegstransportversicherung</b>	<b>54</b>	<b>54</b>	<b>54</b>	<b>0</b>
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	-	0	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	-	0	

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

### B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R2008 %	
<b>Einnahmen</b>	<b>3 947</b>	<b>3 806</b>	<b>3 936</b>	<b>-11</b>	<b>-0,3</b>
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-31	-32	-32	-1	4,7
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 555	1 505	1 543	-12	-0,8
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 089	2 020	2 072	-17	-0,8
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	333	313	351	18	5,4
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	1	-	2	2	267,8
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	0	0	0	0	-57,3
<b>Ausgaben</b>	<b>6 129</b>	<b>3 807</b>	<b>3 810</b>	<b>-2 320</b>	<b>-37,8</b>
<b>Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)</b>	<b>1 299</b>	<b>1 531</b>	<b>1 419</b>	<b>121</b>	<b>9,3</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	301	307	302	1	0,2
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	998	1 223	1 118	120	12,0
<b>Infrastrukturfonds</b>	<b>3 437</b>	<b>850</b>	<b>990</b>	<b>-2 447</b>	<b>-71,2</b>
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	837	850	990	153	18,3
806 A8900.0100 a.o. Ersteinlage Infrastrukturfonds	2 600	-	-	-2 600	-100,0
<b>Hauptstrassen</b>	<b>163</b>	<b>165</b>	<b>165</b>	<b>2</b>	<b>1,5</b>
806 A8300.0107 Hauptstrassen	163	165	165	2	1,5
<b>Übrige werkgebundene Beiträge</b>	<b>597</b>	<b>605</b>	<b>570</b>	<b>-27</b>	<b>-4,6</b>
802 A2310.0214 Abgeltung kombinierter Verkehr	215	227	211	-4	-2,1
802 A2310.0215 Autoverlad	3	4	2	-1	-17,9
802 A4200.0115 Darlehen kombinierter Verkehr	8	-	-	-8	-100,0
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	7	7	4	-3	-39,2
802 A4300.0121 Anschlussgleise	21	22	22	0	1,5
802 A4300.0122 Investitionsbeiträge kombinierter Verkehr	4	-	-	-4	-100,0
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	339	312	301	-38	-11,1
802 A4300.0141 Terminalanlagen	-	34	29	29	-
806 A8300.0108 Niveauübergänge	0	-	1	1	496,6
<b>Nicht werkgebundene Beiträge</b>	<b>388</b>	<b>374</b>	<b>389</b>	<b>1</b>	<b>0,4</b>
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	380	366	381	1	0,4
806 A6210.0139 Kantone ohne Nationalstrassen	8	7	8	0	0,4
<b>Forschung und Verwaltung</b>	<b>126</b>	<b>134</b>	<b>134</b>	<b>8</b>	<b>6,3</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	124	130	131	8	6,3
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	2	4	2	0	5,4
<b>Umweltschutz</b>	<b>72</b>	<b>77</b>	<b>78</b>	<b>6</b>	<b>8,2</b>
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	1,5
810 A2310.0134 Wald	44	46	48	4	8,0
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	20	23	23	3	13,2
810 A4300.0139 Lärmschutz	7	7	7	0	-4,2

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandskredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

### B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R2008	
				absolut	%
<b>Heimat- und Landschaftsschutz</b>	<b>14</b>	<b>14</b>	<b>13</b>	<b>-1</b>	<b>-5,3</b>
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	10	11	11	0	1,7
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	1	-1	-45,7
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	-	-
<b>Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten</b>	<b>34</b>	<b>58</b>	<b>52</b>	<b>17</b>	<b>50,7</b>
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	34	43	42	8	21,9
810 A4300.0142 Unwetter 2005 Kanton Obwalden	-	14	10	10	-
<b>Saldo</b>	<b>-2 182</b>	<b>-1</b>	<b>126</b>	<b>2 308</b>	<b>105,8</b>
<b>Abgrenzung aus NRM Eröffnungsbilanz 1.1.2007</b>	<b>295</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-295</b>	<b>-100,0</b>
<b>Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr</b>	<b>2 722</b>	<b>2 720</b>	<b>2 848</b>	<b>126</b>	<b>4,6</b>

Hinweise:

- Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.
- Bei der Einführung von NRM per 1.1.2007 wurde bei der Eidgenössischen Zollverwaltung auf die periodengerechte Verbuchung der Einnahmen umgestellt. Bei den Mineralölsteuern (inkl. Zuschlag) führte dies zu einer einmaligen Zunahme des Forderungsbestandes für die Einnahmen des Dezembers 2006 in der Höhe von rund 420 Millionen. Für den zweckgebundenen Anteil im Betrag von 294,5 Millionen wurde ebenfalls in der Eröffnungsbilanz per 1.1.2007 eine Abgrenzung gebildet, welche im 2008 - nach Genehmigung der Eröffnungsbilanz - der Spezialfinanzierung gutgeschrieben wurde.



## C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008	
							absolut	%
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>50 962</b>	<b>54 617</b>	<b>58 000</b>	<b>64 047</b>	<b>60 525</b>	<b>64 146</b>	<b>98</b>	<b>0,2</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>47 520</b>	<b>50 873</b>	<b>51 836</b>	<b>58 052</b>	<b>55 514</b>	<b>56 790</b>	<b>-1 262</b>	<b>-2,2</b>
Direkte Bundessteuer	12 213	14 230	15 389	17 513	17 670	17 877	365	2,1
Verrechnungssteuer	4 000	3 947	2 730	5 760	3 019	5 280	-480	-8,3
Stempelabgaben	2 703	2 889	2 990	2 975	2 600	2 806	-169	-5,7
Mehrwertsteuer	18 119	19 018	19 684	20 512	21 240	19 830	-682	-3,3
Übrige Verbrauchssteuern	7 132	7 259	7 380	7 517	7 229	7 279	-238	-3,2
Mineralölsteuer	4 979	4 994	5 086	5 222	5 055	5 183	-39	-0,7
Tabaksteuer	2 051	2 161	2 186	2 186	2 067	1 987	-199	-9,1
Biersteuer	102	104	107	110	107	110	0	-0,2
Verkehrsabgaben	1 848	1 938	2 016	2 137	2 123	2 114	-23	-1,1
Automobilsteuer	310	320	358	363	350	312	-51	-14,1
Nationalstrassenabgabe	306	313	322	333	313	351	18	5,4
Schwerverkehrsabgabe	1 231	1 306	1 336	1 441	1 460	1 452	10	0,7
Kombinierter Verkehr	1	-	-	-	-	-	-	-
Zölle	974	1 027	1 040	1 017	1 000	1 033	16	1,6
Spielbankenabgabe	357	406	449	455	482	415	-40	-8,8
Lenkungsabgaben	170	148	156	163	151	151	-12	-7,2
Lenkungsabgabe VOC	143	127	127	135	125	124	-11	-8,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	1	1	0	0	-	0	0	-109,7
Altlastenabgabe	26	21	28	28	26	27	-1	-1,8
Übriger Fiskalertrag	4	9	3	3	0	4	2	51,4
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 307</b>	<b>1 265</b>	<b>1 331</b>	<b>1 284</b>	<b>1 303</b>	<b>1 350</b>	<b>66</b>	<b>5,1</b>
Anteil Reingewinn	223	221	223	235	223	246	11	4,7
Alkoholverwaltung								
Gewinnablieferung SNB	967	833	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumschlags	-	-	45	42	43	53	11	27,6
Ertrag aus	82	158	193	148	178	182	34	23,2
Kontingentsversteigerungen								
Übrige Regalien und Konzessionen	35	53	36	26	26	36	9	35,6
<b>Finanzertrag</b>	<b>911</b>	<b>1 089</b>	<b>2 969</b>	<b>2 740</b>	<b>1 367</b>	<b>3 075</b>	<b>336</b>	<b>12,2</b>
Zinsertrag	335	478	690	659	514	477	-182	-27,7
Finanzanlagen	119	222	334	248	92	10	-237	-95,8
Darlehen	200	88	166	175	170	206	31	17,8
Vorschuss FEG	-	147	181	226	238	177	-49	-21,7
Übriger Zinsertrag	16	21	9	11	13	84	73	659,3
Kursgewinne	-	-	96	86	-	49	-37	-43,3
Beteiligungsertrag	576	611	1	1	0	0	0	-37,2
Zunahme von Equitywerten	-	-	1 860	1 807	845	2 179	372	20,6
Übriger Finanzertrag	0	0	322	187	8	370	183	98,0

**C01 Ertrag nach Kontengruppen**

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	%
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 224</b>	<b>1 390</b>	<b>1 844</b>	<b>1 970</b>	<b>2 326</b>	<b>2 893</b>	<b>923</b>	<b>46,9</b>
Entgelte	1 162	1 323	1 387	1 508	1 222	1 354	-154	-10,2
Wehrpflichtersatzabgabe	129	142	138	140	135	148	7	5,1
Gebühren	263	280	291	305	199	227	-78	-25,5
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	44	48	73	79	68	80	1	1,3
Verkäufe	159	173	196	183	162	149	-34	-18,7
Rückerstattungen	191	256	113	231	61	173	-58	-25,0
EU Zinsbesteuerung	-	36	121	147	169	166	19	13,0
Übrige Entgelte	377	388	455	423	428	412	-11	-2,7
Verschiedener Ertrag	62	67	457	462	1 103	1 539	1 077	233,3
Liegenschaftenertrag	50	53	315	354	337	357	3	0,9
Übriger verschiedener Ertrag	12	14	141	108	767	1 181	1 074	996,9
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>21</b>	<b>2</b>	<b>15</b>	<b>37</b>	<b>35</b>	<b>1 978,9</b>

## C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut %	
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>44 814</b>	<b>45 953</b>	<b>54 289</b>	<b>56 587</b>	<b>58 530</b>	<b>57 726</b>	<b>1 139</b>	<b>2,0</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>8 282</b>	<b>8 187</b>	<b>9 573</b>	<b>11 406</b>	<b>12 168</b>	<b>11 929</b>	<b>523</b>	<b>4,6</b>
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 375</b>	<b>4 325</b>	<b>4 492</b>	<b>4 501</b>	<b>4 802</b>	<b>4 812</b>	<b>312</b>	<b>6,9</b>
Personalbezüge	3 657	3 629	3 665	3 767	3 962	3 948	182	4,8
Arbeitgeberbeiträge	497	492	590	611	677	752	141	23,1
Arbeitgeberleistungen	163	160	189	65	73	42	-23	-35,3
Übriger Personalaufwand	59	44	48	58	90	70	12	20,9
<b>Sach- und Betriebsaufwand</b>	<b>2 638</b>	<b>2 683</b>	<b>3 238</b>	<b>3 762</b>	<b>4 101</b>	<b>4 120</b>	<b>358</b>	<b>9,5</b>
Material- und Warenaufwand	10	11	225	269	317	237	-32	-12,0
Betriebsaufwand	2 628	2 672	3 013	3 139	3 382	3 470	331	10,6
Liegenschaften	441	423	439	445	305	552	108	24,2
Mieten und Pachten	144	142	152	153	162	150	-2	-1,4
Informatik	133	151	295	434	547	488	54	12,4
Beratungsaufwand	327	340	468	263	272	252	-11	-4,3
Betriebsaufwand der Armee	784	784	718	794	837	809	15	1,9
Abschreibungen auf Forderungen	-	-	192	170	256	205	35	20,4
Übriger Betriebsaufwand	799	833	749	880	1 002	1 014	134	15,2
Betrieblicher Unterhalt	-	-	-	354	402	412	59	16,6
Nationalstrassen								
<b>Rüstungsaufwand</b>	<b>1 269</b>	<b>1 178</b>	<b>1 168</b>	<b>1 228</b>	<b>1 092</b>	<b>1 095</b>	<b>-134</b>	<b>-10,9</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	131	143	145	147	120	120	-27	-18,4
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	285	295	289	290	289	292	2	0,8
Rüstungsmaterial	853	740	734	792	683	683	-109	-13,8
<b>Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>675</b>	<b>1 914</b>	<b>2 173</b>	<b>1 902</b>	<b>-13</b>	<b>-0,7</b>
Gebäude	-	-	553	611	560	359	-251	-41,2
Nationalstrassen	-	-	-	1 176	1 421	1 390	213	18,1
Übrige Abschreibungen	-	-	122	127	192	153	25	20,0
<b>Transferaufwand</b>	<b>32 822</b>	<b>33 661</b>	<b>40 604</b>	<b>41 254</b>	<b>42 699</b>	<b>42 445</b>	<b>1 191</b>	<b>2,9</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeserträgen</b>	<b>7 226</b>	<b>8 098</b>	<b>8 624</b>	<b>7 414</b>	<b>7 066</b>	<b>7 116</b>	<b>-298</b>	<b>-4,0</b>
Kantonsanteile	4 954	5 607	5 999	4 665	4 194	4 388	-277	-5,9
Anteile der Sozialversicherungen	2 163	2 363	2 478	2 619	2 744	2 596	-23	-0,9
Rückverteilung Lenkungsabgaben	109	127	147	130	129	132	2	1,6
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>1 084</b>	<b>986</b>	<b>955</b>	<b>785</b>	<b>676</b>	<b>778</b>	<b>-7</b>	<b>-0,9</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>2 072</b>	<b>2 075</b>	<b>2 527</b>	<b>2 573</b>	<b>2 667</b>	<b>2 723</b>	<b>150</b>	<b>5,8</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>9 662</b>	<b>9 719</b>	<b>9 744</b>	<b>12 668</b>	<b>13 380</b>	<b>13 279</b>	<b>611</b>	<b>4,8</b>
Finanzausgleich	-	-	-	2 725	2 803	2 808	83	3,0
Internationale Organisationen	1 200	1 178	1 297	1 482	1 540	1 496	14	0,9
Übrige Beiträge an Dritte	8 462	8 541	8 447	8 461	9 037	8 976	514	6,1
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>12 778</b>	<b>12 783</b>	<b>13 417</b>	<b>13 582</b>	<b>14 450</b>	<b>14 280</b>	<b>698</b>	<b>5,1</b>
AHV / IV / ALV	9 712	9 703	10 187	10 524	11 185	10 915	391	3,7
Übrige Sozialversicherungen	3 065	3 080	3 230	3 058	3 265	3 365	307	10,0
<b>Wertberichtigung</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>4 966</b>	<b>3 861</b>	<b>4 120</b>	<b>4 065</b>	<b>205</b>	<b>5,3</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>372</b>	<b>372</b>	<b>342</b>	<b>203</b>	<b>-168</b>	<b>-45,3</b>

Hinweise:

- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

- Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

## C02 Aufwand nach Kontengruppen

Fortsetzung Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	%
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 711</b>	<b>4 105</b>	<b>4 013</b>	<b>3 864</b>	<b>3 622</b>	<b>3 341</b>	<b>-524</b>	<b>-13,6</b>
<b>Zinsaufwand</b>	<b>3 577</b>	<b>3 993</b>	<b>3 635</b>	<b>3 334</b>	<b>3 468</b>	<b>3 042</b>	<b>-293</b>	<b>-8,8</b>
Anleihen	2 945	3 339	3 096	2 939	2 893	2 785	-154	-5,2
Geldmarktbuchforderungen	110	196	228	165	321	9	-156	-94,5
Übriger Zinsaufwand	522	458	312	230	254	248	17	7,5
<b>Kursverluste</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>54</b>	<b>77</b>	<b>-</b>	<b>26</b>	<b>-52</b>	<b>-66,5</b>
<b>Kapitalbeschaffungsaufwand</b>	<b>134</b>	<b>112</b>	<b>143</b>	<b>134</b>	<b>138</b>	<b>128</b>	<b>-6</b>	<b>-4,3</b>
<b>Abnahme von Equitywerten</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>7</b>	<b>-</b>	<b>5</b>	<b>-1</b>	<b>-15,8</b>
<b>Übriger Finanzaufwand</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>181</b>	<b>312</b>	<b>16</b>	<b>140</b>	<b>-173</b>	<b>-55,3</b>
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>98</b>	<b>63</b>	<b>40</b>	<b>11</b>	<b>-52</b>	<b>-82,1</b>

### Hinweise:

- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.
- Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

### C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	2005-2009
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>5,7</b>	<b>7,2</b>	<b>6,2</b>	<b>10,4</b>	<b>-5,5</b>	<b>0,2</b>	<b>5,9</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>5,9</b>	<b>7,1</b>	<b>1,9</b>	<b>12,0</b>	<b>-4,4</b>	<b>-2,2</b>	<b>4,6</b>
Direkte Bundessteuer	3,3	16,5	8,1	13,8	0,9	2,1	10,0
Verrechnungssteuer	52,2	-1,3	-30,8	111,0	-47,6	-8,3	7,2
Stempelabgaben	-1,9	6,9	3,5	-0,5	-12,6	-5,7	0,9
Mehrwertsteuer	2,6	5,0	3,5	4,2	3,5	-3,3	2,3
Übrige Verbrauchssteuern	0,8	1,8	1,7	1,9	-3,8	-3,2	0,5
Verkehrsabgaben	31,0	4,9	4,0	6,0	-0,7	-1,1	3,4
Zölle	-7,6	5,5	1,3	-2,2	-1,7	1,6	1,5
Verschiedener Fiskalertrag	17,8	6,3	7,6	2,2	1,9	-8,1	1,8
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>5,6</b>	<b>-3,2</b>	<b>5,2</b>	<b>-3,5</b>	<b>1,5</b>	<b>5,1</b>	<b>0,8</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>8,6</b>	<b>19,5</b>	<b>172,7</b>	<b>-7,7</b>	<b>-50,1</b>	<b>12,2</b>	<b>35,5</b>
Beteiligungsertrag	5,2	6,1	-99,9	-31,9	-62,4	-37,2	-84,0
Zunahme von Equitywerten	-	-	-	-2,9	-53,2	20,6	-
Übriger Finanzertrag	14,9	42,6	131,7	-15,9	-44,1	-3,9	27,9
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>-3,6</b>	<b>13,6</b>	<b>32,7</b>	<b>6,8</b>	<b>18,1</b>	<b>46,9</b>	<b>24,0</b>
Entgelte	-3,5	13,8	4,8	8,7	-18,9	-10,2	3,9
Verschiedener Ertrag	-4,4	8,1	585,8	1,1	139,0	233,3	123,5
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-91,3</b>	<b>751,6</b>	<b>1 978,9</b>	<b>-</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>1,7</b>	<b>2,5</b>	<b>18,1</b>	<b>4,2</b>	<b>3,4</b>	<b>2,0</b>	<b>6,5</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>-2,3</b>	<b>-1,1</b>	<b>16,9</b>	<b>19,1</b>	<b>6,7</b>	<b>4,6</b>	<b>9,6</b>
Personalaufwand	-2,1	-1,1	3,9	0,2	6,7	6,9	2,4
Sach- und Betriebsaufwand	-1,0	1,7	20,7	16,2	9,0	9,5	11,8
Rüstungsaufwand	-5,8	-7,1	-0,9	5,2	-11,1	-10,9	-3,6
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	-	-	-	183,4	13,5	-0,7	-
<b>Transferaufwand</b>	<b>1,9</b>	<b>2,6</b>	<b>20,6</b>	<b>1,6</b>	<b>3,5</b>	<b>2,9</b>	<b>6,6</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	10,5	12,1	6,5	-14,0	-4,7	-4,0	-0,4
Entschädigungen an Gemeinwesen	184,9	-9,1	-3,1	-17,8	-13,9	-0,9	-8,0
Beiträge an eigene Institutionen	-5,8	0,2	21,8	1,8	3,6	5,8	7,1
Beiträge an Dritte	-8,6	0,6	0,3	30,0	5,6	4,8	8,3
Beiträge an Sozialversicherungen	2,2	0,0	5,0	1,2	6,4	5,1	2,8
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-	-	-	-22,3	6,7	5,3	-
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	-	-	-	0,0	-8,0	-45,3	-
<b>Finanzaufwand</b>	<b>9,5</b>	<b>10,6</b>	<b>-2,2</b>	<b>-3,7</b>	<b>-6,3</b>	<b>-13,6</b>	<b>-2,6</b>
Zinsaufwand	12,9	11,6	-9,0	-8,3	4,0	-8,8	-4,0
Abnahme von Equitywerten	-	-	-	-	-100,0	-15,8	-
Übriger Finanzaufwand	-39,4	-16,5	238,5	38,3	-70,6	-43,9	21,7
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-36,2</b>	<b>-35,7</b>	<b>-82,1</b>	<b>-</b>

Hinweise:

- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

- Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

#### C04 Struktur von Ertrag und Aufwand

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>93,2</b>	<b>93,1</b>	<b>89,4</b>	<b>90,6</b>	<b>91,7</b>	<b>88,5</b>
Direkte Bundessteuer	24,0	26,1	26,5	27,3	29,2	27,9
Verrechnungssteuer	7,8	7,2	4,7	9,0	5,0	8,2
Stempelabgaben	5,3	5,3	5,2	4,6	4,3	4,4
Mehrwertsteuer	35,6	34,8	33,9	32,0	35,1	30,9
Übrige Verbrauchssteuern	14,0	13,3	12,7	11,7	11,9	11,3
Verkehrsabgaben	3,6	3,5	3,5	3,3	3,5	3,3
Zölle	1,9	1,9	1,8	1,6	1,7	1,6
Verschiedener Fiskalertrag	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>2,6</b>	<b>2,3</b>	<b>2,3</b>	<b>2,0</b>	<b>2,2</b>	<b>2,1</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>5,1</b>	<b>4,3</b>	<b>2,3</b>	<b>4,8</b>
Beteiligungsertrag	1,1	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	–	–	3,2	2,8	1,4	3,4
Übriger Finanzertrag	0,7	0,9	1,9	1,5	0,9	1,4
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>2,4</b>	<b>2,5</b>	<b>3,2</b>	<b>3,1</b>	<b>3,8</b>	<b>4,5</b>
Entgelte	2,3	2,4	2,4	2,4	2,0	2,1
Verschiedener Ertrag	0,1	0,1	0,8	0,7	1,8	2,4
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>18,5</b>	<b>17,8</b>	<b>17,6</b>	<b>20,2</b>	<b>20,8</b>	<b>20,7</b>
Personalaufwand	9,8	9,4	8,3	8,0	8,2	8,3
Sach- und Betriebsaufwand	5,9	5,8	6,0	6,6	7,0	7,1
Rüstungsaufwand	2,8	2,6	2,2	2,2	1,9	1,9
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	1,2	3,4	3,7	3,3
<b>Transferaufwand</b>	<b>73,2</b>	<b>73,3</b>	<b>74,8</b>	<b>72,9</b>	<b>73,0</b>	<b>73,5</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	16,1	17,6	15,9	13,1	12,1	12,3
Entschädigungen an Gemeinwesen	2,4	2,1	1,8	1,4	1,2	1,3
Beiträge an eigene Institutionen	4,6	4,5	4,7	4,5	4,6	4,7
Beiträge an Dritte	21,6	21,2	17,9	22,4	22,9	23,0
Beiträge an Sozialversicherungen	28,5	27,8	24,7	24,0	24,7	24,7
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	–	–	9,1	6,8	7,0	7,0
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	–	–	0,7	0,7	0,6	0,4
<b>Finanzaufwand</b>	<b>8,3</b>	<b>8,9</b>	<b>7,4</b>	<b>6,8</b>	<b>6,2</b>	<b>5,8</b>
Zinsaufwand	8,0	8,7	6,7	5,9	5,9	5,3
Abnahme von Equitywerten	–	–	–	0,0	–	0,0
Übriger Finanzaufwand	0,3	0,2	0,7	0,9	0,3	0,5
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>

Hinweise:

– Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

– Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2009**

Mio. CHF	Total Rechnung 2009	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	efd	EVD	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>64 146</b>	<b>18</b>	<b>56</b>	<b>546</b>	<b>121</b>	<b>208</b>	<b>61 728</b>	<b>302</b>	<b>1 167</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>56 790</b>	–	–	<b>415</b>	–	–	<b>56 343</b>	<b>4</b>	<b>27</b>
Direkte Bundessteuer	17 877	–	–	–	–	–	17 877	–	–
Verrechnungssteuer	5 280	–	–	–	–	–	5 280	–	–
Stempelabgaben	2 806	–	–	–	–	–	2 806	–	–
Mehrwertsteuer	19 830	–	–	–	–	–	19 830	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 279	–	–	–	–	–	7 279	–	–
Verkehrsabgaben	2 114	–	–	–	–	–	2 114	–	–
Zölle	1 033	–	–	–	–	–	1 033	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	570	–	–	415	–	–	124	4	27
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 350</b>	–	–	–	–	–	<b>1 132</b>	<b>182</b>	<b>36</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>3 075</b>	–	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>3 052</b>	<b>21</b>	<b>1</b>
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	2 179	–	–	–	–	–	2 179	–	–
Übriger Finanzertrag	896	–	0	1	0	0	873	21	1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>2 893</b>	<b>18</b>	<b>56</b>	<b>130</b>	<b>121</b>	<b>208</b>	<b>1 163</b>	<b>95</b>	<b>1 102</b>
Entgelte	1 354	18	54	128	101	139	750	93	69
Verschiedener Ertrag	1 539	0	1	2	19	69	413	1	1 033
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>37</b>	–	–	–	–	–	<b>37</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>57 726</b>	<b>298</b>	<b>2 225</b>	<b>19 367</b>	<b>1 298</b>	<b>4 657</b>	<b>15 058</b>	<b>6 032</b>	<b>8 790</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>11 929</b>	<b>298</b>	<b>671</b>	<b>568</b>	<b>517</b>	<b>4 465</b>	<b>2 645</b>	<b>446</b>	<b>2 320</b>
Personalaufwand	4 812	250	507	320	352	1 598	1 153	316	316
Sach- und Betriebsaufwand	4 120	47	159	243	135	1 638	1 162	124	610
Rüstungsaufwand	1 095	–	–	–	–	1 095	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	1 902	0	4	4	30	134	329	6	1 394
<b>Transferaufwand</b>	<b>42 445</b>	–	<b>1 555</b>	<b>18 799</b>	<b>780</b>	<b>193</b>	<b>9 061</b>	<b>5 587</b>	<b>6 470</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 116	–	–	449	–	–	6 147	–	521
Entschädigungen an Gemeinwesen	778	–	–	33	653	63	–	2	26
Beiträge an eigene Institutionen	2 723	–	–	2 181	–	–	–	32	510
Beiträge an Dritte	13 279	–	1 549	2 145	110	125	2 915	4 988	1 446
Beiträge an Sozialversicherungen	14 280	–	–	13 895	–	–	–	385	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 065	–	–	97	17	5	–	101	3 846
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	203	–	5	–	0	–	–	78	120
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 341</b>	–	<b>0</b>	–	–	<b>0</b>	<b>3 341</b>	–	<b>0</b>
Zinsaufwand	3 042	–	–	–	–	0	3 042	–	0
Abnahme von Equitywerten	5	–	–	–	–	–	5	–	–
Übriger Finanzaufwand	293	–	0	–	–	0	293	–	–
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>11</b>	–	–	–	–	–	<b>11</b>	–	–

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2008**

Mio. CHF	Total Rechnung 2008	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>64 047</b>	<b>20</b>	<b>40</b>	<b>541</b>	<b>174</b>	<b>256</b>	<b>62 601</b>	<b>251</b>	<b>165</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>58 052</b>	–	–	<b>455</b>	–	–	<b>57 566</b>	<b>3</b>	<b>28</b>
Direkte Bundessteuer	17 513	–	–	–	–	–	17 513	–	–
Verrechnungssteuer	5 760	–	–	–	–	–	5 760	–	–
Stempelabgaben	2 975	–	–	–	–	–	2 975	–	–
Mehrwertsteuer	20 512	–	–	–	–	–	20 512	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 517	–	–	–	–	–	7 517	–	–
Verkehrsabgaben	2 137	–	–	–	–	–	2 137	–	–
Zölle	1 017	–	–	–	–	–	1 017	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	621	–	–	455	–	–	135	3	28
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 284</b>	–	–	–	–	–	<b>1 110</b>	<b>148</b>	<b>26</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>2 740</b>	–	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2 712</b>	<b>24</b>	<b>2</b>
Beteiligungsertrag	1	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	1 807	–	–	–	–	–	1 807	–	–
Übriger Finanzertrag	932	–	0	1	0	0	905	24	1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 970</b>	<b>20</b>	<b>40</b>	<b>85</b>	<b>174</b>	<b>256</b>	<b>1 210</b>	<b>76</b>	<b>109</b>
Entgelte	1 508	20	40	84	161	196	831	71	106
Verschiedener Ertrag	462	0	0	1	13	60	379	5	3
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>2</b>	–	–	–	–	–	<b>2</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>56 587</b>	<b>263</b>	<b>2 145</b>	<b>18 354</b>	<b>1 265</b>	<b>4 870</b>	<b>15 716</b>	<b>5 564</b>	<b>8 409</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>11 406</b>	<b>263</b>	<b>581</b>	<b>483</b>	<b>492</b>	<b>4 628</b>	<b>2 492</b>	<b>415</b>	<b>2 053</b>
Personalaufwand	4 501	217	461	292	333	1 502	1 109	289	298
Sach- und Betriebsaufwand	3 762	46	116	186	140	1 565	1 014	120	574
Rüstungsaufwand	1 228	–	–	–	–	1 228	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	1 914	0	4	5	18	332	369	5	1 181
<b>Transferaufwand</b>	<b>41 254</b>	–	<b>1 565</b>	<b>17 863</b>	<b>773</b>	<b>242</b>	<b>9 306</b>	<b>5 150</b>	<b>6 356</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 414	–	–	406	–	–	6 490	–	518
Entschädigungen an Gemeinwesen	785	–	–	31	652	81	–	–	21
Beiträge an eigene Institutionen	2 573	–	–	2 061	–	–	–	32	480
Beiträge an Dritte	12 668	–	1 567	1 991	104	159	2 816	4 619	1 413
Beiträge an Sozialversicherungen	13 582	–	–	13 287	–	–	–	295	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	3 861	–	–	86	17	2	–	124	3 630
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	372	–	-2	–	0	–	–	80	294
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 864</b>	–	–	<b>9</b>	–	<b>0</b>	<b>3 855</b>	–	<b>0</b>
Zinsaufwand	3 334	–	–	0	–	0	3 334	–	0
Abnahme von Equitywerten	7	–	–	–	–	–	7	–	–
Übriger Finanzaufwand	523	–	–	9	–	–	514	–	–
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>63</b>	–	–	–	–	–	<b>63</b>	–	–



## D01 Bilanz im Detail

Mio. CHF	2007	2008	2009	Differenz zu 2008	
				absolut	%
<b>Aktiven</b>	<b>64 979</b>	<b>105 024</b>	<b>100 220</b>	<b>-4 803</b>	<b>-4,6</b>
<b>Finanzvermögen</b>	<b>31 965</b>	<b>29 108</b>	<b>27 360</b>	<b>-1 748</b>	<b>-6,0</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>18 773</b>	<b>17 094</b>	<b>13 787</b>	<b>-3 308</b>	<b>-19,3</b>
<b>Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen</b>	<b>546</b>	<b>1 739</b>	<b>2 949</b>	<b>1 210</b>	<b>69,6</b>
Kasse	2	2	6	5	247,4
Post	136	137	187	50	36,5
Bank	408	1 600	2 756	1 156	72,3
<b>Forderungen</b>	<b>6 292</b>	<b>5 943</b>	<b>5 246</b>	<b>-697</b>	<b>-11,7</b>
Steuer- und Zollforderungen	5 290	4 850	4 072	-778	-16,0
Kontokorrente	668	774	942	168	21,7
Andere Forderungen	297	268	181	-87	-32,5
Übrige Forderungen	37	51	51	-1	-1,1
<b>Kurzfristige Finanzanlagen</b>	<b>10 337</b>	<b>7 717</b>	<b>4 212</b>	<b>-3 504</b>	<b>-45,4</b>
Festgelder	8 900	7 500	4 100	-3 400	-45,3
Darlehen	1 355	162	80	-82	-50,6
Positive Wiederbeschaffungswerte	76	49	26	-22	-46,0
Übrige Anlagen	6	6	6	0	0,0
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>1 598</b>	<b>1 696</b>	<b>1 379</b>	<b>-316</b>	<b>-18,7</b>
Zinsen	178	142	30	-112	-79,0
Disagio	552	497	433	-64	-12,8
Übrige aktive Rechnungsabgrenzung	868	1 056	916	-140	-13,3
<b>Anlagevermögen</b>	<b>13 193</b>	<b>12 014</b>	<b>13 573</b>	<b>1 560</b>	<b>13,0</b>
<b>Langfristige Finanzanlagen</b>	<b>13 193</b>	<b>12 014</b>	<b>13 573</b>	<b>1 560</b>	<b>13,0</b>
Festverzinsliche Wertpapiere	1 015	204	50	-154	-75,5
Darlehen	5 130	4 500	6 070	1 570	34,9
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	7 037	7 310	7 453	144	2,0
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>33 014</b>	<b>75 916</b>	<b>72 860</b>	<b>-3 055</b>	<b>-4,0</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>214</b>	<b>224</b>	<b>297</b>	<b>72</b>	<b>32,2</b>
<b>Vorräte</b>	<b>214</b>	<b>224</b>	<b>297</b>	<b>72</b>	<b>32,2</b>
Vorräte aus Kauf	198	210	286	76	36,2
Vorräte aus Eigenfertigung	16	15	11	-4	-25,6
<b>Anlagevermögen</b>	<b>32 800</b>	<b>75 692</b>	<b>72 564</b>	<b>-3 128</b>	<b>-4,1</b>
<b>Sachanlagen</b>	<b>14 472</b>	<b>49 921</b>	<b>51 094</b>	<b>1 173</b>	<b>2,4</b>
Mobilien	313	321	332	11	3,5
Anlagen im Bau	1 132	13 013	8 267	-4 745	-36,5
Aktivierte Einlagen in Sonderrechnungen	-	1 699	1 428	-271	-15,9
Liegenschaften	13 026	12 798	12 975	177	1,4
Nationalstrassen	-	22 090	28 089	5 999	27,2
Anzahlungen auf Sachanlagen	0	-	2	2	-
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>58</b>	<b>97</b>	<b>130</b>	<b>33</b>	<b>34,6</b>
Software	7	46	49	3	6,9
Anlagen im Bau	-	49	81	32	66,4
Übrige immaterielle Anlagen	51	2	0	-2	-99,4
<b>Darlehen</b>	<b>2 963</b>	<b>9 475</b>	<b>3 411</b>	<b>-6 064</b>	<b>-64,0</b>
Allgemeine Verwaltung	2	5 930	2	-5 928	-100,0
Beziehungen zum Ausland	452	430	431	2	0,5
Soziale Wohlfahrt	2 026	1 865	1 739	-126	-6,7
Verkehr	7 204	7 547	7 575	27	0,4
Landwirtschaft	2 356	2 409	2 458	49	2,0
Übrige Volkswirtschaft	222	1 182	1 124	-59	-5,0
Wertberichtigung Darlehen des Verwaltungsvermögens	-9 299	-9 888	-9 917	-29	-0,3
<b>Beteiligungen</b>	<b>15 306</b>	<b>16 199</b>	<b>17 928</b>	<b>1 729</b>	<b>10,7</b>
Namhafte Beteiligungen	15 256	16 151	17 889	1 738	10,8
Übrige Beteiligungen	1 177	1 136	1 122	-14	-1,2
Wertberichtigung Beteiligungen	-1 126	-1 088	-1 083	5	0,4

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008 (Nationalstrassen neu im Eigentum des Bundes).

## D01 Bilanz im Detail

Fortsetzung

Mio. CHF	2007	2008	2009	Differenz zu 2008	
				absolut	%
<b>Passiven</b>	<b>64 979</b>	<b>105 024</b>	<b>100 220</b>	<b>-4 803</b>	<b>-4,6</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>34 399</b>	<b>36 056</b>	<b>29 507</b>	<b>-6 549</b>	<b>-18,2</b>
<b>Laufende Verbindlichkeiten</b>	<b>11 709</b>	<b>13 700</b>	<b>12 659</b>	<b>-1 040</b>	<b>-7,6</b>
Kontokorrente	7 769	10 123	9 143	-980	-9,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2 823	2 102	1 368	-734	-34,9
Verwaltete Stiftungen	94	96	95	0	-0,2
Übrige laufende Verbindlichkeiten	1 022	1 379	2 054	674	48,9
<b>Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>13 122</b>	<b>15 495</b>	<b>10 310</b>	<b>-5 185</b>	<b>-33,5</b>
Geldmarkt	9 056	10 670	6 947	-3 723	-34,9
Bundeseigene Unternehmungen	1 335	1 460	–	-1 460	-100,0
Sparkasse Bundespersonal	2 376	2 739	2 955	216	7,9
Negative Wiederbeschaffungswerte	166	432	397	-36	-8,3
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	190	194	11	-183	-94,4
<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>8 926</b>	<b>6 394</b>	<b>6 094</b>	<b>-300</b>	<b>-4,7</b>
Zinsen	2 351	2 179	2 013	-166	-7,6
Agio	1 783	1 569	1 556	-13	-0,8
Abgrenzung Verrechnungssteuer	4 168	2 225	2 123	-102	-4,6
Übrige passive Rechnungsabgrenzung	624	421	402	-19	-4,4
<b>Kurzfristige Rückstellungen</b>	<b>641</b>	<b>467</b>	<b>443</b>	<b>-23</b>	<b>-5,0</b>
Rückstellungen Restrukturierungen	184	170	142	-28	-16,5
Rückstellungen Leistungen an Arbeitnehmer	292	287	279	-8	-2,7
Übrige Rückstellungen	166	9	22	12	132,7
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>112 323</b>	<b>110 155</b>	<b>104 582</b>	<b>-5 573</b>	<b>-5,1</b>
<b>Langfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>96 147</b>	<b>92 576</b>	<b>87 955</b>	<b>-4 621</b>	<b>-5,0</b>
Bundeseigene Unternehmungen	50	50	1 740	1 690	3 380,0
Anleihen	95 684	92 435	86 119	-6 316	-6,8
Eidg. Technische Hochschulen ETH	34	91	95	5	5,0
<b>Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen</b>	<b>–</b>	<b>2 092</b>	<b>1 793</b>	<b>-299</b>	<b>-14,3</b>
Infrastrukturfonds	–	2 092	1 793	-299	-14,3
<b>Langfristige Rückstellungen</b>	<b>14 919</b>	<b>13 951</b>	<b>13 107</b>	<b>-844</b>	<b>-6,0</b>
Rückstellungen Verrechnungssteuer	9 100	9 800	8 900	-900	-9,2
Übrige Rückstellungen	5 819	4 151	4 207	56	1,4
<b>Verbindlichkeiten ggü. zweckgebundenen Fonds im FK</b>	<b>1 257</b>	<b>1 537</b>	<b>1 727</b>	<b>191</b>	<b>12,4</b>
Lenkungsabgaben	263	494	712	218	44,3
Übrige zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	994	1 043	1 015	-28	-2,6
<b>Eigenkapital</b>	<b>-81 742</b>	<b>-41 187</b>	<b>-33 869</b>	<b>7 318</b>	<b>17,8</b>
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital</b>	<b>4 696</b>	<b>2 808</b>	<b>2 934</b>	<b>126</b>	<b>4,5</b>
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	4 609	2 722	2 848	126	4,6
Übrige zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	86	87	87	0	0,2
<b>Spezialfonds</b>	<b>467</b>	<b>1 229</b>	<b>1 258</b>	<b>29</b>	<b>2,4</b>
<b>Reserven aus Globalbudget</b>	<b>58</b>	<b>79</b>	<b>111</b>	<b>33</b>	<b>41,5</b>
Allgemeine Reserven aus Globalbudget	21	27	35	8	30,0
Zweckgebundene Reserven aus Globalbudget	37	52	76	25	47,4
<b>Restatementreserve</b>	<b>144</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Übriges Eigenkapital</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>104,9</b>
<b>Bilanzfehlbetrag</b>	<b>-87 107</b>	<b>-45 302</b>	<b>-38 173</b>	<b>7 130</b>	<b>15,7</b>

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008 (Nationalstrassen neu im Eigentum des Bundes).

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

CHF	2008			2009		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>Darlehen</b>	<b>19 363 297 654</b>	<b>-9 888 125 693</b>	<b>9 475 171 961</b>	<b>13 328 901 473</b>	<b>-9 917 418 493</b>	<b>3 411 482 980</b>
<b>201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Zusammenarbeit</b>	<b>355 449 933</b>	<b>-131 744 600</b>	<b>223 705 333</b>	<b>368 064 842</b>	<b>-137 134 800</b>	<b>230 930 042</b>
Darlehen an die FIPOI	348 686 713	-131 744 600	216 942 113	361 840 513	-137 134 800	224 705 713
Darlehen Weltpostverein	4 509 115	–	4 509 115	4 133 355	–	4 133 355
Darlehen für Ausrüstung	2 254 105	–	2 254 105	2 090 974	–	2 090 974
<b>420 Bundesamt für Migration</b>	<b>42 729 059</b>	<b>-969 322</b>	<b>41 759 737</b>	<b>40 626 892</b>	<b>–</b>	<b>40 626 892</b>
Darlehen für Unterkünfte Asylsuchende (AsylG Art. 90)	41 624 737	–	41 624 737	40 491 892	–	40 491 892
Darlehen Betriebsvorschuss an OSP AG	135 000	–	135 000	135 000	–	135 000
Darlehen Flüchtlinge	969 322	-969 322	–	–	–	–
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>5 928 000 000</b>	<b>-28 000 000</b>	<b>5 900 000 000</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Pflichtwandelanleihe UBS	5 928 000 000	-28 000 000	5 900 000 000	–	–	–
<b>704 Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	<b>1 178 467 396</b>	<b>-340 955 661</b>	<b>837 511 735</b>	<b>1 112 006 786</b>	<b>-328 845 885</b>	<b>783 160 900</b>
Regionalentwicklung	954 023 303	-169 500 000	784 523 303	898 406 673	-158 100 000	740 306 673
SGH Darlehen für Hotelerneuerung und -entschuldung	87 071 082	-87 071 082	–	87 071 082	-87 071 082	–
SGH Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Darlehen	48 625 000	-48 625 000	–	48 625 000	-48 625 000	–
Indonesien, Mischkredit	37 642 858	-13 600 001	24 042 858	34 000 000	-12 142 857	21 857 143
SOFI Studienfinanzierungsfonds	10 859 710	-10 859 710	–	10 859 710	-10 859 710	–
Darlehen BG Mitte, Bürgschaften für KMU	8 000 000	–	8 000 000	8 000 000	–	8 000 000
Jugoslawien, Beitrittskosten EBRD	11 210 420	3 144 092	14 354 512	5 518 976	3 106 494	8 625 470
Darlehen Kurs- und Erholungszentrum Fiesch	4 440 000	-4 440 000	–	4 440 000	-4 440 000	–
Konsolidierungsabkommen, Pakistan III	3 589 635	-1 430 390	2 159 245	3 589 635	-1 435 854	2 153 781
Konsolidierungsabkommen, Sudan I	3 323 100	-3 323 100	–	3 323 100	-3 323 100	–
Konsolidierungsabkommen, Togo	3 269 625	-3 269 625	–	3 269 625	-3 269 625	–
Kolumbien, Mischkredit	2 764 522	-829 357	1 935 165	2 073 391	-552 904	1 520 487
Konsolidierungsabkommen, Sudan III	851 220	-851 220	–	851 220	-851 220	–
Konsolidierungsabkommen, Sudan IV	841 577	-841 577	–	841 577	-841 577	–
China, Mischkredit	1 382 760	755 073	2 137 833	602 384	-240 954	361 430
Konsolidierungsabkommen, Bangladesch I	572 585	-213 765	358 820	534 412	-198 496	335 916
<b>708 Bundesamt für Landwirtschaft</b>	<b>2 409 295 534</b>	<b>-2 409 295 534</b>	<b>–</b>	<b>2 458 101 616</b>	<b>-2 458 101 616</b>	<b>–</b>
Kanton Bern	396 513 380	-396 513 380	–	408 558 266	-408 558 266	–
Kanton Luzern	257 074 064	-257 074 064	–	265 810 366	-265 810 366	–
Kanton St. Gallen	200 532 340	-200 532 340	–	205 141 514	-205 141 514	–
Kanton Freiburg	185 459 447	-185 459 447	–	191 470 280	-191 470 280	–
Kanton Waadt	173 177 886	-173 177 886	–	178 311 928	-178 311 928	–
Kanton Zürich	154 015 046	-154 015 046	–	161 424 066	-161 424 066	–
Kanton Graubünden	152 259 512	-152 259 512	–	156 551 321	-156 551 321	–
Kanton Thurgau	104 076 523	-104 076 523	–	110 136 308	-110 136 308	–
Kanton Aargau	106 504 563	-106 504 563	–	109 037 575	-109 037 575	–
Kanton Wallis	128 504 178	-128 504 178	–	100 556 712	-100 556 712	–
Kanton Jura	67 545 358	-67 545 358	–	69 608 094	-69 608 094	–
Kanton Schwyz	66 432 472	-66 432 472	–	67 496 925	-67 496 925	–
Kanton Solothurn	62 988 548	-62 988 548	–	67 494 524	-67 494 524	–
Kanton Neuenburg	59 838 462	-59 838 462	–	62 901 391	-62 901 391	–
Kanton Basel-Land	42 521 369	-42 521 369	–	42 646 545	-42 646 545	–
Kanton Tessin	41 134 663	-41 134 663	–	41 166 248	-41 166 248	–
Kanton Schaffhausen	31 850 624	-31 850 624	–	34 360 848	-34 360 848	–
Kanton Appenzell A.Rh.	29 783 951	-29 783 951	–	32 793 002	-32 793 002	–
Kanton Obwalden	29 974 572	-29 974 572	–	29 995 631	-29 995 631	–
Kanton Appenzell I.Rh.	26 733 592	-26 733 592	–	28 236 413	-28 236 413	–
Kanton Uri	24 734 474	-24 734 474	–	24 761 854	-24 761 854	–
Kanton Zug	21 306 668	-21 306 668	–	21 534 040	-21 534 040	–
Kanton Nidwalden	18 394 568	-18 394 568	–	20 157 548	-20 157 548	–
Kanton Glarus	16 584 846	-16 584 846	–	16 588 416	-16 588 416	–
Kanton Genf	11 354 428	-11 354 428	–	11 361 801	-11 361 801	–

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung	2008			2009		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>CHF</b>						
<b>725 Bundesamt für Wohnungswesen</b>	<b>1 822 065 122</b>	<b>-206 658 992</b>	<b>1 615 406 130</b>	<b>1 698 482 882</b>	<b>-165 408 327</b>	<b>1 533 074 555</b>
Hypothekendarlehen an WBG aus Bundesmitteln	722 004 542	–	722 004 542	700 724 180	–	700 724 180
Darlehen Gemeinnützige Wohnbauträger	402 164 370	-80 432 800	321 731 570	382 481 986	-76 496 397	305 985 589
Grundverbilligungsvorschüsse Mietwohnungen	379 875 508	-98 800 000	281 075 508	257 569 962	-66 968 190	190 601 772
Hypothekendarlehen an WBG aus Mitteln Publica	194 573 995	–	194 573 995	191 297 678	–	191 297 678
Darlehen preisgünstiger Wohnraum gem. WFG	106 741 000	-21 348 200	85 392 800	156 741 000	-21 943 740	134 797 260
Hypothekendarlehen an ETH-Professoren	10 627 715	–	10 627 715	9 668 076	–	9 668 076
Grundverbilligungsvorschüsse Eigentum Notleidende	6 077 992	-6 077 992	–	–	–	–
<b>802 Bundesamt für Verkehr</b>	<b>6 344 599 565</b>	<b>-5 601 691 585</b>	<b>742 907 980</b>	<b>6 374 434 053</b>	<b>-5 659 117 865</b>	<b>715 316 188</b>
SBB AG	2 617 114 112	-2 616 861 510	252 602	2 878 855 264	-2 878 354 610	500 654
RhB	910 958 706	-765 693 267	145 265 439	975 735 149	-830 710 930	145 024 219
BLS Netz AG	–	–	–	444 242 604	-444 242 604	–
BLS AG	1 149 707 193	-1 063 955 158	85 752 035	292 765 755	-213 489 830	79 275 925
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	161 571 358	-131 636 724	29 934 634	185 678 964	-157 584 602	28 094 362
Zentralbahn	130 804 226	-127 234 759	3 569 467	169 497 750	-166 278 407	3 219 343
Südostbahn	128 922 000	-102 959 500	25 962 500	148 175 643	-124 332 187	23 843 456
Transports publics fribourgeois	120 080 465	-103 390 263	16 690 202	121 119 256	-105 580 029	15 539 227
RBS AG	108 684 211	-71 241 514	37 442 697	113 818 490	-78 958 568	34 859 922
Appenzeller Bahnen	90 614 869	-53 087 954	37 526 915	90 481 455	-55 149 197	35 332 258
Métro Lausanne-Ouchy SA	70 000 000	-70 000 000	–	70 000 000	-70 000 000	–
Transports Publics du Chablais	62 342 637	-42 505 488	19 837 149	63 949 625	-45 112 971	18 836 654
Montreux - Berner Oberland - Bahn	53 917 506	-38 571 154	15 346 352	59 862 633	-45 574 383	14 288 250
Baselland Transport AG	53 713 357	-37 160 534	16 552 823	54 940 625	-39 521 406	15 419 219
Aare Seeland Mobil AG	40 340 787	-29 293 872	11 046 915	45 348 624	-34 993 417	10 355 207
Berner Oberland-Bahnen	35 960 901	-30 570 508	5 390 393	34 744 589	-29 887 018	4 857 571
Transports de Martigny et régions SA	34 223 034	-20 101 924	14 121 110	34 396 344	-25 811 918	8 584 426
Chemins de fer du Jura	28 790 809	-16 224 653	12 566 156	28 572 615	-16 761 194	11 811 421
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher	24 964 645	-20 710 977	4 253 668	24 629 324	-20 710 977	3 918 347
Wynental- und Suhrentalbahn	23 659 008	-17 285 531	6 373 477	23 977 766	-18 194 969	5 782 797
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinese	24 618 477	-10 520 674	14 097 803	23 914 902	-10 520 674	13 394 228
Sihltal-Zürich-Uetliberg-Bahn	23 849 595	-17 428 537	6 421 058	23 447 333	-17 428 537	6 018 796
Transports Montreux-Vevy-Riviera	17 363 552	-12 048 985	5 314 567	21 029 086	-15 962 858	5 066 228
Travys SA	17 237 182	-12 009 146	5 228 036	18 457 643	-13 577 894	4 879 749
Transport régionaux neuchâtelois	17 913 552	-8 936 839	8 976 713	17 316 056	-8 936 839	8 379 217
BDWM Transport AG	16 496 037	-13 609 094	2 886 943	17 147 902	-14 418 428	2 729 474
Ferrovie Luganesi SA	16 740 755	-13 980 740	2 760 015	16 327 938	-13 980 740	2 347 198
Transports Publics Genevois	15 861 080	-15 861 080	–	15 861 080	-15 861 080	–
Société des transports de la région Bières-Apples-Morges	14 774 604	-10 192 378	4 582 226	14 598 481	-10 425 511	4 172 970
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez	14 368 008	-10 642 413	3 725 595	14 303 035	-10 882 613	3 420 422
Thurbo AG	–	–	–	10 898 010	-10 614 767	283 243
Waldenburgerbahn AG	10 855 611	-5 202 411	5 653 200	10 516 000	-5 202 411	5 313 589
Diverse KTU	147 974 886	-108 362 877	39 612 009	146 423 597	-102 426 568	43 997 029
Termi SA	120 687 056	–	120 687 056	117 687 985	–	117 687 985
Übriger öffentlicher Verkehr	39 489 346	-4 411 121	35 078 225	45 712 530	-7 629 728	38 082 802
<b>803 Bundesamt für Zivilluftfahrt</b>	<b>1 201 023 832</b>	<b>-1 168 810 000</b>	<b>32 213 832</b>	<b>1 198 716 541</b>	<b>-1 168 810 000</b>	<b>29 906 541</b>
Darlehen Swiss	1 168 810 000	-1 168 810 000	–	1 168 810 000	-1 168 810 000	–
Genf: Objekt 4-2	3 837 347	–	3 837 347	3 645 595	–	3 645 595
Genf: Objekt 4-1	3 448 599	–	3 448 599	3 232 710	–	3 232 710
Basel: Objekt 2+4	2 399 344	–	2 399 344	2 119 797	–	2 119 797
Basel: Objekt 21	2 196 108	–	2 196 108	2 086 369	–	2 086 369
Genf: Objekt 2+3	2 169 168	–	2 169 168	1 916 438	–	1 916 438
Basel: Objekt 10	1 925 801	–	1 925 801	1 829 569	–	1 829 569
Genf: Objekt 9-1	1 903 948	–	1 903 948	1 784 757	–	1 784 757
Basel: Objekt 1	1 422 602	–	1 422 602	1 340 339	–	1 340 339

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung	2008			2009		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
CHF						
Genf: Objekt 1	1 388 293	–	1 388 293	1 226 543	–	1 226 543
Basel: Objekt 8	1 277 273	–	1 277 273	1 213 448	–	1 213 448
Basel: Objekt 3	1 267 331	–	1 267 331	1 204 002	–	1 204 002
Genf: Objekt 1-2	1 160 434	–	1 160 434	1 054 456	–	1 054 456
Basel: Objekt 22	1 022 491	–	1 022 491	963 365	–	963 365
Genf: Objekt 1-4	1 012 180	–	1 012 180	943 232	–	943 232
Genf: Objekt 1-3	1 017 188	–	1 017 188	933 597	–	933 597
Basel: Objekt 7	826 993	–	826 993	782 625	–	782 625
Birrfeld	526 053	–	526 053	472 125	–	472 125
Basel: Objekt 23	451 912	–	451 912	425 780	–	425 780
Bern: Objekt 2	318 979	–	318 979	300 533	–	300 533
Genf: Objekt 1-6	307 590	–	307 590	289 804	–	289 804
Basel: Objekt 11	256 972	–	256 972	243 186	–	243 186
Sion	244 945	–	244 945	219 834	–	219 834
Monricher I	224 500	–	224 500	210 000	–	210 000
Amlikon	240 849	–	240 849	202 668	–	202 668
Schänis I	194 974	–	194 974	191 974	–	191 974
Courtelary	170 834	–	170 834	154 312	–	154 312
Schänis II	136 000	–	136 000	134 000	–	134 000
Basel: Objekt 9	119 690	–	119 690	113 709	–	113 709
Ecuwillens I	130 060	–	130 060	110 512	–	110 512
Genf: Objekt 1-5	110 134	–	110 134	103 765	–	103 765
Genf: Objekt 9-2	106 298	–	106 298	100 152	–	100 152
Bern: Objekt 1	103 695	–	103 695	95 173	–	95 173
Ecuwillens II	90 698	–	90 698	78 498	–	78 498
Ecuwillens III	73 819	–	73 819	68 315	–	68 315
Basel: Objekt 17	59 756	–	59 756	56 550	–	56 550
Monricher II	60 357	–	60 357	48 759	–	48 759
Basel: Objekt 18	10 622	–	10 622	10 052	–	10 052
<b>806 Bundesamt für Strassen</b>	<b>1 560 000</b>	<b>–</b>	<b>1 560 000</b>	<b>1 360 000</b>	<b>–</b>	<b>1 360 000</b>
Parking Simplon Gare SA, Lausanne	1 560 000	–	1 560 000	1 360 000	–	1 360 000
<b>810 Bundesamt für Umwelt</b>	<b>80 107 216</b>	<b>–</b>	<b>80 107 216</b>	<b>77 107 860</b>	<b>–</b>	<b>77 107 860</b>
Investitionskredit an die Forstwirtschaft	80 107 216	–	80 107 216	77 107 860	–	77 107 860

### D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

	31.12.2008		31.12.2009			Kapital- anteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert	Bilanzwert	
CHF						
<b>Beteiligungen</b>	<b>16 199 125 000</b>	<b>12 248 919 802</b>	<b>-1 083 310 975</b>	<b>6 762 673 173</b>	<b>17 928 282 000</b>	
<b>Namhafte Beteiligungen</b>	<b>16 151 000 000</b>	<b>11 126 640 827</b>		<b>6 762 673 173</b>	<b>17 889 314 000</b>	
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>16 151 000 000</b>	<b>11 126 640 827</b>		<b>6 762 673 173</b>	<b>17 889 314 000</b>	
SBB	9 152 700 000	8 811 000 000		701 300 000	9 512 300 000	100,0
Die Schweizerische Post	2 617 000 000	1 300 000 000		2 032 000 000	3 332 000 000	100,0
RUAG Schweiz AG	807 800 000	340 000 000		452 400 000	792 400 000	100,0
BLS Netz AG	–	335 172 077		-72 077	335 100 000	50,1
SAPOMP	176 100 000	171 061 000		7 639 000	178 700 000	100,0
Skyguide	278 400 000	139 913 750		144 386 250	284 300 000	99,9
Swisscom	3 119 000 000	29 494 000		3 425 020 000	3 454 514 000	56,9
<b>Übrige Beteiligungen</b>	<b>48 125 000</b>	<b>1 122 278 975</b>	<b>-1 083 310 975</b>		<b>38 968 000</b>	
<b>201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten</b>	<b>–</b>	<b>15 856 500</b>	<b>-15 856 500</b>		<b>–</b>	
Beteiligung Entwicklungsbank Europarat	–	15 856 500	-15 856 500		–	1,6
<b>202 Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit</b>	<b>–</b>	<b>364 381 223</b>	<b>-364 381 223</b>		<b>–</b>	
Int. Bank Wiederaufbau + Entwicklung IBRD	–	206 021 819	-206 021 819		–	1,7
Asiatische Entwicklungsbank AsDB	–	23 395 906	-23 395 906		–	0,8
Internationale Finanz-Corporation IFC	–	43 434 469	-43 434 469		–	1,7
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	–	40 224 090	-40 224 090		–	1,5
Interamerikanische Entwicklungsbank IDB	–	21 309 840	-21 309 840		–	0,4
Europäischer Fonds Südost-Europa EFSE	–	13 136 299	-13 136 299		–	6,5
Interamerik. Investitionsgesellschaft IIC	–	11 187 666	-11 187 666		–	1,6
Multilaterale Invest.-Garantieagentur MIGA	–	5 671 134	-5 671 134		–	1,3
<b>301 Generalsekretariat EDI</b>	<b>9 500 000</b>	<b>9500 000</b>	<b>–</b>		<b>9500 000</b>	
Beteiligung SHI (Swissmedic)	9 500 000	9 500 000	–		9 500 000	65,5
<b>316 Bundesamt für Gesundheit</b>	<b>–</b>	<b>1 000</b>	<b>-1 000</b>		<b>–</b>	
Ludwig-Institut für Krebsforschung AG	–	1 000	-1 000		–	2,0
<b>525 Verteidigung</b>	<b>51 000</b>	<b>51 000</b>	<b>-1 000</b>		<b>50 000</b>	
Tätsch	51 000	51 000	-1 000		50 000	100,0
<b>543 armasuisse Immobilien</b>	<b>10 000</b>	<b>49 000</b>	<b>-39 000</b>		<b>10 000</b>	
Gasverbund Seeland Lyss	–	34 000	-34 000		–	1,8
AVAG Thun	10 000	10 000	–		10 000	0,3
Thermobois SA Pruntrut	–	4 000	-4 000		–	0,4
Elektrizitätswerk Altdorf	–	1 000	-1 000		–	0,0
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>–</b>	<b>6 983 100</b>	<b>-6 983 100</b>		<b>–</b>	
Hotel Bellevue Palace	–	6 382 100	-6 382 100		–	99,7
Refuna AG	–	600 000	-600 000		–	n.a.
Überbauungsgenossenschaft Murifeld-Wittgkofen	–	1 000	-1 000		–	n.a.
<b>620 Bundesamt für Bauten und Logistik</b>	<b>–</b>	<b>1 777 917</b>	<b>-1 777 917</b>		<b>–</b>	
71 Park St. Corp., New York	–	902 997	-902 997		–	n.a.
Kiinteistö Oy, Helsingin	–	330 000	-330 000		–	n.a.
Bostadsaktiebolaget, Blaklinten	–	303 100	-303 100		–	n.a.
Lake Shore Drive Build, Chicago	–	182 750	-182 750		–	n.a.
642 Park Av. Corp., New York	–	55 470	-55 470		–	n.a.
WBG Neuhaus, CH-3172 Niederwangen	–	3 600	-3 600		–	n.a.
<b>704 Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	<b>–</b>	<b>538 221 222</b>	<b>-538 221 222</b>		<b>–</b>	
EBRD - Europäische Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	–	195 126 185	-195 126 185		–	2,8

n.a.: nicht ausgewiesen.

### D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung	31.12.2008		31.12.2009		Kapital- anteil (in %)	
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert		Bilanzwert
CHF						
Swiss Technology Venture Capial Fund und Vorzugsaktien	–	30 280 850	-30 280 850		–	100,0
ASEAN - China Investment Fund	–	20 000 000	-20 000 000		–	n.a.
SSPF - Sino-Swiss Partnership Fund	–	18 750 000	-18 750 000		–	n.a.
IDFC - Indien, Infrastructure Development Finance Co.	–	14 968 234	-14 968 234		–	4,6
AIF - African Infrastructure Fund	–	14 561 269	-14 561 269		–	2,3
AEAF - Aureos East Africa Fund	–	9 652 732	-9 652 732		–	n.a.
SDFC-Swiss Development Finance Corporation, Beteiligung	–	9 550 339	-9 550 339		–	49,0
Vantage Mezzanine Fund SA	–	8 795 820	-8 795 820		–	n.a.
CAGF - Central American Growth Fund	–	8 650 000	-8 650 000		–	n.a.
Vietnam Investment Fund	–	8 462 500	-8 462 500		–	n.a.
ALTRA FUND I, Peru-Kolumbien	–	8 400 000	-8 400 000		–	n.a.
SEAF Blue Waters Growth Fund: Vietnam	–	8 150 000	-8 150 000		–	n.a.
SEAF Latam Growth Fund	–	7 910 000	-7 910 000		–	n.a.
KDPEF - KD Private Equity Fund	–	7 808 075	-7 808 075		–	n.a.
Virgin Islands, Terra capital Invest. Ltd., Beteiligung	–	7 650 000	-7 650 000		–	32,0
HEP III - Horizon Equity Fund III	–	7 441 275	-7 441 275		–	n.a.
SEAF - Trans Andean Fund	–	7 038 300	-7 038 300		–	n.a.
SEAF - Central Asia Small Enterprise Fund	–	6 990 558	-6 990 558		–	n.a.
MPEF - Maghreb Private Equity Fund II	–	6 918 425	-6 918 425		–	n.a.
GMF/Ltd - Global Microfinance Facility Ltd.	–	6 747 300	-6 747 300		–	n.a.
MEFII - Mekong Enterprise Fund II	–	6 387 563	-6 387 563		–	n.a.
SEAF - Central+Eastern Europe Growth Fund	–	6 364 423	-6 364 423		–	n.a.
EUF - Euroventures Ukraine Fund	–	6 250 000	-6 250 000		–	n.a.
SEAF - South Balkan Fund	–	6 091 565	-6 091 565		–	n.a.
SGH, Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Anteilscheine	–	6 000 000	-6 000 000		–	n.a.
SIFEM - CASEIF II	–	5 582 500	-5 582 500		–	n.a.
GFEF - Ghana Fidelity Equity Fund I raBOP	–	5 350 075	-5 350 075		–	n.a.
SIFEM: SPHINX Turnaround Fund	–	5 000 000	-5 000 000		–	n.a.
SIFEM: SPHINX Turnaround Fund	–	4 991 057	-4 991 057		–	n.a.
BFSEF - Balkan Financial Sector Equity Fund	–	4 680 668	-4 680 668		–	n.a.
CMFII - Capital Marocco Fund II	–	4 660 000	-4 660 000		–	n.a.
MPEF - Maghreb Private Equity Fund	–	4 387 500	-4 387 500		–	10,0
GMF II - Global Microfinance Facility Ltd.	–	4 375 000	-4 375 000		–	n.a.
MEF - Mekong Enterprise Fund	–	4 207 598	-4 207 598		–	n.a.
SEAF - Trans Balkan Fund	–	4 160 653	-4 160 653		–	12,5
GMF - Global Microfinance Fund	–	4 000 000	-4 000 000		–	n.a.
GFEAF - GroFin East Africa Fund	–	3 939 205	-3 939 205		–	n.a.
SIF - Solidus Investment Fund	–	3 750 000	-3 750 000		–	n.a.
Fidelity Equity Fund II	–	3 590 000	-3 590 000		–	n.a.
Credins Bank, Sub. Debt.	–	3 498 000	-3 498 000		–	n.a.
Trust Bank Ghana II	–	3 125 000	-3 125 000		–	n.a.
VEF - Vietnam Equity Fund	–	3 100 000	-3 100 000		–	n.a.
CEEE-Beteiligung Central+Eastern European Environment	–	3 055 014	-3 055 014		–	9,0
TIL - Tuninvest International, Kapitalbeteiligung	–	2 978 887	-2 978 887		–	8,5
HTF - Horizon Techventures Fund	–	2 923 098	-2 923 098		–	n.a.
Symbiotics MFI Global Sub Debt CDO	–	2 700 000	-2 700 000		–	n.a.
FINARCA - Financiera Arrendadora Centroamerica	–	2 500 000	-2 500 000		–	n.a.
ACIL/AMFSL-Indien, Alliance Finanzgruppe	–	2 047 957	-2 047 957		–	17,0
Business Leasing Uzbekistan	–	1 250 000	-1 250 000		–	n.a.
TMS - Tradelink Marketing Services	–	1 050 000	-1 050 000		–	n.a.
ELF - Emergency Liquidity Facility	–	625 000	-625 000		–	n.a.

n.a.: nicht ausgewiesen.

### D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung	31.12.2008		31.12.2009			Kapital- anteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert	Bilanzwert	
CHF						
SSFMC - Sino-Swiss Fund Management Company	–	601 410	-601 410		–	n.a.
MNL-Msele Nedventures Ltd, Kapitalbeteiligung	–	562 023	-562 023		–	n.a.
FSDC - Fund Solar Development Capital	–	453 129	-453 129		–	n.a.
BTS - Investment Advisors Ltd.	–	100 000	-100 000		–	n.a.
Swiss Technology Venture Capial Fund und Aktien-Beteiligung	–	32 040	-32 040		–	n.a.
<b>708 Bundesamt für Landwirtschaft</b>	<b>160 000</b>	<b>7 097 800</b>	<b>-6 937 800</b>		<b>160 000</b>	
Käseunion in Liquidation	–	6 937 800	-6 937 800		–	100,0
Identitas AG	160 000	160 000	–		160 000	51,0
<b>710 Agroscope</b>	<b>–</b>	<b>1 700</b>	<b>-1 700</b>		<b>–</b>	
ALP Posieux/Anteilscheine Trocknungsge- nossenschaft Sensebezirk	–	1 000	-1 000		–	n.a.
ART Tänikon /Anteilschein Genossenschaft Koll. Getreidesammelstelle Strass-Frauenfeld	–	600	-600		–	n.a.
ART Tänikon /Anteilschein Wohnbauge- nossenschaft Lilienthal Guntershausen	–	100	-100		–	n.a.
<b>725 Bundesamt für Wohnungswesen</b>	<b>38 384 000</b>	<b>29 863 000</b>	<b>-615 000</b>		<b>29 248 000</b>	
Logis Suisse AG	23 544 000	16 544 000	–		16 544 000	45,4
Alloggi Ticino SA	5 399 000	5 399 000	–		5 399 000	35,5
Logement Social Romand SA	4 900 000	4 900 000	-490 000		4 410 000	48,0
Wohnstadt Bau+Verwaltungsgenossenschaft	1 500 000	1 500 000	–		1 500 000	20,0
Soc. Coop. Rom. De Caution Immob. CRCI	1 000 000	750 000	–		750 000	53,8
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG	280 000	280 000	–		280 000	48,3
WOGENO (Neu: GEWO ZH Ost)	125 000	250 000	-125 000		125 000	13,3
Hyp.-Bürg.Gen. (HBW)	140 000	140 000	–		140 000	70,0
L'Artisane Nouvelle	100 000	100 000	–		100 000	22,2
WOLO AG	1 396 000	–	–		–	0,0
<b>802 Bundesamt für Verkehr</b>	<b>–</b>	<b>148 475 513</b>	<b>-148 475 513</b>		<b>–</b>	
Rhätische Bahn RhB	–	25 000 000	-25 000 000		–	43,1
Zentralbahn zb	–	19 350 000	-19 350 000		–	16,1
BLS AG	–	17 240 608	-17 240 608		–	21,7
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	–	11 050 000	-11 050 000		–	76,7
Montreux-Oberland-Bahn MOB	–	8 913 000	-8 913 000		–	43,1
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	–	7 040 000	-7 040 000		–	26,4
Appenzeller Bahnen AB	–	6 134 400	-6 134 400		–	39,3
Berner Oberland-Bahnen BOB	–	4 400 000	-4 400 000		–	35,7
Forchbahn FB	–	4 000 000	-4 000 000		–	32,8
Aare Seeland mobil AG Asm	–	3 720 000	-3 720 000		–	36,2
Transp. publics fribourgeois TPF	–	3 700 000	-3 700 000		–	22,2
Chemin de fer du Jura CJ	–	3 623 000	-3 623 000		–	33,4
Wynental- und Suhrentalbahnhof WSB	–	3 500 000	-3 500 000		–	34,4
Schweizerische Südostbahn SOB	–	3 197 400	-3 197 400		–	35,8
DBWM Transport AG	–	3 136 000	-3 136 000		–	30,3
Transp. De Martigny et Régions SA, TMR	–	2 934 040	-2 934 040		–	43,2
Ferrovie autolinee reg. Ticinesi FART	–	2 900 000	-2 900 000		–	34,1
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	–	2 700 300	-2 700 300		–	27,8
Matterhorn Gotthard Verkehrs AG	–	2 496 675	-2 496 675		–	16,6
Baselland Transport AG BLT	–	2 100 000	-2 100 000		–	5,6
Frauenfeld-Wil-Bahn FW	–	1 695 300	-1 695 300		–	37,4
Transp. Publics du Chablais SA, TPC	–	1 586 560	-1 586 560		–	18,1
TRAVYS SA	–	1 131 580	-1 131 580		–	17,2
Transp. Montreux-Vevey-Riviera MVR	–	985 000	-985 000		–	17,1
Lausanne-Echallens-Bercher LEB	–	975 000	-975 000		–	42,9
Transp. Regionaux neuchâtelois TRN SA	–	913 250	-913 250		–	8,9
Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	–	912 500	-912 500		–	28,3
Société des Forces Motrices de	–	780 000	-780 000		–	11,0

n.a.: nicht ausgewiesen.



**D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung	31.12.2008	31.12.2009			Kapital- anteil (in %)	
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert		Bilanzwert
CHF						
l'Avançon FMA						
Com. Générale de Navigation sur le Lac Léman CGN	–	667 000	-667 000		–	5,1
Waldenburgerbahn WB	–	600 000	-600 000		–	24,4
Zugerland Verkehrsbetriebe ZVB	–	500 000	-500 000		–	5,2
Morges-Bière-Cossonay MBC	–	350 000	-350 000		–	34,4
Ferrovie Luganesi/Lugano Ponte Tresa FLP	–	120 000	-120 000		–	10,0
Matterhorn Gotthard Bahn AG	–	97 200	-97 200		–	38,9
OBL Elektrifikations-Anleihe Eisenbahn- gesellschaft Spiez-Erlenbach	–	26 500	-26 500		–	n.a.
Brienz Rothorn Bahn	–	200	-200		–	n.a.
<b>805 Bundesamt für Energie</b>	<b>20 000</b>	<b>20 000</b>	<b>-20 000</b>		–	
Anteilscheine Genossenschaft Nagra	20 000	20 000	-20 000		–	16,7

n.a.: nicht ausgewiesen.

#### D04 Kurz- und langfristige Schulden

Mio. CHF	2007	2008	2009	Differenz	
				absolut	%
<b>Bruttoschulden</b>	<b>120 978</b>	<b>121 771</b>	<b>110 924</b>	<b>-10 846</b>	<b>-8,9</b>
<b>Kurzfristige Schulden</b>	<b>24 831</b>	<b>29 195</b>	<b>22 970</b>	<b>-6 225</b>	<b>-21,3</b>
Laufende Verbindlichkeiten	11 709	13 700	12 659	-1 040	-7,6
Kontokorrente	7 769	10 123	9 143	-980	-9,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2 823	2 102	1 368	-734	-34,9
Verwaltete Stiftungen	94	96	95	0	-0,2
Übrige laufende Verbindlichkeiten	1 022	1 379	2 054	674	48,9
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	13 122	15 495	10 310	-5 185	-33,5
Geldmarkt	9 056	10 670	6 947	-3 723	-34,9
Bundeseigene Unternehmungen	1 335	1 460	–	-1 460	-100,0
Sparkasse Bundespersonal	2 376	2 739	2 955	216	7,9
Negative Wiederbeschaffungswerte	166	432	397	-36	-8,3
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	190	194	11	-183	-94,4
<b>Langfristige Schulden</b>	<b>96 147</b>	<b>92 576</b>	<b>87 955</b>	<b>-4 621</b>	<b>-5,0</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	96 147	92 576	87 955	-4 621	-5,0
Bundeseigene Unternehmungen	50	50	1 740	1 690	3 380,0
Anleihen	95 684	92 435	86 119	-6 316	-6,8
Von Dritten mitfinanzierte ETH-Bauten	34	91	95	5	5,0
Übrige mittel- und langfristige Schulden	379	–	–	–	–

**E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze**

	Total		Geldmarktschulden		Kapitalmarktschulden	
	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %
2009	94 807	3,0	6 947	0,0	87 859	3,3
2008	104 614	3,0	12 129	0,5	92 485	3,3
2007	106 125	3,2	10 391	2,2	95 734	3,3
2006	109 525	3,2	13 806	1,7	95 719	3,4
2005	112 290	3,0	16 692	0,8	95 598	3,4

Hinweis: Die Zahlen vor 2005 sind im Detail nicht verfügbar.

## E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden

Fälligkeit	Valoren-Nr.	Aufnahme	Emissions- preis/Zins	Bilanzwert 31.12.2009	Marktwert 31.12.2009
Mio. CHF					
<b>Total</b>				<b>8 687,2</b>	<b>8 724,3</b>
<b>Geldmarktbuchforderungen</b>				<b>6 947,2</b>	<b>6 944,2</b>
07.01.2010	3617830	08.10.2009	100,000	420,4	420,3
14.01.2010	3617792	15.01.2009	99,900	460,3	460,2
21.01.2010	3617832	22.10.2009	100,000	512,3	512,3
28.01.2010	3617833	29.10.2009	100,000	498,1	498,0
04.02.2010	3617834	05.11.2009	100,000	500,5	500,5
11.02.2010	3617835	12.11.2009	100,000	500,1	500,0
18.02.2010	3617836	19.11.2009	100,000	500,5	500,4
25.02.2010	3617824	27.08.2009	100,000	184,7	184,7
04.03.2010	3617838	03.12.2009	100,000	450,4	450,3
11.03.2010	3617839	10.12.2009	100,000	450,4	450,2
18.03.2010	3617840	17.12.2009	100,000	375,9	375,7
25.03.2010	3617841	24.12.2009	100,000	425,0	424,8
01.04.2010	3617842	31.12.2009	100,000	319,3	319,1
15.04.2010	3617831	15.10.2009	100,000	401,8	401,4
27.05.2010	3617837	26.11.2009	100,000	556,7	556,0
15.07.2010	3617818	16.07.2009	99,874	391,1	390,3
<b>Festgelder</b>				<b>1 740,0</b>	<b>1 780,1</b>
SERV					
13.01.2010		05.01.2007	2,37%	100,0	102,4
13.01.2010		15.07.2009	0,03%	100,0	100,0
21.01.2010		21.12.2009	0,00%	140,0	140,0
14.04.2010		03.10.2008	1,10%	50,0	50,5
14.04.2010		15.07.2009	0,06%	50,0	50,0
14.07.2010		05.01.2007	2,41%	100,0	103,5
14.07.2010		15.07.2009	0,20%	50,0	50,0
13.10.2010		03.10.2008	1,26%	50,0	50,4
12.01.2011		05.01.2007	2,44%	100,0	104,4
13.04.2011		03.10.2008	1,45%	50,0	51,1
13.07.2011		05.01.2007	2,43%	100,0	105,1
12.10.2011		03.10.2008	1,53%	50,0	50,9
18.01.2012		05.01.2007	2,42%	100,0	105,6
11.04.2012		03.10.2008	1,57%	80,0	82,1
10.10.2012		03.10.2008	1,71%	50,0	51,1
10.04.2013		03.10.2008	2,00%	50,0	52,0
16.05.2013		14.01.2009	1,35%	100,0	101,2
16.10.2013		03.10.2008	2,12%	50,0	51,6
15.01.2014		28.11.2008	1,75%	30,0	30,9
16.04.2014		03.10.2008	2,17%	50,0	52,2
15.05.2014		14.01.2009	1,50%	100,0	100,9
16.07.2014		03.12.2008	1,80%	30,0	30,6
16.07.2014		31.12.2008	1,55%	20,0	20,1
30.09.2014		27.02.2009	1,10%	40,0	39,2
15.10.2014		03.10.2008	2,24%	50,0	51,7
Skycare					
19.12.2015		19.12.2003	2,75%	50,0	52,6

**E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen**

Fälligkeit	Valoren-Nr.	Coupon	Laufzeit	Kündbarkeit quoten	Freie Eigen-	Bilanzwert	Marktwert
Mio. CHF						31.12.2009	31.12.2009
<b>Eidgenössische CHF Anleihen</b>					<b>3 235</b>	<b>86 119,4</b>	<b>96 989,1</b>
07.08.2010	680990	3,50%	1997-2010	–	200	8 702,4	8 999,2
10.06.2011	1084089	4,00%	2000-2011	–	50	7 632,4	8 208,0
10.06.2012	805564	2,75%	1999-2012	–	160	8 600,1	9 188,2
11.02.2013	1037930	4,00%	2000-2013	–	280	6 900,2	7 830,6
06.01.2014	148008	4,25%	1994-2014	–	–	4 608,4	5 383,5
09.11.2014	2313981	2,00%	2005-2014	–	215	1 691,3	1 778,4
10.06.2015	1238558	3,75%	2001-2015	–	70	3 583,3	4 112,5
12.03.2016	1563345	2,50%	2003-2016	–	190	6 713,8	7 307,7
12.10.2016	2285961	2,00%	2005-2016	–	300	2 666,8	2 775,8
05.06.2017	644842	4,25%	1997-2017	–	160	5 600,1	6 742,8
08.01.2018	1522166	3,00%	2003-2018	–	300	6 736,0	7 530,2
12.05.2019	1845425	3,00%	2004-2019	–	290	4 908,6	5 489,3
06.07.2020	2190890	2,25%	2005-2020	–	255	2 733,5	2 850,1
11.02.2023	843556	4,00%	1998-2023	–	200	4 357,7	5 411,5
27.06.2027	3183556	3,25%	2007-2027	–	265	258,4	286,9
08.04.2028	868037	4,00%	1998-2028	–	–	5 612,5	7 129,3
08.04.2033	1580323	3,50%	2003-2033	–	–	2 905,0	3 583,0
08.03.2036	2452496	2,50%	2006-2036	–	300	947,7	1 002,6
06.01.2049	975519	4,00%	1999-2049	–	–	961,4	1 379,5

#### E04 Nettozinslast

	Nettozinslast		Zinsausgaben	Zinseinnahmen
	% ordentliche Einnahmen	Mio. CHF	Mio. CHF	Mio. CHF
2009	4,3	2 600	3 135	535
2008	4,6	2 945	3 660	715
2007	5,5	3 185	3 849	664
2006	6,4	3 515	3 993	478
2005	6,3	3 242	3 577	335
2004	5,9	2 876	3 167	292
2003	6,3	2 964	3 293	329
2002	6,9	3 274	3 764	490
2001	5,4	2 645	3 394	749
2000	5,4	2 759	3 489	730
1999	6,8	2 905	3 586	681
1998	5,2	2 281	3 345	1 063
1997	5,0	1 940	3 079	1 139
1996	4,0	1 591	2 922	1 331
1995	4,4	1 641	3 080	1 440
1994	4,9	1 793	3 079	1 287
1993	4,3	1 411	2 486	1 076
1992	4,7	1 651	2 546	895
1991	3,9	1 310	2 050	740
1990	3,6	1 180	1 832	652

#### E05 Derivative Finanzinstrumente

Mio. CHF	Nominalwert		Marktwert		Positiver Wiederbeschaffungswert		Negativer Wiederbeschaffungswert	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
<b>Derivative Finanzinstrumente</b>	<b>7 653</b>	<b>7 707</b>	<b>-384</b>	<b>-371</b>	<b>49</b>	<b>26</b>	<b>-433</b>	<b>-397</b>
<b>Zinsinstrumente</b>	<b>4 100</b>	<b>3 560</b>	<b>-264</b>	<b>-261</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>-274</b>	<b>-271</b>
Zinsswaps	4 100	3 560	-264	-261	10	10	-274	-271
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Devisen</b>	<b>3 553</b>	<b>4 147</b>	<b>-120</b>	<b>-110</b>	<b>39</b>	<b>16</b>	<b>-159</b>	<b>-126</b>
Terminkontrakte	3 553	4 147	-120	-110	39	16	-159	-126
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-

**F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand<sup>1</sup>**

	Total		Personal zu Lasten von Personalkrediten		Personal zu Lasten von Sachkrediten		Personal zu Lasten FLAG-Verwaltungseinheiten <sup>2</sup>		Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter	
	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE
2009 <sup>3</sup>	4 675	33 056	3 684	26 865	114	581	804	5 532	73	78
2008 <sup>3</sup>	4 361	32 398	3 453	26 412 <sup>4</sup>	105	590 <sup>4</sup>	734	5 320	69	76
2007 <sup>3</sup>	4 256	32 105	3 449	26 712	102	569	638	4 750	67	74
2006 <sup>3</sup>	4 110	32 163 <sup>4</sup>	3 571	28 533 <sup>4</sup>	121	753	352	2 815 <sup>4</sup>	66	62
2005	4 111	33 290	3 591	29 639	117	889	336	2 710	67	52
2004	4 188	34 155	3 675	30 499	114	874	333	2 733	65	49
2003	4 148	34 619	3 675	31 187	106	782	306	2 616	61	34
2002 <sup>5</sup>	4 079	33 662	3 618	30 433	107	745	298	2 484	56	–
2001 <sup>5</sup>	3 890	32 498	3 455	29 421	98	695	284	2 382	52	–
2000 <sup>5</sup>	3 619	31 269	3 284	28 758	38	334	253	2 177	45	–

1 Personalbestand: durchschnittlicher Bestand Vollzeitstellen (Full Time Equivalent)

2 Anzahl FLAG-Verwaltungseinheiten: 2009 (23), 2008 (24), 2007 (23), 2006 (14), 2004 (12), 2001 (11), 2000 (10).

3 Rechnung nach NRM

4 2006: Korrektur Personalbestand - Übrige Kredite sind nachträglich ausgeschlossen worden. Für das Personal zu Lasten Personalkredit 118 Stellen, für Personal zu Lasten FLAG 85 Stellen. 2008: Korrektur Sachkredit im BAG um 32 Stellen vom Personalkredit zum Sachkredit.

5 Daten zum Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter sind im Personal zu Lasten Personalkrediten enthalten

## F02 Personalaufwand im Detail

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz zu R 2008 absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 375</b>	<b>4 325</b>	<b>4 492</b>	<b>4 501</b>	<b>4 802</b>	<b>4 812</b>	<b>311</b>	<b>6,9</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>4 259</b>	<b>4 205</b>	<b>4 389</b>	<b>4 396</b>	<b>4 705</b>	<b>4 698</b>	<b>302</b>	<b>6,9</b>
<b>Legislative</b>	<b>61</b>	<b>63</b>	<b>60</b>	<b>64</b>	<b>70</b>	<b>69</b>	<b>5</b>	<b>7,2</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	35	36	32	35	37	36	1	3,7
Personalaufwand <sup>1</sup>	26	27	28	29	32	33	3	10,9
Übriger Personalaufwand	–	–	–	–	0	0	0	–
<b>Judikative</b>	<b>73</b>	<b>68</b>	<b>116</b>	<b>119</b>	<b>136</b>	<b>132</b>	<b>13</b>	<b>10,7</b>
Bezüge Bundesrichter	27	18	34	33	34	37	4	10,6
Personalaufwand <sup>1</sup>	46	50	81	85	100	95	9	11,2
Übriger Personalaufwand	–	–	1	1	1	1	0	-20,0
<b>Exekutive</b>	<b>3 938</b>	<b>3 890</b>	<b>4 031</b>	<b>4 138</b>	<b>4 337</b>	<b>4 425</b>	<b>287</b>	<b>6,9</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	4	4	4	0	2,6
Bezüge Kommissionen	1	12	1	1	1	1	-1	-38,5
Personalaufwand <sup>1</sup>	3 827	3 789	3 926	4 019	4 200	4 287	268	6,7
<i>davon nicht finanzierungswirksam</i>	–	–	11	0	–	-11	-11	-2 750,0
Personalaufwand Lokalpersonal EDA <sup>1</sup>	41	41	47	50	60	69	20	39,8
Übriger Personalaufwand	65	44	53	65	73	64	0	-0,5
<b>Global- und Spezialkredite<sup>2</sup></b>	<b>120</b>	<b>119</b>	<b>151</b>	<b>67</b>	<b>103</b>	<b>42</b>	<b>-25</b>	<b>-37,8</b>
Arbeitgeberleistungen <sup>3</sup>	120	119	151	67	44	41	-26	-38,9
<i>davon nicht finanzierungswirksam</i>	–	–	39	-42	–	3	44	-106,0
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>67</b>	<b>65</b>	<b>31</b>	<b>7</b>	<b>59</b>	<b>30</b>	<b>23</b>	<b>313,7</b>
Sozialplan	67	65	31	–	33	3	3	–
<i>davon nicht finanzierungswirksam</i>	–	–	-20	-13	–	-7	7	-51,5
Vorruhestand	–	–	–	7	26	28	20	283,3
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>117</b>	<b>120</b>	<b>103</b>	<b>105</b>	<b>97</b>	<b>114</b>	<b>9</b>	<b>9,0</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal <sup>1</sup>	117	120	103	105	97	114	9	9,0
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 375</b>	<b>4 325</b>	<b>4 462</b>	<b>4 555</b>	<b>4 802</b>	<b>4 828</b>	<b>273</b>	<b>6,0</b>

<sup>1</sup> Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge.

<sup>2</sup> Beinhaltet Bundesratsreserve, Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.

<sup>3</sup> VLVA (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Garantiefrauen, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken), Pensionskassenverpflichtungen sowie Überbrückungsrenten nach Art. 88f BPV.



**F03 Höchstbezüge ab Juli 2009 nach Lohnklassen**

Lohnklassen	100% (Höchstbeträge) Jahresgehalt in Fr.	Bruttobezüge im Monat (1/13) in Fr.	Lohnerhöhungen ab 1.1.2009 in Fr.
1	2	3	4
1	59 092	4 546	
2	60 050	4 619	
3	61 019	4 694	
4	61 989	4 768	
5	63 785	4 907	
6	66 754	5 135	
7	69 712	5 362	Lohnerhöhungen nach Art. 39 BPV:
8	72 639	5 588	
9	75 639	5 818	Beurteilungsstufen
10	78 625	6 048	4 = 4,0% bis 5,0%
11	81 580	6 275	3 = 2,5% bis 3,5%
12	84 605	6 508	2 = 1,0% bis 2,0%
13	87 683	6 745	1 = -2,0% bis 0,0%
14	90 848	6 988	
15	94 617	7 278	Berechnungsbasis = Spalte 2
16	98 439	7 572	
17	102 539	7 888	
18	107 422	8 263	
19	112 280	8 637	
20	117 147	9 011	
21	122 010	9 385	
22	126 887	9 761	
23	133 082	10 237	
24	141 209	10 862	
25	148 597	11 431	
26	156 011	12 001	
27	163 415	12 570	
28	170 847	13 142	
29	179 339	13 795	
30	192 429	14 802	
31	201 196	15 477	
32	209 976	16 152	
33	227 611	17 509	
34	245 454	18 881	
35	263 465	20 267	
36	281 672	21 667	
37	300 058	23 081	
38	360 367	27 721	

Ortszuschlag und Betreuungszulage sind in den Bezügen nicht inbegriffen.  
Beträge sind kaufmännisch gerundet.